

8 Dringlichkeitsanträge

8.1 Pandemie verschärft Drogenproblematik (GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Daisy Kopera, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera:**

Hohe Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream. Das Drogenproblem ist ein sehr brisantes, so wie es Kollegin Schleicher auch schon in der Fragestunde vorgebracht hat, möchten wir jetzt noch einen dringlichen Antrag draufsetzen. Hätte man die Kleine Zeitung vom 22.3. oberflächlich gelesen, dann wäre die Welt ganz in Ordnung, denn da wird der Drogenbericht des Landes Steiermark zitiert, wo die Zahlen der öffentlich gemachten Drogendelikte, der angezeigten Drogendelikte, im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Da scheint es sich doch um einen kleinen Irrtum zu handeln, denn wenn man darauf schaut, dass die Drogentoten in der Steiermark im Vergleichszeitraum des heurigen Jahres zum Vorjahr um 33,3 % gestiegen sind, dann muss sich da eine Änderung in der Akquise der Drogen ergeben haben, und zwar vom öffentlichen Raum in den häuslichen, in den postalischen. Im Darknet bekommt man alles, man kann alles bestellen, und es sind vor allem Jugendliche, die in Zeiten dieser Pandemie in Depression verfallen, in Langeweile, die alles Mögliche ausprobieren wollen und sich die Dinge eben im Netz bestellen. Der Bericht für das gesamte Jahr 2021 wird es dann zeigen. Im Vergleich zu den Jahren 2018, 2019, da hatten wir pro Jahr insgesamt 13 Drogentote in der Steiermark, so sind wir derzeit eindeutig im Steigen begriffen. Diverse verharmlosenden Statements bezüglich Drogen und gar die Ideen, TCH womöglich legal, zu machen tragen da auch nicht dazu bei, diese Problematik zu beseitigen. Aus diesem Grund, weil diese Problematik vor allem als Hotspot die Landeshauptstadt Graz betrifft, stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der zuständige Gesundheitsstadtrat wird aufgefordert:

- sich u.a. für mehr Sensibilisierung von Jugendlichen hinsichtlich der Problematik des Suchtmittelmissbrauchs einzusetzen;
- mit Kampagnen für die gesamte Bevölkerung verstärkt Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung zu leisten und so vor den Folgen des Suchtmittelmissbrauches zu warnen;
- eine Strategie zur Bekämpfung des Suchtmittelproblems auszuarbeiten, die vermehrt die neuen postalischen Vertriebswege und gezielte Maßnahmen zur Verhinderung von Drogenlieferungen berücksichtigen.

Ich bitte um Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Der jüngste Drogenbericht des Landes Steiermark weist für das Jahr 2020 zwar keine Verschärfung der Situation aus, laut jüngsten Berichten hat es jedoch seit Beginn heurigen Jahres bereits acht Drogentote in der Steiermark gegeben – im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es sechs.

Naturgemäß entfällt ein Großteil der Suchtmittel-Problematik auf die Landeshauptstadt Graz. Die offiziellen Zahlen an Delikten sprechen zwar – wie auch im Bericht der Kleinen Zeitung vom 22. März 2021 vermeldet – derzeit noch von einem Rückgang der Suchtgiftkriminalität. Es steht allerdings zu befürchten, dass dies dem Umstand geschuldet ist, dass sich die Suchtmittelkriminalität und –beschaffung angesichts der Lockdowns vermehrt vom öffentlichen Raum in den privaten Bereich verlagert haben könnte.

Angesichts der Pandemie und der Lockdowns, die zu einer steigenden Anzahl vor allem an jungen Menschen führen, die unter Depressionen leiden, muss also davon ausgegangen werden, dass auch die Konsumation von Drogen und der Missbrauch von

Tabletten stark im Zunehmen begriffen und der Drogenkonsum in der Bevölkerung ein wachsendes Phänomen ist.

Überdies waren die Suchtmittel verharmlosenden Äußerungen des Gesundheitsstadtrates in der Vergangenheit nicht dazu angetan, diese Problematik im urbanen Raum zu entschärfen bzw. zu verringern.

Deshalb stelle ich im Namen der Gemeinderatsclubs der ÖVP folgenden

dringlichen Antrag:

Der zuständige Gesundheitsstadtrat wird aufgefordert:

- sich u.a. für mehr Sensibilisierung von Jugendlichen hinsichtlich der Problematik des Suchtmittelmissbrauchs einzusetzen;*
- mit Kampagnen für die gesamte Bevölkerung verstärkt Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung zu leisten und so vor den Folgen des Suchtmittelmissbrauches zu warnen;*
- eine Strategie zur Bekämpfung des Suchtmittelproblems auszuarbeiten, die vermehrt die neuen, postalischen Vertriebswege und gezielt Maßnahmen zur Verhinderung von Drogenlieferungen berücksichtigen.*

StR Mag. **Krotzer:**

Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Daisy. Vielen Dank für den Antrag, dass wir ein zweites Mal auch über die Thematik sprechen. Ich bin ganz froh, weil dadurch habe ich nicht alles in das erste Statement hineinpacken müssen. Wie schon angekündigt, wir sind eben mit dem Dr. Ulf Zeder und dem Grazer Suchtkoordinator, mit dem Caritas-Kontaktladen und auch mit dem Jugend-Streetwork im regemäßigen Austausch, um die gegenwärtige Situation zu klären. Ich war eben auch unabhängig davon am Montag schon unterwegs mit den Streetworkern. Wir haben vereinbart,

dass wir auch im April zusammenkommen, eben Ulf Zeder für das Gesundheitsamt, Jugend-Streetwork, Caritas-Kontaktladen und meine Wenigkeit, damit wir uns auch hier absprechen, welche Aufklärungsmaßnahmen braucht es, welche Hilfsangebote braucht es, das sehe ich quasi im Sinne deines Antrages, auch Punkt 1 und Punkt 2. Bei Punkt 3 muss ich dazusagen, das ist etwas, was natürlich insbesondere das Innenministerium machen muss, also die polizeilichen Aufgaben, wie wir hier mit diesen neuen Herausforderungen, dass eben auch illegale Substanzen dann auf dem Postweg zugestellt werden, übersteigt natürlich die städtischen Kompetenzen. Aber auch da werden wir uns mit der Polizei gerne austauschen, in dem Sinne wird aber dann meine Kollegin, die Elke Heinrichs, auch noch einen Abänderungsantrag einbringen. Das Thema Suchtprävention ist natürlich ein großes Thema, ist auch eine Querschnittsmaterie, die auch, würde ich sagen, letztendlich uns alle auf der Regierungsbank betrifft. Wir versuchen hier auch, verschiedenste Akzente zu setzen, nicht zuletzt mit dem Schulgesundheitspreis, den wir jetzt auch wieder ins Leben rufen, auch hier ist sicher noch mehr Zusammenarbeit, auch mit dem ABI, möglich. Das Sportjahr ist natürlich auch ein wichtiger Beitrag zur seelischen Gesundheit. Aber wichtig ist mir auch insbesondere eine Feststellung, nämlich, dass eine gute Sozialpolitik, eine gute Bildungspolitik die beste Form der Suchtprävention darstellt. Insbesondere natürlich in diesen Zeiten, ich darf zitieren auch aus einer aktuellen SORA-Studie zum Thema Generation Corona, da heißt es: „Einen positiven Blick in die Zukunft muss man sich auch leisten können.“ So sind rund vier Fünftel der jungen Menschen ohne finanzielle Sorgen optimistisch, jedoch nur die Hälfte der jungen Menschen in schwieriger finanzieller Lage, und das sind natürlich besonders auch die Jugendlichen, an die wir adressieren müssen, wo wir schauen müssen, wie können wir bestmögliche Angebote allumfassend schaffen, weil diese Jugendlichen eben sonst wesentlich eher dazu tendieren, sage ich jetzt einmal, die schlechte Realität hinter sich zu lassen, weil sie dann einfach bewusstseinsverändernde Substanzen konsumieren, und wir müssen schauen, dass wir ihnen einen Lebensalltag bieten, eine Bildungsmöglichkeit, Zukunftsperspektiven, Chancen, mit denen sie die Möglichkeit haben, im Hier und Jetzt ein möglichst gutes Leben zu führen und auch die

Perspektiven zu haben. Ich muss schnell zum Punkt kommen. Ich freue mich jedenfalls über die Einigkeit zu dem wichtigen Thema. Ich hoffe, diese Einigkeit wird dann auch da sein, wenn es um die Finanzierung von Präventionsprojekten geht. Sie wissen, leider haben wir im Gesundheitsamt ein so geringes Subventionsbudget, dass wir nicht einmal einen Euro pro Grazer, pro Grazerin zur Verfügung haben. Ich bin leider auch in den Verhandlungen für das Budget 2021 erneut beim zuständigen Finanzstadtrat abgeblockt, dass wir zumindest auf diesen einen Euro kommen, womit wir natürlich auch Projekte in dem Bereich besser unterstützen könnten, aber ich hoffe, auch da wird es dann anders aussehen. Und auf eine Problematik will ich noch kurz eingehen, ich hoffe, es ist mir erlaubt ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Aber schnell! Sie sind schon weit drüber.*

StR Mag. **Krotzer**:

... ja, eine Minute. Nämlich stark verunreinigte bzw. hochwirksame Stoffe, die im Umlauf sind, das betrifft Tabletten, das betrifft aber auch Kokain, wo wir hier die Rückmeldung haben, dass es zu Herzrhythmusstörungen bzw. Nierenproblemen kommt und deswegen soll es auch eine Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark, dem Projekt „Drug-Checking“, geben, nach dem Vorbild von Bayern oder Innsbruck, um ein Monitoring zu haben, welche Stoffe sind im Umlauf, welche haben besondere Risiken und vor welchen gilt es besonders zu warnen, um im schlimmsten Fall oder im besten Fall, aber das wäre natürlich der schlimmste Fall, dass es dann auch zu Todesfällen kommt. Ich habe erst heute in der Früh auch mit der zuständigen Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß dazu noch einmal telefoniert, das ist soweit auf Schiene und ich hoffe, dass wir demnächst auch die Fortschritte präsentieren dürfen, den jeder Drogentote, im schlimmsten Fall, ist einer zu viel. Es ist ein ernstes Thema und insofern werde ich weiter darüber berichten im Gesundheitsausschuss (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Heinrichs:**

Werte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Frau Professor, liebe Daisy. In deinem Antrag gibt es drei Punkte, und es ist ja schon bekannt, es liegt vor, ich möchte gerne die ersten beiden Punkte mit einem Zusatzantrag bedenken und den dritten Punkte mit eine Abänderer und darf mit dem Abänderer beginnen. Es ist schon angeklungen, ich mache es ganz kurz, Sensibilisierung, Kampagnen, ganz selbstverständlich, ganz unsere Meinung. Im dritten Punkt, ist auch schon angeklungen, haben wir diese zwei Stichworte, Strategie und Drogenlieferungen, postalischer Weg, zum Anlass genommen, einen

Abänderer

zu verfassen und den darf ich hiermit zum Vortrag bringen:

Der zuständige Gesundheitsstadtrat wird aufgefordert:

- sich für die Sensibilisierung von Jugendlichen hinsichtlich der Problematik des Suchtmittel- und Alkoholmissbrauchs einzusetzen;
- mit Kampagnen für die gesamte Bevölkerung verstärkt Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung zu leisten und so vor den Folgen des Suchtmittel- und Alkoholmissbrauchs zu warnen;
- das Innenministerium, und jetzt kommt eben dieser dritte Punkt, wird am Petitionsweg aufgefordert, eine Strategie zur Bekämpfung des Suchtmittelproblems auszuarbeiten, die vermehrt die neuen postalischen Vertriebswege und gezielt Maßnahmen zur Verhinderung von Drogenlieferungen berücksichtigen.

Ich bitte um Annahme und darf, das ist, glaube ich, möglich, den Zusatzantrag gleich ebenso vortragen und zu diesem Zweck ein kleines bisschen ausholen, nämlich zum Stickwort Alkohol. Ja, eine rasch steigende Anzahl besonders junger Menschen, die unter anderem an Depressionen, ich habe ja allerhand Initiativen diesbezüglich schon gemacht, leiden, ist der Pandemie und deren unübersehbaren, täglich in den Medien auf und ab berichteten Pannen geschuldet. Überdeutlich der Mangel an Ressourcen, vom Impfstoff bis zum bitter benötigten Personal allerorts, welches leidenschaftlich eingespart wurde. Ein Effekt aus dem teuflischen Radwerk, welches ineinandergreift, ist der Drogenkonsum. Es geht um die Drogen, die illegal erworben werden, also im Darknet z.B. und um die legal, auf sehr leichtem Weg, nämlich in jedem Supermarket zu beschaffenden Drogen, allen voran Alkohol, welcher seit einer gefühlten Ewigkeit, wenn ich das so sagen darf, für tragische Opfer, Leid und Kosten sorgt. Dem aber kaum Einhalt geboten werden kann, weil er kulturell toleriert und nebenbei ein Riesengeschäft durch Steuereinnahmen ist, keinesfalls darf irgendeine Droge, und die Folgen im Zusammenhang kleingeredet werden, und daher darf ich den Zusatzantrag vortragen:

Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Zusatzantrag:

- Die Stadt Graz bekennt sich dazu, dass Präventionskampagnen betreffend Suchtmittel- und Alkoholmissbrauch durch die Abteilung für Kommunikation entsprechend unterstützt werden.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der zuständige Gesundheitsstadtrat wird aufgefordert:

- *sich für die Sensibilisierung von Jugendlichen hinsichtlich der Problematik des Suchtmittel- und Alkoholmissbrauchs einzusetzen;*
- *mit Kampagnen für die gesamte Bevölkerung verstärkt Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung zu leisten und so vor den Folgen des Suchtmittel- und Alkoholmissbrauchs zu warnen;*
- *das Innenministerium wird am Petitionsweg aufgefordert, eine Strategie zur Bekämpfung des Suchtmittelproblems auszuarbeiten, die vermehrt die neuen, postalischen Vertriebswege und gezielt Maßnahmen zur Verhinderung von Drogenlieferungen berücksichtigen.*

Originaltext des Zusatzantrages:

Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Zusatzantrag:

- *Die Stadt Graz bekennt sich dazu, dass Präventionskampagnen betreffend Suchtmittel- und Alkoholmissbrauch durch die Abteilung für Kommunikation entsprechend unterstützt werden.*

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream. Auch wir werden dem Antrag und diversen Abänderungs-, Zusatzanträgen, die jetzt hier vorliegen, unterstützen. Ich werde gleich im Detail darauf eingehen. Was mir aufgefallen ist, war, dass im ursprünglichen Antrag der Fokus wirklich sehr stark auf den illegalen Drogen und der sogenannten Drogenkriminalität lag. Die Elke

Heinrichs hat es jetzt eh schon ausgeführt, das ist eben nicht das Einzige, was man anschauen darf, wenn man sich Sucht- und Abhängigkeitsprobleme der Bevölkerung anschaut. Ich selber habe einige Jahre in einem Suchtpräventionsprojekt gearbeitet und ich kann mich erinnern, wir haben da Workshops gehalten und die Leute waren immer völlig überrascht, wenn man gesagt hat, was die häufigsten Süchte in Österreich sind, weil das sind nämlich alles legale Dinge. Das sind Alkohol, Medikamente, Glückspiel, Internetabhängigkeit, das kommt alles vor den illegalen Substanzen, und das wissen halt ganz viele Menschen nicht. Das soll jetzt in keinsten Weise die illegalen Substanzen und Probleme, die dadurch entstehen, verharmlosen, aber wenn man Kampagnen startet und Aufklärungsarbeit, muss man eben auch diese ganzen an sich legalen und sehr leicht zu beschaffenden Dinge mitbedenken. Und eben auch nicht nur in Richtung der Jugendprävention, sondern es gibt auch ganz andere Gruppen, die jetzt durch die Pandemie vielleicht in Abhängigkeiten gerutscht sind. Ich kann mich erinnern, in der Zeit, wo ich in dem Bereich gearbeitet habe, ist z.B. gerade Medikamentenabhängigkeit sehr stark im Zusammenhang mit älteren Personen auch diskutiert worden, mit Menschen, die einsam sind, und da denke ich mir, Ältere Menschen in Einsamkeit, das hat sich durch die Pandemie bestimmt enorm verschärft. Wir haben da jetzt noch keine Studien dazu, aber das ist sicher auch ein Bereich, in den man auch hinschauen muss, also das nur sozusagen als ergänzende Anregungen. Zu den vorliegenden Abänderungs- und Zusatzanträgen, also mir kommt das eben auch sinnvoll vor, wenn eben auch legale Substanzen wie Alkohol und Medikamente stärkere Berücksichtigung finden, dann diese ganze Darknet-Geschichte, die würde ich auch beim Innenministerium verorten, das kann die Stadt Graz alleine nicht stemmen, das macht absolut Sinn. In der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit muss da also Energie verschiedener Abteilungen sein, und in dem Sinn würde ich auch den Zusatzantrag der SPÖ sehen, nämlich dass das mit dem Jugendamt gemeinsam umgesetzt werden muss, weil, wie ja der Gesundheitsstadtrat gesagt hat, sind die Ressourcen des Gesundheitsamtes begrenzt und es ist ein sehr, sehr drängendes und wichtiges Thema, das heißt, das muss einfach ämterübergreifend angegangen werden und in dem Sinn unterstützen wir die vorliegenden Anträge. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Mitglieder im Gemeinderat, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher im Livestream. Daisy Kopera hat einen sehr wichtigen Antrag hier eingebracht. Ich denke, dass nicht genug getan werden kann, um Missbrauch zu verhindern. Stadtrat Krotzer hat auch angesprochen, dass es eine Querschnittsmaterie ist, dass auch andere sich einbringen sollen. Es ist keine einfache Zeit, ich denke, wir können nicht alles auf einmal lösen, aber einen Schritt können wir einmal tun, deswegen unterstützen wir jetzt einmal deinen Schritt, den einen, dass wir uns hier verstärken können und das angehen. Aber weil es eine Querschnittsmaterie ist, ist es, glaube ich, auch sinnvoll, wenn hier eine Kooperation zwischen Gesundheitsamt und Jugendamt stattfindet.

Zusatzantrag:

Demzufolge ersuchen wir zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag, dass auch der Jugendstadtrat aufgefordert wird, in gezielten Schwerpunktsetzungen für mehr Sensibilisierung von Jugendlichen hinsichtlich der Problematik des Suchtmittelmissbrauchs Sorge zu tragen. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich nachfolgenden

Zusatzantrag:

Als ein weiterer Punkt ist anzuführen:

Des Weiteren wird ergänzend zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag auch der Jugendstadtrat aufgefordert, in gezielten Schwerpunktsetzungen für mehr

*Sensibilisierung von Jugendlichen hinsichtlich der Problematik des
Suchtmittelmissbrauchs Sorge zu tragen.*

GR Dr. **Hofer:**

Ja, die Kollegin Bauer hat das gerade richtig gesagt, also wir können nicht alles auf einmal angehen. Die Kollegin Kopera hat, glaube ich, in ihrem Antrag das sehr konkret formuliert, dass es hier jetzt einmal wirklich um die illegalen Drogen geht. Auch der dringliche Antrag deswegen, weil es jetzt im Konkreten acht Drogentote bereits gibt. Es ist vollkommen richtig, dass Alkohol, Medikamente, Internet zur gesamten Sucht dazugehören, aber ich glaube, wenn man das jetzt noch größer spannt und das alles dazunimmt, die Kampagnen größer macht, zum Innenministerium geht, das ist dann eine Never-ending-Story. Ich glaube, das ist ein sehr konkretes Thema, das jetzt auch sehr aktuell ist, die Frau Kollegin hat es ausgeführt, und ich glaube, deswegen sollte man auch hier konkrete Maßnahmen setzen und das Gesundheitsamt auch dementsprechend diese drei Punkte bearbeiten, die wir so im Antrag auch verfasst haben, deswegen wollen wir auch bei diesen drei Punkten so bleiben. Ungeachtet dessen, und da gebe ich durchaus den Vorrednern auch Recht, es durchaus weitere Problematiken gibt in der Suchtmedizin. Was ich nur nicht ganz verstehe, das sind schon sehr verschiedene Krankheitsbilder. Zu illegalen Drogen zu greifen, ist, meiner Meinung nach, schon ein ganz anderes Thema, als wenn man jetzt von Internet reden, von Medikamenten reden – schlimme Sachen, brauchen wir gar nicht reden, aber illegale Drogen sind für mich da wirklich noch ein spezielles Thema dazu, und deswegen gebe ich der Kollegin absolut Recht mit ihrem Antrag. Diese drei Punkte hätten wir gern so abgestimmt. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera:**

Ganz kurz ein Schlusswort. Natürlich ist das Drogen- und Suchtproblem eines, das die gesamte Gesellschaft betrifft, aber ganz konkret ist es Aufgabe des Gesundheitsamtes,

sich primär darum zu kümmern und deshalb haben wir das so formuliert. Danke (Appl.).

GRⁱⁿ Heinrichs:

Danke vielmals, auch nur ganz kurz. Warum mir das jetzt so wichtig ist, weil ja die liebe Daisy auch Zahlen genannt hat, und da habe ich auch ein bisschen was herausgefischt, um noch einmal Nachdruck zu verleihen diesem Problem Alkohol. Die illegalen Drogen sind bei weitem nicht das größte Problem, Suchtproblem in Österreich. 200 Menschen sterben an den Folgen illegaler Drogen in Österreich im Jahr. Dem gegenüber 8.000 Alkohol-Todesopfer in Österreich jährlich. Bei Jugendlichen, die zu viel trinken, liegt Österreich, unrühmlicherweise, im europäischen Spitzenfeld. Rund 100 Personen sterben unmittelbar nach einer reinen Alkoholvergiftung, 50 an einer Opiatvergiftung. Und noch etwas zu den acht Drogentoten, die wir in der Steiermark haben. Furchtbar tragisch und wir müssen gemeinsam was dagegen unternehmen 12 Frauenmorde, meine sehr geehrten Damen und Herren, seit Jänner in Österreich gehen auf Kosten von Alkohol unter Einwirkung der Tat. Danke für die Aufmerksamkeit (Appl.).

Der Abänderungsantrag (KPÖ) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen 1 Stimme KPÖ) angenommen.

Der Zusatzantrag (KPÖ) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Der Zusatzantrag (SPÖ) wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

8.2 Wohnsammelgaragen (KO GR Manfred Eber, KPÖ)

KO GR **Eber**:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein ganz anderes Thema. Jetzt geht es um sogenannte Wohnsammelgaragen. Klar ist, die Mobilitätsstrategie der Stadt setzt natürlich darauf, die sanfte Mobilität zu fördern, also den sogenannten Umweltverbund, den Öffentlichen Verkehr, den Fußgeher- und auch natürlich den Radverkehr. Allerdings sind unsere Straßen ja nicht beliebig vermehrbar oder vergrößerbar, und von daher ist es natürlich klar, dass, wenn man beispielsweise die Radinfrastruktur verbessern möchte, das dann geht zulasten anderer Verkehrsteilnehmer, zumeist auf Kosten von Parkplätzen im öffentlichen Raum. Wie immer man zu dieser Frage stehen will, Fakt ist jedenfalls, viele Menschen in unserer Stadt verfügen über ein Auto, wollen auch über eines verfügen und benötigen dafür auch einen Abstellplatz, den sie vor allem in Zentrumsnähe, im öffentlichen Raum, immer weniger finden. Zur Entschärfung dieses Problems, also insbesondere jetzt im Innenstadtbereich, gibt es jetzt zwei Möglichkeiten. Zum einen könnte man natürlich Anrainerparkplätze schaffen, ist ein Vorschlag, den wir auch sehr befürworten und zumindest mit dem Kollegen Harry Pogner haben wir hier auch einen Mitstreiter sozusagen für diese Sache. Ich hoffe, es geht aber die Unterstützung darüber hinaus. Zweitens gibt es natürlich eben auch die Möglichkeit, sogenannte Wohnsammelgaragen für Anwohner und Anwohnerinnen zu errichten, und um diesen Punkt geht es also in diesem dringlichen Antrag. Dabei, und das ist auch wichtig, soll es natürlich nicht einfach nur darum gehen, Garagen zu fördern oder die Errichtung und Betreibung von Garagen zu fördern, sondern im Mittelpunkt stehen zum einen die Rückgewinnung und Attraktivierung des öffentlichen Raumes für höherwertige Nutzungen, also beispielsweise für Grünräume, für Aufenthaltsflächen, Spielplätze, oder auch für hochwertigere großzügige Geh- und Radwege und natürlich auch um Trassen für den Öffentlichen Verkehr. Zum anderen geht es auch darum, den Parkplatzsuchverkehr zu reduzieren und damit einhergeht natürlich auch der Rückgang

der Emissionen und eine gewisse Verkehrsberuhigung, insbesondere in Nebenstraßen, also wo dann halt diese Parkplätze gesucht werden. Wichtig ist jedenfalls auch, dass die Mobilitätsstrategie der Stadt Graz nicht konterkariert wird, also das bedeutet dann, dass diese Sammelgaragen tatsächlich für die ansässige Wohnbevölkerung da sind und zur Verfügung stehen und das zu natürlich akzeptablen Konditionen. Nicht gedacht hingegen sind sie natürlich für Einpendler/Einpendlerinnen, da verfolgt man natürlich eher das Ziel, dass man sie jetzt nicht zusätzlich in die Stadt hineinlockt, sondern bereits in der Region, wie es so schön heißt, abgefangen werden und tunlichst, sage ich einmal, zum Umstieg auf den Öffentlichen Verkehr gebracht werden sollen. Worum geht es konkret? Also nur zwei Beispiele dazu: Im Zusammenhang mit der sogenannten TU-Radachse würde eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Stellplätzen im öffentlichen Raum wegfallen. Es gibt hier allerdings auch den Willen sozusagen der Stadt und der TU, hier zu einem Ersatz zu kommen in Form einer Garage, die eben gemeinsam betrieben wird. Hier gibt es, meines Wissens nach, auch Gespräche zwischen der Stadtbaudirektion und der TU, um eine solche Garage zu errichten. Und zweites Beispiel, wie gesagt, gerade auch im Zuge der Adaptierungen, die jetzt demnächst im Bereich der Remise in der Steyrergasse stattfinden, könnten hier auch AnwohnerInnenparkplätze zumindest mitüberlegt werden. Für die Errichtung und den Betrieb von derartigen Wohnsammelgaragen, wie ich es jetzt einmal nenne, bedarf es des Engagements und auch der Beteiligung der Stadt Graz, die ein Errichtungs- und Betriebsmodell samt Finanzierung und Tarifgestaltung vorgeben sollte, um eben auch zu vermeiden, dass also hier sozusagen Nicht-Berechtigte zusätzlich angelockt werden.

Ich darf daher namens des KPÖ- Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

stellen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, einen Runden Tisch zum Thema "Wohnsammelgaragen" einzuberufen, um die im Motivenbericht dargestellten Ziele vertiefend zu betrachten und ein entsprechendes Modell auszuarbeiten. Neben VertreterInnen aller Gemeinderatsparteien sollen insbesondere die GPS, die Abteilungen für Verkehrs- und für Stadtplanung, das Straßenamt und die Finanzdirektion hinzugezogen werden. Ich ersuche um Annahme. Danke (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Mobilitätsstrategie der Stadt Graz setzt auf die Förderung der sanften Mobilität, also des Öffentlichen Verkehrs, des Fußgeher- und Radverkehrs.

Da unsere Straßen nicht beliebig vermehrt oder vergrößert werden können, geht natürlich beispielsweise die Einrichtung von Radinfrastruktur zu Lasten anderer Verkehrsteilnehmer, zumeist von Parkplätzen im öffentlichen Raum.

Wie immer man dazu stehen mag, Fakt ist, viele Menschen verfügen über ein Auto und benötigen dafür auch einen Abstellplatz, den sie im öffentlichen Raum gerade in zentrumsnahen Lagen immer weniger finden. Zur Entschärfung dieses Problems gibt es u. a. zwei Möglichkeiten: 1. die Schaffung von AnwohnerInnenparkplätzen im innerstädtischen Bereich und 2. die Errichtung von Sammelgaragen für AnwohnerInnen („Wohnsammelgaragen“). Und um diesen zweiten Punkt geht es nun in diesem Antrag. Dabei soll es sich nicht einfach um ein Garagenförderungsprojekt handeln.

Im Mittelpunkt stehen:

- die Rückgewinnung und Attraktivierung des öffentlichen Raums für höherwertige Nutzungen, beispielsweise für Grünräume, Aufenthaltsflächen, Spielplätze oder für hochwertige Geh- und Radwege bzw. ÖV-Trassen.*

- *die Reduktion des Parkplatzsuchverkehrs, mit welcher auch ein Rückgang der Emissionen und eine Verkehrsberuhigung insbesondere in den Nebenstraßen einhergeht.*

Wichtig dabei ist, dass die Mobilitätsstrategie der Stadt Graz nicht konterkariert wird. Das bedeutet, diese Sammelgaragen müssen für die ansässige Wohnbevölkerung zu akzeptablen Konditionen zu Verfügung stehen und sind nicht für EinpendlerInnen gedacht. Diese sollen bereits vor den imaginären Toren der Stadt, besser noch in der Region „abgefangen“ und zum Umstieg auf den ÖV gebracht werden.

Zwei Beispiele, um zu verdeutlichen, was gemeint ist: Im Zusammenhang mit der TU-Radachse fällt eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Stellplätzen im öffentlichen Raum weg. Hier verhandelt die Stadtbaudirektion mit der TU über die Errichtung einer Garage für AnwohnerInnen und Beschäftigte für die TU. Auch im Zuge der Adaptierungen im Bereich der Remise Steyrergasse könnten Stellplätze für AnwohnerInnen mitüberlegt werden.

Für Errichtung und Betrieb von derartigen „Wohnsammelgaragen“ bedarf es des Engagements und der Beteiligung der Stadt, die ein Errichtungs- und Betriebsmodell samt Finanzierung und Tarifgestaltung vorgeben sollte.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, einen Runden Tisch zum Thema "Wohnsammelgaragen" einzuberufen, um die im Motivenbericht dargestellten Ziele vertiefend zu betrachten und ein entsprechendes Modell auszuarbeiten. Neben VertreterInnen aller Gemeinderatsparteien sollen

insbesondere GPS, die Abteilungen für Verkehrs- und für Stadtplanung, das Straßenamt und die Finanzdirektion hinzugezogen werden.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR DI Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kollegin und Kollegen des Gemeinderates, lieber Antragsteller. Ein wichtiges Thema, ich kann mich noch gut erinnern, und jetzt haben wir seinerzeit den Begriff Anwohnergarage einmal kreiert, vielleicht kann sich noch der eine oder andere erinnern. Im Zuge des Rahmenplanes Reininghaus haben wir ja ganz intensiv über Anwohnergaragen gesprochen, das war ein Thema, es gibt eine Anwohnergarage, wo ich auch beteiligt war, wenn ich das so sagen darf, damals noch mit dem Kollegen Hagenauer und zwar in der Alten Poststraße. Wenn jemand die Situation vor Ort kennt, anschließend an die Stahlbaufirma, die dort beheimatet ist, sozusagen südlich der Hans-Groß-Gasse, gibt es auf der Ostseite eine Anwohnergarage. Damals ist diese gebaut worden, aber nicht nur um sozusagen die Parkplätze für die Anwohner, Anwohnergarage ist halt ein ähnlicher Begriff wie die Sammelgarage, sondern dort haben wir auch sozusagen mit dieser Garage auch den Lärmschutz für die dahinterliegende Wohnsiedlung bewerkstelligen können. Also durchaus ein sinnvolles Projekt, das wir dann in weiterer Folge in Graz eigentlich nirgends mehr in dieser Form angedacht haben. Es gibt noch ein zweites Projekt, das eine ist mir so in Erinnerung, schon lange her, damals im Zuges des Bebauungsplanes dort, wie gesagt, der Kollege Hagenauer hat sich dafür eingesetzt und ich war halt in diesem Ausschuss auch dabei. Ich denke, dass das ein wesentliches Thema ist. Ich weiß nur nicht, wie wir das in der Innenstadt jetzt tatsächlich bewerkstelligen können. Also wir können diese Wohnsammelgaragen, der Kollege Karl Dreisiebner hat uns, jedenfalls mir, ich glaube, aber auch den anderen Mitgliedern des Ausschusses, diese Sammelgaragen-Idee aus Wien einmal sozusagen zur Kenntnis gebracht, da gibt es verschiedenen Modelle. Das letzte Sammelgaragenmodell, das habe ich mir selbst

anageschaut, das ist in der Seestadt errichtet worden, wo also tatsächlich Sammelgaragen für die dort anwohnende Bevölkerung sozusagen geschaffen wurden, es gibt auch in Wien, aber das hat eine Historie, die Sammelgaragen, die dort eigentlich schon seinerzeit mitgebaut wurden. Es gibt also diese Sammelgaragen, ich kann ein paar nennen, weil die in der Umgebung des seinerzeitigen Wohnortes unserer Tochter in Wien gewesen sind. Das ist also einfach, wo man gerade hineinfährt, eine Sammelgarage möglicherweise mit einer Rampe, damit man noch zwei Ebenen zusammenbringt und da ist tatsächlich für bestimmte Häuserblöcke, für bestimmte Wohnbereiche eine Sammelgarage halt seinerzeit schon mitberücksichtigt worden, also da hat man nichts Neues bauen müssen, sondern da ist einfach das unterste Geschoss eine Garage geworden. Schaut nicht sehr schön aus, sage ich jetzt, zum Teil, aber es ist halt so gebaut worden. In Graz sehe ich momentan auch Schwierigkeiten, in der Innenstadt sowas, wir haben schon einmal über die Bienenstockgarage diskutiert, aber auch über die Garage am Felix-Dahn-Platz, also alles Garagen, die möglicherweise stärker in einer Anwohnergarage-Idee zu führen wären. Da gibt es schon Ideen und du hast die TU angeschnitten. Ich denke, dass wir aber, und deshalb auch der Abänderungsantrag, dass wir dieses Thema ganz stark jetzt in den Arbeitsausschuss Stadtentwicklung bringen sollten, damit wir dort jetzt tatsächlich Orte finden sozusagen auch im Bereich der gesamten Flächenwidmungsplan-Geschichte, vielleicht gibt es Standorte, wo man dann bewusst solche Garagen, ob es jetzt eine Hochgarage oder eine Tiefgarage, eine Sammelgarage muss man sich noch überlegen ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag (FH) **Eustacchio**: Bitte zum Ende kommen.*

GR DI Topf:

... Entschuldigung, ich bin so im Garagending drinnen. Aber ich stelle daher namens des ÖVP-Clubs den

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Der vorliegende dringliche Antrag wird dem Unterausschuss „Stadtentwicklung“ zur weiteren Erörterung zugewiesen, damit man dort auch noch im Detail über dieses Ansinnen sprechen kann.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den

Abänderungsantrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Der vorliegende dringliche Antrag wird dem Unterausschuss „Stadtentwicklung“ zur weiteren Erörterung zugewiesen.

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kollegin und Kollegen, werte Gäste im Livestream, sehr geehrter Antragsteller, lieber Manfred. Selbstverständlich ist alles zu tun, um den öffentlichen Raum so weit wie möglich frei von den parkenden Autos zu machen, also sprich: Bewegungs- und Erlebnisraum für Menschen in unserer Stadt wieder zurückzugewinnen. Vereinfacht gesagt ist ja jeder Meter unter dem blauen Himmel und unter der frischen Luft, der verparkt ist, ja eigentlich ein verlorener Meter. In dem Sinn sind ja Sammelgaragen auch ein probates Mittel und deshalb stimmen wir auch dem Inhalt zu. Wobei wir aber eines mit aller Deutlichkeit natürlich festhalten haben wollen, und zwar oberstes Ziel sollte es trotzdem nicht sein, sich Gedanken

darüber zu machen, wie man möglichst viel Parkraum unter der Erde schafft, unser oberstes Ziel soll sein, unsere Stadt so zu gestalten, dass möglichst viele Menschen dank eines attraktiven Öffentlichen Netzes, dank guter Radwege, guter Durchwegungen für die Fußgänger am Ende des Tags nicht mehr an die Notwendigkeit eines Autos denken, dass vielleicht in einem vierköpfigen Haushalt, wie es ja oft der Fall ist, dass drei bis vier Autos vorhanden sind und im Idealfall dann vielleicht sollte das sogar sein, dass drei oder vier Haushalte sich z.B. ein Auto teilen. Ganz kurz zum Georg Topf seinem Abänderungsantrag; Lieber Georg Topf, er hört mir zwar nicht zu, aber macht nichts, du kannst dich erinnern, unsere erste Sitzung im Unterausschuss, da wurden die Verkehrsthemen ziemlich blockiert, also man hat sich dort schon gewehrt, Verkehrsthemen dort zu behandeln. Ich befürchte, dass mit deinem Abänderungsantrag du diesen Dringlichen irgendwie in eine Sackgasse schickst, weil er dort wahrscheinlich nicht weiterbehandelt wird, deswegen würde ich bitten, das auch zu berücksichtigen. Ich hoffe, du nimmst es auf also in diesem Unterausschuss, dass er dort weiterbehandelt wird. Aber wir werden deinem Abänderungsantrag deshalb nicht zustimmen (*Appl.*).

GR Mogel:

Liebe Zuseher an den Bildschirmen, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrter Vizebürgermeister. Natürlich ist das Thema fehlender und wegfallender Parkplätze dringlich und wichtig. Wir greifen ja direkt in die Lebensumstände vor allem auch von schon zum Teil lange anwohnenden Grazern ein. Die Konzepte sind jetzt eh schon besprochen; Sammelgarage, Anrainergarage, wie auch immer das heißt, das gibt es schon, das ist nicht ganz neu und wird zum Glück auch immer wieder diskutiert, aber die Vorgehensweise, wie gerade ihr jetzt mit diesem Thema umgeht, finde ich eigenartig. Es sind bei etlichen Maßnahmen, ich weiß wie nicht viele Parkplätze in den letzten Jahren unter eurer Hoheit zum Opfer gefallen. Ich möchte nur ein einziges kleines Beispiel herausnehmen, wie dann mit den Ersatzparkplätzen umgegangen wird. In dem Fall weiß ich es genau, weil ich habe hier in dem Fall selber die Anfrage gestellt,

da ging es um 20 Parkplätze am Ortweinplatz. Dann habe ich eine kurze Antwort bekommen, eher lapidar, wo am Anfang ein bisschen diskutiert worden ist, warum man hier nicht schuld ist, und was dann nicht geht und dann eh auch der Hinweis, ja, der Parkdruck ist dort sehr hoch, und dann ist ein Satz hier drinnen, um den es dann eigentlich geht. Kurz gesagt: Die am Platz wegfallenden Stellplätze können direkt nicht ersetzt werden. Punkt. Das war's. Also vier Jahre lang jetzt Parkplätze ohne Ersatz zu vernichten, und jetzt der billige Versuch, das Thema dem Herrn Bürgermeister umzuhängen, finde ich eigenartig. Das Thema ist trotzdem wichtig, es ist mir sehr, sehr wichtig, daher dringlich und natürlich soll auch in weiterer Folge darüber diskutiert werden über wegfallende und über fehlende Parkplätze und den hohen Parkdruck. Wir werden aber in diesem Fall dem Abänderungsantrag vom Kollegen Topf zustimmen (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Werter Herr Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Jetzt muss ich ganz kurz zum Berno Mogel was sagen. Fällt dir eigentlich auf, mit welcher Wortwahl du über Parkplätze sprichst? Parkplätze, die zum Opfer fallen, Parkplätze, die vernichtet werden. Man kann darüber reden, ob diese Worte passen. Ich möchte es nur kurz zurückspielen. Ich glaube, dass es, wenn man über den Straßenverkehr und über diese Dinge und über Luft und Umweltverschmutzung nachdenkt, es vielleicht andere Opfer geben könnte, Krankheitsfälle geben könnte, das sind Menschen und nicht Parkplätze, die zum Opfer fallen. Es gibt mitunter auch Bäume, die aufgrund von zu viel Salzstreuung oder eben der ganzen Luftsituation im Umfeld, Bäume als Lebewesen gesehen, da sind wir uns hoffentlich einig, dem Autoverkehr, dem Autoparken zum Opfer fallen. Zum Antrag selber; Mir ist ja jetzt nicht ganz klar, was der Kollege Eber genau will, einerseits soll es offenbar in ein bis zwei Gegenden passieren, andererseits darf es offenbar nicht Parkplätze in der Gesamtsumme kosten und drittens darf es auch irgendwie finanziell nicht teurer werden oder so ähnlich. Ich würde einmal sagen, ich würde schon gerne

das Ziel formulieren, dass man, wenn man davon ausgeht, dass diese Stadt mit weniger Autobesitz und mit einem vernünftigeren Mobilitätsverhalten, mit einem alternativen Mobilitätsverhalten, mehr Rad, mehr ÖV, auch Carsharing, in die Zukunft geht, dass man dann auch Parkplätze reduzieren kann. Ob sie in Sammelgaragen stehen oder im Straßenraum sind, dass man dafür Bäume pflanzen kann, Verkehrsberuhigungen durchführen kann, Aufenthaltszonen schaffen kann, grüne Meilen schaffen kann, und dass das auch einen Wert hat, wenn ich in einer Sammelgarage das Fahrzeug, das ich nicht oft in Betrieb nehme, hoffentlich, abstellen kann, immer weiß, dass es wettergeschützt ist, ich weiß auch, wo es steht und alle diese Dinge mehr. Das sind Vorteile, die kann man vielleicht auch finanziell in irgendeiner Form miteinverrechnen, aber das geht jetzt schon ein Stück weiter. Das andere, was mich auch verwundert, ist, warum man jetzt den Herrn Bürgermeister unbedingt damit beauftragen will, wo doch die Verkehrsstadträtin das doch auch anstoßen könnte, das nur so nebenbei. Und das Dritte ist, diese leidige Frage, können und sollen wir im innenstadtnahen Bereich, in der gebauten Stadt solche Anlagen errichten, oder können wir es eh nur draußen machen, etwa in Reininghaus, wo es dann doch nicht gemacht worden ist, lieber Herr Kollege Topf? Also mir fehlt da einiges und schlussendlich kommt mir das ein bisschen, und das hat der Ewald Muhr eh schon gesagt, ein bisschen seltsam vor, wenn man es jetzt in diesen Unterausschuss für Stadtentwicklung mehr oder weniger zwischenpacken oder auch endlösen will. Also ich würde mir wirklich wünschen, dass man sich mit dem Antrag ehrlicher auseinandersetzt. Das heißt, dem Abänderer stimmen wir nicht zu, dem Antrag selbst stimmen wir zu trotz der Fragezeichen, die ich hier versucht habe, kurz zu umreißen, und nein, Parkplätze werden nicht geopfert.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.14 Uhr).

Eigentlich ist der Antrag, wenn man ihn ganz schlichtweg aufrichtig so nimmt, wie er ist, nicht kompliziert. Es geht schlichtweg darum, Sammelgaragen für Anwohner zu schaffen dort, wo aus unterschiedlichsten Gründen, die wir uns ja auch gemeinsam politisch entschieden haben, Parkflächen für Bewohner zu errichten, das kann durch flächendeckende Verkehrsberuhigungen sein, die wir als Fußgängerzonen wollen, oder Begegnungszonen, wo wir aber gleichzeitig eine Wohnbevölkerung haben, die wir ja auch nicht vertreiben wollen, weil sie halt in Zinshäusern sind und dort eben keine Tiefgaragen sind oder im Haus. Deshalb wirst du in der Nähe zumindest die Möglichkeit den Menschen anbieten müssen, auch ihr Auto abstellen zu lassen, weil zu verbieten, dass niemand mehr in der Innenstadt ein Auto haben darf, der dort auch wohnt, wir schwierig werden. Das Gleiche gilt aber auch in den Stadtbezirken draußen, wo eine ziemliche Nachverdichtung und dichte Bebauung ist zwischen Einfamilienhaussiedlungen und gleichzeitig Mehrparteienhäusern, die neu errichtet worden sind, wo keine, das kann man teilweise lösen mit einer Ausweitung der grünen Zonen, aber auch dort entsteht mitunter ein Druck, weil in den vorhandenen Nebenstraßen einfach der Parkraum nicht mehr ausreicht. Und jetzt kann man zwar sagen, wir wollen alle von heute auf morgen auf das Rad oder auf die Öffis umsteigen, aber es ist wichtig, dass wir uns überlegen, dort, wo man es braucht, ein Betreibermodell zu überlegen. Wenn wir so etwas wagen wollen, wer soll das betreiben? Und deshalb können wir zwar von der Verkehrsplanung sagen, wo und wo wir es für notwendig erachten, aber wir können von der Verkehrsplanung selber nicht das Betreibermodell, das ist auch nicht meine Zuständigkeit, und da gibt es auch derzeitig keinen Zuständigkeitsbereich, und deshalb haben wir es für sinnvoll erachtet, unter Führung der Stadtbaudirektion alle dazu relevanten Abteilungen oder Kollegen, die eine Ahnung und Erfahrung damit haben, ob das die GPS ist, ob das unsere Abteilung ist, das Straßenamt, und natürlich auch die Stadtplanung, hier zu einer Runde einzuladen und zu überlegen, wie könnte, und wer könnte vor allem, so eine Sammelgarage betreiben. Aus unserer Sicht, oder meiner Sicht, wäre es fein, wenn das die öffentliche Hand betreiben würde, weil wir hier korrigierend eingreifen können. Und wir werden es auch machen müssen, weil wenn wir meinen, dass wir in der

Mandellstraße die Radschnellroute und in der Petersgasse durchgehend machen, dann werden hier hunderte Parkplätze fallen, das ist in Ordnung. Aber du wirst halt gleichzeitig für die Bewohner und Bewohnerinnen auch Alternativen anbieten müssen für ihre Autos, weil dort viele Familien leben, die zwar nicht täglich mit dem Auto fahren, aber eines haben, und der vorhandene Parkplatzdruck sehr, sehr hoch dort ist, schon jetzt, und deshalb halte ich für notwendig, sich damit zu beschäftigen. Und ich glaube, der Unterausschuss aber ist nicht das geeignete Mittel, weil dort sollten viele andere Fragen eine Rolle spielen, und wenn man in dieser Frage weiterkommen will, dann braucht es hier eigentlich eine eigene Runde, und das ist das Ansinnen und der Wunsch (*Appl.*).

Bgm. Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren, die Sichtweisen ändern sich im Laufe der Jahre, weil in den vergangenen Perioden haben das Sammelgaragen und Garagen immer die Verkehrsreferenten auch eingebracht. Ich möchte es nur einmal kurz anmerken, weil ich kann mich z.B. an die leidige Diskussion um das Parkhaus Fölling, das heute schon mehrfach genannt wurde, erinnern, wo dem Gerhard Rüscher sogar ein Denkverbot des Gemeinderates auferlegt worden ist, und wir das dort bauen mussten, obwohl wir der festen Überzeugung waren, dass es nicht angenommen wird. Aber kommen wir vielleicht jetzt auch zum Schlusswort, weil gemeldet, sehe ich gerade, hat sich jetzt niemand mehr. Bitte, Herr Gemeinderat.

KO GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zunächst einmal vielen Dank für die Wortmeldungen und die durchaus interessanten Anmerkungen, die es da natürlich aus unterschiedlichen Blickwinkeln gegeben hat. Vielleicht nur ein paar kleine Anmerkungen jetzt noch zum Schluss von meiner Seite. Also zunächst vielleicht zum Abänderungsantrag und dem Unterausschuss. Auch ich sehe das, ich bin ja selber

nicht im Unterausschuss, aber ich gehe doch davon aus, vor allem mit der Beschlussfassung dieses Unterausschusses, dass dort sehr viele und durchaus auch umfassende Themen natürlich behandelt werden und werden müssen und da natürlich dann ein zusätzliches Thema vielleicht jetzt nicht den entsprechenden Platz dort auch findet. Und vor allem geht es ja in meinem Antrag ja auch darum, das haben wir ja schon relativ klar herausgearbeitet, wer da jetzt auch dabei sein sollte. Das ist eben unter anderem GPS und auch die Finanzdirektion, die damit befasst werden sollen und das heißt, da müssten man dann wieder das vom Unterausschuss wieder sozusagen wieder ausgliedern, wenn man da natürlich doch andere Fachleute, Experten und Beamte aus den unterschiedlichen Berichten dazu braucht. Von daher würde ich es natürlich sehr begrüßen, wenn wir diesen Runden Tisch, und um nichts anderes geht es ja in dem Antrag letztlich, auch so beschließen würde. Ansonsten möchte ich vielleicht nur noch kurz sagen, ja, selbstverständlich ist es so, und ich glaube, das hat die KPÖ und die Verkehrsstadträtin Elke Kahr ja in den letzten Jahren auch bewiesen, dass es uns durchaus darum geht, den Öffentlichen Verkehr, den Fuß- und Radverkehr zu forcieren und weiterzubringen und natürlich ist das das langfristige Ziel sozusagen, wie es der Kollege Muhr angesprochen hat, dass die Leute gar nicht mehr auf das Auto angewiesen sind und gerne sogar darauf verzichten, eben weil sie einen umfassenden ÖV und gut ausgebaute Radwege beispielsweise zur Verfügung haben. Aber da sind wir noch lange nicht und von daher müssen wir jetzt einfach mit der Realität auch leben, dass die Leute ein Auto haben, das benutzen wollen, das vielleicht sogar oft einmal nicht benutzen wollen, sondern bewusst stehen lassen und stattdessen lieber zu Fuß gehen oder mit dem ÖV ihre Erledigungen machen wollen, aber dazu brauchen sie eben einen Platz und den Platz haben sie halt oft einmal nicht. Und der Berno Mogel hat das völlig zu Recht natürlich angesprochen. Es gibt oft einmal keinen Ersatz, wir haben natürlich immer wieder die Situation, und da kann sicher auch der Mario Eustacchio dazu was sagen, der ja selber für den Verkehr für eine Periode zuständig war, dass man mit Aufgaben, mit Notwendigkeiten eigentlich konfrontiert ist, wo man sagen muss, ja alles geht halt gleichzeitig nicht. Und das mag manche jetzt erstaunen, aber das ist eben eine Tatsache und von daher würden sich, aus meiner und aus

unserer Sicht, derartige Anwohnersammelgaragen durchaus anbieten, um hier ein bisschen Platz im wahrsten Sinn des Wortes zu gewinnen. Und von daher danke ich noch einmal für die interessante Diskussion und die Bemerkungen und ich ersuche um Zustimmung. Dankeschön (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) angenommen.

8.3 Baugesetz (GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Christine Braunersreuther, KPÖ)

GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Damen und Herren, das Baugesetz ist ja nichts, womit sich viele Leute hobbymäßig beschäftigen und ich versuche deswegen, weil es nämlich eine wichtige Gesetzgebung ist, die auch zu einer zukunftsfähigen Stadt führen kann, das Ganze, mein Anliegen, das ich an dieses Baugesetz habe, verständlich zu formulieren. In Diskussionen rund um Bebauungspläne und Bauverhandlungen wenden GrazerInnen häufig ein, dass im Flächenwidmungsplan ausgewiesene Bebauungsdichten überschritten werden, oftmals sogar deutlich. Begründet wird das meistens, also wenn es nicht um zwei zusammenhängende Grundstücke geht, dass Abtretungen nötig sind für Verkehrsflächen, Gehsteige usw., aber das ist für die Leute nicht ersichtlich und einsichtig. Und vor allen Dingen nicht einsichtig ist für viele, dass es kein Nachbarrecht darstellt; also wenn es um Baudichteerhöhungen geht, dann kann bei den Beteiligungsverfahren, sind Beschwerden quasi unwirksam, das liegt eben am Baugesetz und deswegen fordern wir, dass das geändert wird. Also diese Forderung ist nicht neu, die haben wir bereits schon mal gestellt, ergänzt haben wir den Antrag aber um eine sehr zeitgemäße Forderung, denn, wie bekannt ist, es gibt dazu den Global Status Report for Buildings and Construction, gehen 38 % der CO₂-Emissionen auf das

Gebäude und Bauwesen zurück. Das betrifft sowohl das CO₂, das bei Neubauten entsteht, ganz besonders CO₂-intensiv ist hier Beton, das betrifft Wohnbauten, aber auch natürlich sehr viele öffentliche Bauten, also Tunnel, z.B. U-Bahn-Tunnel sind äußerst CO₂-intensiv. Eine Studie aus Berlin hat gezeigt, dass die neue U-Bahn-Verlängerung in Berlin 159 Jahre braucht, um diese CO₂-Emissionen wieder auszugleichen. Und so etwas interessiert natürlich Nachbarn auch, es ist auch relativ leicht zu errechnen dieser CO₂-Faktor, der durch Neubauten entstehen kann, allerdings nicht für Laienpublikum, das kann man nicht von den Leuten verlangen, dass sie da aus Bebauungsplänen herauslesen, deswegen unsere Forderung:

1. beim Land Steiermark für eine Abschaffung, also in einer Petition für eine Abschaffung bzw. eine Novellierung der Bebauungsdichteverordnung entsprechend des Motivenberichts einzutreten, und
2. sich beim Land Steiermark für die Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes dahingehend einzusetzen, dass auch die Bebauungsdichte unter die Nachbarrechte gemäß § 26 fällt.
3. sich beim Land Steiermark für die Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes dahingehend einzusetzen, dass Werte zur Nachhaltigkeit, wie zu erwartende CO₂-Emissionen bei Herstellung des Baustoffes, Recyclebarkeit der verwendeten Materialien, zu erwartende Haltbarkeitsdauer der Materialien, auch ein ganz wichtiger Punkt, da gibt es nämlich gerade derzeit sehr viele Neubauten, von denen wir in 50 Jahren wahrscheinlich nicht mehr sehr viel haben werden außer Bauschutt, Reparierbarkeit und die erwartete Energiebilanz dieser Gebäude, dass die in Plänen enthalten sein müssen.

Im Sinne einer zukunftsfähigen Stadt bitte ich Sie um die Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In Diskussionen rund um Bebauungspläne und Bauverhandlungen wenden GrazerInnen sehr häufig ein, dass die im Flächenwidmungsplan ausgewiesene Bebauungsdichte

überschritten wird – oftmals sogar sehr deutlich, und dass aus den Unterlagen keine Hinweise auf ökologische Nachhaltigkeit herausgelesen werden kann, was hinsichtlich des Klimawandels ein zunehmend wichtiger Beurteilungsfaktor ist.

Tatsächlich verhält es sich nun so, dass die Bebauungsdichte nicht unter die Nachbarrechte, die bei einer Bauverhandlung geltend gemacht werden können, fällt. Gleichzeitig finden die Dichteüberschreitungen ihre Deckung in der sogenannten „Bebauungsdichteverordnung“ des Landes Steiermark. Diese sieht vor, dass die im Flächenwidmungsplan angegebenen Dichten aus städtebaulichen Gründen oder Gründen der Verkehrserschließung und Infrastruktur überschritten werden können – anstatt ImmobilienentwicklerInnen umgekehrt dazu zu verpflichten, für diese notwendigen Maßnahmen der Stadt Graz notwendige Flächen zu überlassen. Die Schwächen in der genannten Verordnung gehen also sowohl zu Lasten der Stadt als auch der AnrainerInnen, insbesondere da sie keinen Maximalwert der erlaubten Dichteüberschreitung enthält.

Werte zur Nachhaltigkeit von Gebäuden sind bisher laut Verordnung nicht in der Bauverordnung des Landes enthalten. Dabei liegen, wie der Global Status Report for Buildings and Construction zeigt, 38% der CO₂-Emissionen im Gebäude- und Bauwesen begründet. Im Sinne einer klimafreundlichen Zukunft der Stadt Graz sollte das Baugesetz daher so umgestaltet werden, dass Werte der Nachhaltigkeit wie zu erwartende CO₂-Emissionen bei Herstellung des Baustoffes, Recyclebarkeit der verwendeten Materialien, zu erwartende Haltbarkeitsdauer der Materialien, Reparierbarkeit und die erwartete Energiebilanz in Plänen enthalten sein müssen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und die zuständigen Abteilungen werden ersucht,

1. *beim Land Steiermark für eine Abschaffung bzw. eine Novellierung der Bebauungsdichteverordnung entsprechend des Motivenberichts einzutreten, und*
2. *sich beim Land Steiermark für die Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes dahingehend einzusetzen, dass auch die Bebauungsdichte unter die Nachbarrechte gemäß § 26 fällt.*
3. *sich beim Land Steiermark für die Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes dahingehend einzusetzen, dass Werte zur Nachhaltigkeit, wie zu erwartende CO₂-Emissionen bei Herstellung des Baustoffes, Recyclebarkeit der verwendeten Materialien, zu erwartende Haltbarkeitsdauer der Materialien, Reparierbarkeit und die erwartete Energiebilanz in Plänen enthalten sein müssen.*

KO GR Dreisiebner:

Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und zuhause, geschätzte Antragstellerin. Ich melde mich jetzt zur Dringlichkeit, weil es, glaube ich, wirklich etwas dringlich zu klären gilt. Hier liegt uns ein Antrag vor, der die Änderung des Baugesetzes in ein paar Punkten fordert, die wir auch für sehr diskussionswürdig und für entscheidungswürdig halten. Ich glaube, es ist sehr wichtig, über die Baustoffe der Zukunft, die Recyclebarkeit der Baustoffe und dementsprechende technischen Klassen dahingehend nachzudenken, wie man das dann auch immer fördern und unterstützen kann, dass das Richtige gemacht wird und das Falsche hintangestellt wird bei der Auswahl von Baustoffen für die Gebäude der Zukunft. Das können wir hier wohl nicht klären, aber ich nehme an, dass es hier im Land sicher entsprechende Expertisen gibt oder auf unseren Universitäten, um dahingehende Unterlagen vorzubereiten bzw. für eine Baugesetznovelle, für eine Raumordnungsnovelle dementsprechend die Vorarbeiten zu leisten. Das Gleiche für die Bebauungsdichteverordnung; das Nachbarrecht, das weiß ich nicht, wie das juristisch aussieht, aber das ist auch etwas, was ich hier als Nicht-Jurist mich nicht zu beantworten traue. Also würde ich diesem Antrag in der Dringlichkeit auf jeden Fall zustimmen, vor allem, wenn man weiß, dass gerade von zwei Tagen zwei Landtagsabgeordnete, Claudia Klimt-Weithaler und

Landtagsabgeordneter Dr. Werner Murgg, einen Antrag eingebracht haben mit dem Betreff „Klimaschutzmaßnahmen in der Bau- und Raumordnung“, gerichtet an die zuständige Landesrätin Mag.^a Ursula Lackner, der im Entschließungstext Folgendes fordert: Der Landtag spricht sich dafür aus, die Beschlussfassung der Baugesetznovelle, in Bearbeitung, sowie der Raumordnungsgesetznovelle, in Bearbeitung im Landtag auf die nächste Gesetzgebungsperiode zu verschieben. Diese jetzige Gesetzgebungsperiode läuft unter Umständen bis Spätherbst 2024 oder Dezember 2024, das sei nur dazugesagt, das heißt, dass dann ein neuer Landtag danach sich mit der Bau- und Raumordnungsnovelle befassen soll, so der Wille der kommunistischen Partei im Landtag. Wir haben ja selber gerade den Unterausschuss eingerichtet und wir haben, glaube ich, eine große Hoffnung, dass wir nicht in drei Monaten, aber auch nicht später als in drei Jahren ein paar Ergebnisse bekommen, wo wir vom Gesetzgeber, vom Landesgesetzgeber abhängig sind und deswegen erscheint mir das wirklich dringlich und ich habe hierzu auch einen

Zusatzantrag

vorbereitet, das zu konterkarieren, was die kommunistischen Kollegen im Landtag am Dienstag eingebracht haben, was aber, glaube ich, eh keine Mehrheit gefunden hat, bzw. nicht finden wird. Im Zusatzantrag geht es vor allem darum, dass man sich möglichst schnell wünscht, am Petitionsweg von der Frau Landesrätin Lackner, von der Landesregierung die Bau- und Raumordnungsthematik dementsprechend weiter zu bearbeiten und zu novellieren; ob man dann 2026, 2027 weitere Novellen macht, das sei ihnen unbenommen, das dürfen sie auch. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Punkt 4:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz tritt am Petitionsweg an die Steiermärkische Landesregierung und insbesondere an die für die Bau- und

Raumordnungsthematik zuständige Landesrätin Ursula Lackner mit dem dringenden Ersuchen heran, die bereits laufenden Vorarbeiten zur Novellierung der Steiermärkischen Raumordnungsgesetz- sowie der Steiermärkischen Baugesetz-Materien insbesondere bzgl. Fragen des derzeitigen unbefriedigenden Baudichte-Regimes, dem Umfang der Nachbarrechte und der Ökologisierung im Bereich Bauen, stringent und mit hoher Priorität weiter voranzutreiben und so bald als möglich, jedenfalls aber noch in dieser Gesetzgebungsperiode, in entsprechende Novellen der beiden Gesetzesmaterien zu gießen.

GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Damen und Herren. Für mich ist das kein Widerspruch dieser Entschließungsantrag, der entstand ja nicht aus Spaß, sondern der entstand aus dem Bewusstsein, dass die derzeitige Regierung das, was es jetzt an Maßnahmen gibt, nicht bereit ist zu verbessern, sondern dass die derzeitige Koalition da sogar einen klimapolitischen Rückschritt eingehen will. Aus diesem Grund, um das zu verhindern, wurde im Landtag dieser Antrag gestellt. Gleichzeitig gab es aber auch die Bitte an uns, aus der Stadt Graz, in einer Petition auf die Dringlichkeit hinzuweisen, um vielleicht die Zuständigen im Landtag zu einem Umdenken zu bewegen. Also insofern, wir ziehen, auch wenn das sehr widersprüchlich wirkt, durchaus an einem Strang in dieser Hinsicht und wir sind ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

... ich sitze nicht im Landtag. Ich weiß aber, aus welcher Taktik heraus dort gehandelt wurde, aber ich bitte dennoch auf jeden Fall um Annahme meines Antrages und ich hoffe auch, dass er so angenommen wird, dass er nämlich aus diesem Grund als Petition an den Landtag geht und nicht in diesem Unterausschuss zum weiter

Dahindösen und vielleicht auch durchaus Besprochen-werden geschickt wird. Ich finde den Unterausschuss sehr produktiv, nur hat dieser Unterausschuss dann natürlich auch keine Kraft zur Beschlussfassung und deswegen wünsche ich mir, dass das als Petition weitergeht. Danke (*Appl.*).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Danke vielmals für das Schlusswort, mit erstmaligen Spaltungstendenzen innerhalb der KPÖ. Ich darf jetzt ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**:

Aber, ich glaube, wir haben es schon nicht falsch verstanden, auch wenn der Versuch jetzt da war zu sagen: Wir wünschen uns was als Petition an den Landtag, damit auch die KPÖ im Besonderen ihre Überlegungen im Landtag noch einmal überdenkt. Ich habe es nur versucht, aber inhaltlich ist es eine andere Geschichte. Für mich war das jetzt ganz schwierig, weil es soll ja schnell gehen und dann doch nicht (*tosender Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR Dr. **Piffl-Percevic**:

Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren. Es ist ja eigentlich schon eine genaue Einnordung dieses Antrages soeben vonstattengegangen. Ich möchte nur Folgendes sagen, dass wir uns natürlich auch im Vorfeld zu dem Antrag, Christine, unsere Gedanken gemacht haben. Es ist alles diskussionsfähig. Ich glaube, da ist, ohne ein Wortspiel zu betreiben, auch sehr viel diskussionswürdig, aber damit ist auch im Moment die Sache schon abschließend

für mich beschrieben. Wir haben daher einen Antrag eingebracht, diese Überlegungen, diese Gedanken dort zu diskutieren, wo wir uns gerade eingefunden haben, mit einstimmig, wo wir offen über all diese Dinge reden wollen, natürlich ein kleiner Widerspruch, selbstverständlich kann dieser Unterausschuss auch was beschließen. Der eigentliche Beschluss müsste dann im Ausschuss stattfinden und dann könnte ein Stück, sozusagen eine Initiative, daherkommen. Das steht bevor, wenn wir uns schnell einig sind, z.B. den Antrag im Landtag der KPÖ in andere Bahnen zu bringen, das ist jetzt kein Zynismus, aber wir werden sehr wohl, was die Ökologie betrifft, z.B. wo wir schon einige Petitionen vorgebracht haben, die noch immer nicht zur Gänze erfüllt sind, Klimafaktoren usw., also wir haben ein paar Punkte, wo wir durchaus nach einiger Diskussion bald einmal beschlussfähig sein könnten, was eine Petition betrifft. Ich bin guter Dinge und bitte diskutieren wir dort weiter. Das ist unser Antrag (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den

Abänderungsantrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Der vorliegende dringliche Antrag wird dem Unterausschuss Stadtentwicklung zur weiteren Erörterung zugewiesen.

GR DI Sickl:

Hoher Stadtsenat, werte Damen und Herren, liebe Frau Kollegin Braunersreuther. Sie haben es fast geschafft, diesen guten Antrag mit dieser Verteidigung Ihrer Landtagsfraktion zu einem schlechten Ende zu bringen, aber ja, Sie sprechen da was Wichtiges an. Die Bebauungsdichteverordnung ist eben eine

Durchführungsverordnung, die eine sachliche Rechtfertigung für Gebietskörperschaften für das Abgehen, bzw. in den meisten Fällen für eine Dichteüberschreitung, rechtfertigt. Gedacht allerdings ist es nur für, oder war es nur für den Bau, für dringliche Fälle, wie für den Bau von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern etc. Leider ist daraus eine Nische, ein Schlupfloch sozusagen, entstanden, und das ist nicht im Sinne der Verordnung und daher ist darüber nachzudenken. Zu den Anrainern; wir haben hier wohl in der Stadt mit dem Räumlichen Leitbild ein Instrument in der Hand, wo aber die Anrainer eine gewisse Rechtssicherheit bekommen, aber eben nicht, was die Dichte betrifft, die hat hier zu wenig Gewichtung. Also wenn jetzt die Behörde von der Dichte des Flächenwidmungsplanes angeht, dann sollen eben Anrainer subjektiv öffentliche Einwände einbringen können. Daher denke ich, dass der Unterausschuss, der neu gegründete Unterausschuss dafür der richtige Weg ist, um dieses Thema zu bearbeiten, um dieses Thema zu besprechen und zu einem doch, denke ich, guten Ende zu führen, weil wir hier alle an einem Strang ziehen. Dankeschön (*Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Ich kann mich noch gut erinnern, 93 bis 98 hat es unter dem Vorsitz einen äußerst sympathischen und guten Kollegen, der ja leider nicht mehr unter uns ist, den Hofrat Spielberger, auch einen Unterausschuss gegeben, den ich sehr geschätzt habe, weil er natürlich die Möglichkeit gegeben hat, auf Augenhöhe mit anderen GemeinderatskollegInnen unterschiedlichster Couleurs sachlich Dinge zu besprechen. Eines war aber auch klar, das habe ich zumindest nach fünf Jahren in diesem Unterausschuss mitbekommen, dass dieser die Aufgabe natürlich auch gehabt hat, Dinge auf die lange Bank zu schieben, und das möchte ich hier einfach noch einmal ganz deutlich sagen. Das, was meine Kollegin im Gemeinderat, Christine Braunersreuther von der KPÖ, hier gestellt hat, diesen Antrag, das ist mittlerweile der dritte Antrag in demselben Wortlaut wie in den letzten 15 Jahren (*Appl.*).

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrter Bürgermeister, liebe Antragstellerin. Es mag ja im Moment zuerst sehr reizvoll klingen, die Bebauungsdichte unter das Nachbarschaftsrecht zu stellen. Aber was würde das für die im Flächenwidmungsplan ausgewiesene Bebauungsdichte eigentlich jetzt bedeuten? Niemand will ja als Nachbar, dass sein Blick auf den Berg oder auf die freie Fläche verbaut wird und das Ganze wird wahrscheinlich dahingehend enden, dass in einem Einfamilienhaus-Viertel es schwierig sein wird, ein Einfamilienhaus hinzustellen, weil der Nachbar das halt ganz einfach nicht will. Und wir haben in der vergangenen Gemeinderatssitzung ja einen sehr wichtigen und guten Dringlichen beschlossen, der durchaus den Intentionen des Dringlichen hier entspricht, nämlich eine Änderung in den Baugesetzen, die es leichter gewährleisten, dass die im Fläwi ausgewiesene maximale Baudichte nicht gewährt werden muss, das allerdings sollte die Behörde feststellen und festlegen. Vor allem sollten wir eben einem solchen dinglichen Antrag, wie bereits schon erwähnt worden, im Unterausschuss bearbeiten. Danke (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) angenommen.

8.4 Parkgebührenbefreiung für Carsharing (GR Berno Mogel, FPÖ)

GR **Mogel:**

Liebe Zuhörer am Bildschirm, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Graz als stark wachsende Stadt hat sich selbst Richtlinien bezüglich des zukünftigen Verhältnisses zwischen öffentlichem und nicht öffentlichem,

zwischen motorisiertem und nicht motorisiertem Verkehr gegeben, dem Modal Split. Um aus verkehrstechnischen Gründen das gesetzte Ziel zu erreichen, ist es notwendig, KFZ-Einzelfahren zu reduzieren, dabei geht es nicht darum, welches Auto ich verwende, sondern wie oft ich es verwende. Es gibt etliche Studien, die sich zu diesem Thema, vor allem auch im Hinblick auf Carsharing-Modelle, befassen, alle kommen zum ähnlichen Ergebnis: Ein Auto im Carsharing hat das Potential, bis zu fünf Privatautos zu ersetzen. Die Zahl der Einzelfahren, da ist das Verhältnis noch besser, die Einzelfahrten können bis zu einem Siebtel reduziert werden. Wesentlich dabei, um solche Ergebnisse zu erreichen, ist ein leistungsfähiges Öffentliches Verkehrsnetz und auch die Möglichkeit, sicher mit dem Rad und zu Fuß durch die Stadt zu kommen. Carsharing-Modelle sind hervorragend dazu geeignet, nachhaltige Mobilität zu fördern, Parkdruck zu verringern und vor allem auch die Einteilung der Verkehrsteilnehmer in Autofahrer und Nicht-Autofahrer aufzubrechen. Man verwendet das Auto nur mehr noch, wenn man es braucht, wenn man es wirklich braucht, sonst geht man zu Fuß, fährt mit dem Rad, mit dem Bus, mit der Bim oder vielleicht zukünftig auch bald einmal mit der U-Bahn. Ein gut funktionierendes Beispiel ist das stadteigene Carsharing-Modell tim, es werden an mittlerweile sehr vielen Standorten schon verschiedene Autos zur organisierten Nutzung bereitgestellt. Ich selbst nutze tim, und ich bin, muss sagen, höchst zufrieden. Meine eigenen Autofahrten waren davor, ich gebe es ehrlich zu, ich bin praktisch täglich auch die 300 Meter zum Lebensmittelgeschäft mit dem Auto hinübergefahren, mittlerweile brauche ich das Auto oder fahr ich mit dem Auto ein bis zweimal im Monat durchschnittlich. Um diese Art der Autonutzung näherzubringen stelle ich folgenden

Antrag

im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs:

Frau Stadträtin Kahr möge prüfen und dem Mai-Gemeinderat als Bericht vorlegen, ob für Carsharing-Modelle in Graz eine Parkgebührenbefreiung in den Kurzparkzonen umsetzbar ist. Ich bitte um die Annahme des Antrages (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Graz als stark wachsende Stadt hat sich selbst Richtlinien und Ziele bezüglich des urbanen Individualverkehrs ausgearbeitet und definiert. Als Kennzahl wird der Modal Split – das Verhältnis von Öffentlichem- und Individualverkehr, von Fahrrädern, Fußgängern und Kraftfahrzeugen, herangezogen.

Selbst wenn der Anteil des Individualverkehrs mit KFZ reduziert werden kann, wird bei einer stark wachsenden Stadt wie Graz die absolute Menge an KFZ und damit auch die Einzelfahrten zumindest gleich bleiben, voraussichtlich sogar steigen.

Die temporäre Förderung der Elektroautos mit einer Befreiung der Parkgebühren ist heuer ausgelaufen.

Studien aus anderen Städten haben ergeben, dass nicht die Art des KFZ, sondern die Art der Nutzung eine Reduktion der Einzelfahrten ergeben kann. Vor allem Carsharing-Modelle in Kombination mit einem leistungsfähigen Öffentlichen Verkehrsnetz haben hier besonders positive Auswirkungen bezüglich einer Reduktion der Individualfahrten mit den KFZ. Hier wird von einem Reduktionsfaktor bis zu 7 berichtet.

Solche Modelle sind hervorragend dazu geeignet, um eine nachhaltige Mobilität zu fördern, den Parkdruck im öffentlichen Raum zu verringern und darüber hinaus auch die Einteilung der städtischen Verkehrsteilnehmer in Autofahrer und Nicht-Autofahrer aufzubrechen. Man verwendet das KFZ nur noch dann, wenn es wirklich notwendig ist und nicht für jede Fahrt. Sonst geht man zu Fuß, fährt mit dem Fahrrad, dem Bus, der Bim oder – wer weiß – vielleicht auch der U-Bahn.

Ein Beispiel für ein funktionierendes Carsharing-Modell in der Stadt Graz ist das standortbasierte „tim“, das Besitzern einer Jahreskarte der Graz Linien eine kostenlose Mitgliedschaft anbietet.

Damit das Konzept des Carsharings in der Grazer Bevölkerung noch mehr Akzeptanz gewinnt, könnte man das Förderkonzept der Parkgebührenbefreiung, so wie es für Elektroautos angewendet wurde, auf Carsharing-Konzepte anwenden, wobei die maximale Parkdauer natürlich weiterhin Gültigkeit hat. Diese Modelle haben tatsächlich das Potenzial, nachhaltig eine Verbesserung im Sinne der Umwelt und der Verkehrslage in Graz zu erzielen. Ein Auto wird man sich auch nur für wirklich wichtige Fahrten leihen und diese nicht ewig vor dem Haus am Parkplatz stehen lassen, sondern nur kurzzeitig.

Eine Förderung über eine Parkgebührenbefreiung sollte grundsätzlich jedem gewährt werden, der bei der Stadt Graz ein Carsharing-Projekt einbringt. Durch die Stadt wäre zu prüfen, ob ein eingebrachtes Projekt tatsächlich lauffähig und den Zielen förderlich sein kann. Die Fahrzeuge könnten dann z.B. mit Pickerln gekennzeichnet werden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird aufgefordert, bis zur Gemeinderatssitzung im Mai 2021 zu prüfen, ob eine Parkgebührenbefreiung für Carsharing-Modelle, wie im Motivenbericht beschrieben, umsetzbar ist.

GR Mag. (FH) **Muhr:**

Sehr geehrter Bürgermeister, werte Kollegin und Kollegen. Lieber Antragsteller, Berno. Die Grazer Verkehrsproblematik lässt sich nicht durch die Forcierung eines

einzelnen Instrumentariums lösen, also setzt man jetzt alles nur auf die U-Bahn, so reißt das Vorhaben wahrscheinlich ein riesen Loch in das angespannte Budget und die Stadt Graz wird auch nicht von den Staus und vom Pendlerverkehr befreit. Ebenso wenig, wenn wir jetzt alles nur in die Straßenbahn investieren würden oder eigentlich nur Radwege oder nur Fußwege. Das Grazer Verkehrsproblem ist eben nur lösbar, wenn alle bereits zur Verfügung stehenden Instrumente, also Straßenbahn, S-Bahn, Bus-Linien, Rad- und Fußwege gemeinsam optimiert und attraktiviert werden und die Umlandgemeinden dabei natürlich miteingebunden sind. Die neuen Linien und gemeinsame Verkehrsknotenpunkte, wie z.B. Straßenbahn und S-Bahnen, die ein rasches Umsteigen von einem Verkehrsmittel auf das andere ermöglichen, können höchst effizient sein und auch schnelle Lösungen bringen. Und ein sehr beliebtes, und in Graz sehr gut angenommenes System ist eben jenes, das Carsharing von tim, das in einem guten Mix genauso seine Berechtigung finden muss. Wie du in deinem Motivenbericht ja bereits angeführt hast, kann durch Carsharing der Autoverkehr in Graz ja tatsächlich verringert werden und das bietet ein weiteres wichtiges Asset im Mobilitätsportefeuille der Stadt Graz. Darum ist im Zuge der ganzen Diskussion zum Thema Verkehr wichtig, dass auf das Carsharing eben nicht vergessen wird. Intelligente Team-Knotenpunkte, die viele Umsteigemöglichkeiten bieten, leisten ebenso ihren Beitrag und müssen durch klug gewählte Standorte und auch, wie du es forderst, durch eine Befreiung der Parkgebühren, weitere Anreize finden. Aus diesen Gründen stimmt unsere Fraktion der SPÖ deinem dinglichen Antrag hinsichtlich der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zu (*Appl.*).

GR Mag. **Kuhn:**

Ja, Kollege Berno Mogel, es ist wichtig und richtig, dass die Einzelfahrten reduziert werden müssen und auch, dass die Leute auf die Autos verzichten können. Wichtig ist halt auf jeden Fall, du hast es eh schon gesprochen, den Modal Split, das heißt, zu Fuß gehen, Radfahren, den Öffentlichen Verkehr ausbauen, die Radwege auszubauen, dazu braucht es dann aber auch Platz. Wenn eben Autos wegfallen, dann können wir das

auch verstärkt machen. Wir können auch viel von nordeuropäischen Kommunen lernen, Amsterdam, Kopenhagen oder Utrecht, die sehr stark in den Radverkehr investieren und dann natürlich auch Leute umsteigen. Was natürlich auch wichtig ist, dass man sowohl dieses Carsharing, um Leute da eben schmackhaft zu machen, wie du das eben auch selber gesehen hast, ist es auch ganz wichtig, eben diese Carsharing-Modelle zu unterstützen, dass Leuten eben, die vielleicht bisher noch nicht auf das Auto verzichtet haben, dass sie eben auf das verzichten, oder die eben das nicht können, weil sie Nachtdienste haben oder etwas transportieren, dass sie auf dieses Carsharing umsteigen. Und als Übergangsmöglichkeit natürlich und als Pilotprojekt sozusagen, dass man hier auch die Parkgebührenbefreiung für dieses Carsharing als Pilotprojekt, als Versuchsprojekt das macht, das finden wir als ersten Schritt in die richtige Richtung und wahrscheinlich ist es auch so angedacht, deshalb werden wir die Dringlichkeit und auch den Antrag unterstützen (*Appl.*).

KO GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller, lieber Berno. Zunächst einmal vielen Dank für deinen Antrag. Warum? Weil ich mir denke, dass es sehr wichtig ist, dass man auch auf diesen Aspekt des Verkehrs oder auf diese Möglichkeit des Carsharings auch einmal ein bisschen mehr aufmerksam macht sozusagen und das auch einmal in den Mittelpunkt einer Diskussion stellt. Man kann natürlich immer sehr allgemein bleiben und über den Modal Split und dies und jenes reden, aber es geht dann halt auch immer um sehr konkrete Maßnahmen, die zu setzen sind und da ist das natürlich ein Beitrag, also Carsharing jetzt einmal insgesamt und gerade mit den TIM-Standorten in Graz, ist hier in den letzten Jahren eigentlich sehr viel weitergegangen und das freut mich natürlich auch, wenn du hier so eine positive Rückmeldung gibst. Was den Antrag, oder was die Ausnahmegenehmigung für Parkgebühren jetzt anbelangt, bin ich persönlich, muss ich sagen, etwas skeptischer. Das heißt, Carsharing-Autos werden ja vor allem dann verwendet, wenn man sie braucht; also das heißt, wenn man in ein Geschäft fährt, vielleicht etwas Großes,

Sperriges oder einfach mehr einkauft und liefert das nach Hause und gibt dann das Auto zurück. Was wahrscheinlich seltener vorkommt, ist, dass man sich ein Auto ausleiht an irgendeinem Standort, damit in die Stadt hineinfährt, das Auto stehen lässt und einen Kaffee trinken geht, also von daher bin ich mir nicht sicher, ob tatsächlich dieser Anreiz sozusagen dermaßen wirkungsvoll ist. Ich bin aber sehr dafür, und von daher werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt dieses Antrages natürlich auch gerne zustimmen. Wichtig ist jedenfalls, das möchte ich vielleicht noch einmal kurz unterstreichen, dass es tatsächlich ein Anreizsystem gibt, also das heißt, durch günstige Tarife, mit denen man sich diese Autos ausleihen kann beispielsweise oder auch mit anderen Möglichkeiten, aber wie gesagt, prüfen soll man das, und man kann es sich ja einmal anschauen, was da herauskommen wird. Danke (*Appl.*).

GR Mogel:

Ich bedanke mich sehr herzlich für die offensichtliche Zustimmung dieses Antrages. Ich will gar nicht auf die einzelnen Redespunden jetzt eingehen, weil grundsätzlich ja alle das genauso verstanden haben, wie ich es mir auch gedacht habe. Ein Anreizsystem, um Möglichkeiten zu schaffen, um viele Möglichkeiten zu schaffen den Bürgern, vom eigenen PKW wegzukommen und vielleicht öffentliche, gemeinschaftlich genutzte Systeme zu verwenden, und da ist jeder Anreiz und jede Möglichkeit, das in die Öffentlichkeit zu bringen, und so sollten wir auch diesen Antrag sehen, für mich ein Vorteil. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

8.5 Grazer Wanderwege-Initiative
(GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner, Grüne)

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich hoffe, der Herr Präsident vom Alpenverein kommt bald, weil in meinem dringlichen Antrag geht es um das Thema Grazer Wanderwege, ein Thema, das mich eigentlich schon begleitet, seitdem ich Gemeinderätin bin. Und nicht nur mich, sondern auch viele Bezirksvorsteher der ÖVP, die immer wieder damit konfrontiert sind, dass Wanderwege plötzlich gesperrt werden, dass sie abgezaunt sind und dass sie einfach nicht mehr nutzbar sind, obwohl Menschen sie Jahrzehnte lang genutzt haben. Und wir wissen ja alle, dass wir gerade in einer Zeit sind, wo Gehen sehr modern geworden ist, wo die Menschen bedeutend mehr gehen, bedeutend mehr wandern als vielleicht noch vor einem Jahr, und jetzt gibt es natürlich Wanderwege, die von den Natur- und Wanderorganisationen ausgezeichnet sind, gepflegt werden, und dann gibt es eben jene Fuß- und Wanderwege, die keinen offiziellen Status haben und das sind genau die Wege, die besonders bedroht sind, wenn z.B. ein EigentümerInnenwechsel stattfindet oder wenn ein Grundeigentümer einfach findet, er fühlt sich jetzt gestört durch die Menschen, die dort vorbeispazieren. Was dann passiert, kann man überall in Graz sehen, es werden plötzlich Verbotsschilder aufgestellt, es sind plötzlich Zäune, es sind teilweise, ist mir erzählt worden, in Stattegg oben gibt es auch Leute, die dann plötzlich ihre Hunde dort haben, dass die Leute einfach nicht mehr vorbeigehen mögen, und so ist es einfach so, dass die Zahl der Wanderwege in Graz kontinuierlich sinkt. Also wir sehen das, angefangen von Straßgang, Hochkogel, Plabutsch, Andritz, Stattegg gibt es Fälle, dann in der Ries vor kurzem auch, der jetzt eh behandelt wird von der Präsidialabteilung der Stadt, wo eben einige NutzerInnen sich rechtlich auch wehren wollen, dann in Mariatrost, oder vor kurzem eben der Weg am Ruckerlberg in die Ragnitz runter und dann noch in Petersbergen, rund um das Schloss Reinthal. Es sind einfach laufend Wege in der letzten Zeit verloren gegangen, und ich meine, es muss einer Gemeinde wie Graz ein Anliegen sein, für ihre Bürgerinnen und Bürger

diese Wanderwege sicherzustellen und dazu gibt es eben verschiedene Möglichkeiten. Das eine ist eben das Servitutrecht für die einzelnen Personen, die eben ihr Servitutrecht gerichtlich feststellen lassen können und die zweite Möglichkeit ist die behördliche Ausweisung im öffentlichen Interesse. Und jetzt habe ich auch schon im Vorfeld mit dem Günter Riegler gesprochen und es ist einfach so, dass nicht für alle Menschen das so einfach ist, zum Rechtsanwalt zu gehen und ihr Wegerecht durchzusetzen, und ich meine doch, das wäre dann Aufgabe der Stadt, diesen Hinweisen nachzugehen, das zu dokumentieren und auch die Grazerinnen und Grazer zu unterstützen. Auf der anderen Seite glaube ich aber auch, dass es wichtig ist, LiegenschaftseigentümerInnen zu informieren, wie die rechtliche Situation ist, weil wir wissen immer wieder, dass es ja auch Gründe gibt dafür, warum jemand einen Weg absperrt. Also ich kenne einen Fall z.B. Richtung Buchkogel rauf, wo ein Bauer mir erzählt hat, dass die Leute seinen Schafen Dinge gefüttert haben, wo zwei Schafe dann gestorben sind. Ich meine, ich finde das einfach wirklich schlimm, wie manche Menschen in der Natur eben vorgehen quasi. Also da braucht es sicher auch Unterstützung von so einer Rechtsabteilung in der Stadt Graz, einfach um darüber zu informieren, was man tun kann in solchen Fällen, aber auch eben zu motivieren, Wege offenzuhalten für die Grazerinnen und Grazer. Also mir geht es wirklich um ein gutes Miteinander zwischen WanderInnen, LiegenschaftseigentümerInnen und letztlich natürlich auch um verantwortungsvolles Verhalten gegenüber der Natur. Und im Sinne unserer Lebensqualität, die eben auch damit zusammenhängt, wie wir uns zu Fuß in Graz und in den Grüngürtel raus bewegen können, stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Erhalt der Grazer Wanderwege und des seit vielen Jahrzehnten durch die Bevölkerung genutzten Wegenetzes.
- 2.) Der Gemeinderat ersucht die zuständige Abteilung in der Bau- und Anlagenbehörde im Sinne des Motivenberichts zu prüfen, welche rechtlichen

Optionen der Stadt Graz zur Erhaltung des bestehenden Wegenetzes zur Verfügung stehen und darüber bis zur Juli-Gemeinderatssitzung einen Bericht vorzulegen.

- 3.) Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge die Einrichtung einer fachlich kompetenten Ansprechstelle zur Entgegennahme von Meldungen über Wegabsperrrungen sowie zur Beratung von Betroffenen als auch von LiegenschaftseigentümerInnen prüfen.
- 4.) Weiters wird Bürgermeister Nagl ersucht sicherzustellen, dass sowohl über städtische Medien als auch im Rahmen ihrer Medienkooperationen das Thema eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Natur aufgenommen und so ein Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung geleistet wird.

Ich bitte um Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Gerade während der Corona-Pandemie streben viele Menschen hinaus in die Natur. Besonders am Stadtrand im Grüngürtel laden zahlreiche Fuß- und Wanderwege zum Spazieren, Wandern und Genießen von Wald und Wiesen ein. Nicht alle dieser Wanderwege sind gekennzeichnet und werden von den Natur- und Wanderorganisationen bzw. der Stadt Graz gepflegt. Viele Wanderwege bestehen seit vielen Jahrzehnten, ohne dass ihnen ein „offizieller Status“ verliehen wurde. Leider sind aber gerade diese Wege besonders davon bedroht, geschlossen zu werden – bei Bauprojekten, die ja auch im Grüngürtel stattfinden, bei EigentümerInnenwechsel von Grundstücken oder einfach, weil GrundbesitzerInnen sich gestört fühlen. Lange bestehende und von den Grazerinnen und Grazern genutzte Wege werden dann plötzlich abgesperrt, mit Verbotsschildern versehen oder gar durch bauliche Maßnahmen unpassierbar gemacht. Monatlich erreichen uns Meldungen von BürgerInnen, die Wege über viele Jahrzehnte genutzt haben, die nun abgesperrt wurden. Die Zahl der für die Bevölkerung zugänglichen Wanderwege sinkt

kontinuierlich. Beispiele finden sich am Stadtrand im Bereich Buchkogel und des Plabutschs, in Gösting, Andritz und Stattegg, auf der Ries, in Mariatrost, zwischen Ruckerlberg und der Ragnitz und in Petersbergen.

Wenn Wege auf privatem Grund, die lange von Menschen zum Wandern benutzt wurden, abgesperrt werden, sollte es der Gemeinde ein Anliegen sein, gegenüber den LiegenschaftsbesitzerInnen das öffentliche Interesse am jeweiligen Weg kundzutun und gegebenenfalls einzuklagen. Dies könnte bis hin zu einer gerichtlichen Feststellung des Wegerechts oder der bescheidmäßigen Ausweisung eines Wanderwegs im öffentlichen Interesse reichen. Gerade der Weg zum Gericht ist jedoch für Einzelpersonen sehr schwierig, kostenintensiv und risikoreich. Die Stadt Graz muss daher auf unbürokratische Weise entsprechende Hinweise aus der Bevölkerung aufnehmen, Fälle von Wegabspernungen dokumentieren und überprüfen, die Grazerinnen und Grazer bei diesen Rechtswegen unterstützen und das öffentliche Interesse an Fuß- und Wanderwegen sicherstellen.

Parallel ist auch mit den GrundeigentümerInnen das Gespräch zu suchen und eine Lösung anzustreben. Auch für die LiegenschaftsbesitzerInnen sollte Beratung über ihre Rechte und Möglichkeiten angeboten werden, sodass sie sich gegebenenfalls gegen den Missbrauch ihrer Flächen (Müll, Beschädigungen, unerlaubtes Parken) wehren können. Es sollte aber darüber informiert werden, was sie tun dürfen und was nicht, wie z.B. Absperrungen oder Verbotsschilder auf öffentlich genutzten Wegen.

Ziel muss natürlich sein, ein gutes Miteinander zwischen WanderInnen, LiegenschaftseigentümerInnen und letztlich auch ein verantwortungsvolles Verhalten gegenüber der Natur zu erreichen! Leider läuft das - wie wir in den letzten Monaten in Medien immer wieder lesen konnten - nicht konfliktfrei ab und eine Sensibilisierung mancher Teile der Bevölkerung wäre dringend notwendig.

Im Sinne einer hohen Lebensqualität müssen die Wanderwege in Graz jedenfalls erhalten und für BürgerInnen begehbar bleiben.

Daher stelle ich im Sinne des Motivenberichts namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) *Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Erhalt der Grazer Wanderwege und des seit vielen Jahrzehnten durch die Bevölkerung genutzten Wegenetzes.*
- 2.) *Der Gemeinderat ersucht die zuständige Abteilung in der Bau- und Anlagenbehörde im Sinne des Motivenberichts zu prüfen, welche rechtlichen Optionen der Stadt Graz zur Erhaltung des bestehenden Wegenetzes zur Verfügung stehen und darüber bis zur Juli-Gemeinderatssitzung einen Bericht vorzulegen.*
- 3.) *Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge die Einrichtung einer fachlich kompetenten Ansprechstelle zur Entgegennahme von Meldungen über Wegabsperungen sowie zur Beratung von Betroffenen als auch von LiegenschaftseigentümerInnen prüfen.*
- 4.) *Weiters wird Bürgermeister Nagl ersucht sicherzustellen, dass sowohl über städtische Medien als auch im Rahmen ihrer Medienkooperationen das Thema eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Natur aufgenommen und so ein Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung geleistet wird.*

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (18.02 Uhr).

GR Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin. Gleich eines vorweg, der KPÖ-Gemeinderatsklub wird sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt die Zustimmung erteilen. Ich bin ja so wie der Vorsitzende Riegler Aktivsportler, wir sind ja beide mit dem Fahrrad und auch läuferisch unterwegs, vor allem jetzt auch bei Let's go Graz, glaube ich, haben wir schon fast alles Stempeln gesammelt. Also mir fehlt noch der Schöckl, dir, glaube ich, auch, was ich so mitbekommen habe mit deinen Instagram-Posts. Die Wichtigkeit, um

auf den Antrag zurückzukommen, da sage ich recht herzlichen Dank an die Antragstellerin, dass du diesen Antrag gestellt hast. Aber um auf die Wichtigkeit zurückzukommen, also diese Problematik gibt es wirklich extrem. Gerade jetzt in Covid-Zeiten, wo die Bürger nach Luft und nach Sauerstoff und nach Freiheit und nach Naturverbundenheit tendieren, ist es umso ärgerlicher, wenn man sich dann auf den Weg macht, den man vielleicht vor etlichen Jahren das letzte Mal begangen hat und dann auf einmal vor gesperrten Wegen steht. Ich habe etliche Wege auch schon, jetzt in letzter Zeit, bemerken müssen, z.B. in Eggenberg, wo ich zuhause bin, ist z.B. der Weingartenweg immer wieder Richtung Warte und Richtung Plabutsch Fürstenstand ein heikles Thema gewesen, wo sukzessive Wege gesperrt worden sind. Dort ist es nur noch mehr ein einziger Privater, der noch, weil er selbst aktiv ist, der dort die Wanderinnen und Wanderer durchlässt, weil er selbst interessiert ist an Natur, und wenn der nicht mehr wäre, dann wäre dieser Weg auch total gesperrt und für die Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich. Ich kann mich erinnern, seinerzeit, wenn man vor dem UKH beim 1er ausgestiegen ist, waren noch Tafeln aufgestellt vom Alpenverein mit dem Hinweis auf die Warte und auf den Fürstenstand. Also diese Tafeln gibt es nicht mehr, die große Hoffnung liegt ja jetzt beim Vincke-Steinbruch, wenn die revitalisiert werden, ich meine, ich habe in letzter Zeit sowieso immer sehr viele Anträge gestellt bezüglich Wanderwege und Naturverbundenheit, und besteht jetzt die große Hoffnung, dass man dort eine Lösung findet, dass man vom UKH aussteigend, kommend, wieder einen direkten, offiziellen Zugang bzw. einen offiziellen Wanderweg wieder Richtung Plabutsch/Fürstenstand und zur Warte eben findet. An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich bedanken, weil du hast als Punkt geschrieben die Verantwortlichkeit der Stadt Graz. Ich glaube, das ist der dritte Punkt, ganz ein wichtiger Punkt, aber trotzdem möchte ich mich an dieser Stelle bei den vielen ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern bedanken, und zwar von den Alpenvereinen, von den diversen, das ist eben der Grazer Alpenverein, Grazer Naturfreunde und der Österreichische Touristenklub Graz, die, wo es mir aufgefallen ist, diese Wege hier ehrenamtlich begleiten, revitalisieren, markieren und für Wanderer eigentlich bereit machen, um die Wanderziele problemlos zu erreichen. Also die Wichtigkeit ist von

unserem Klub in allen Punkten gegeben, und noch einmal recht herzlichen Dank, wie gesagt. Und ich hoffe, dass es nicht nur leere Worte dann findet bei den Verantwortlichen, sondern dass wirklich die Stadt Graz zusammen mit den diversen Alpenvereinen dann wirklich Lösungen findet, dass in Zukunft, nicht nur in Covid-Zeiten, sondern dann auch in besseren Zeiten, also alle Wanderwege wieder frei zugänglich sind und die Naturliebenden dann wieder die Möglichkeit haben, frei zugängliche Wege vorzufinden. Noch einmal Danke für den Antrag und ich bitte um Zustimmung auch. Danke (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Ja, also ich kann nur bestätigen, wir sind ja wirklich alle Freunde der Berge und das verbindet uns, das ist ja das Erfreuliche. Bevor die Frau Naturfreunde-Obfrau zu Wort kommt, kommt aber zuvor Herr Klaus Frölich zu Wort, der ebenfalls, wie mir bekannt ist, ein großer Bergsteiger und Wanderer ist.

GR Mag. Frölich:

Herr Vorsitzender, liebe Antragstellerin, Kolleginnen und Kollegen. Es ist natürlich die ganze Thematik aktueller denn je. Wir erleben eine Zeit, wo seit über einem Jahr praktisch kein Indoor-Sport, außer im Profibereich, möglich ist. Sportinteressierte fluten die Wälder und die Wanderwege und das sind halt auch nicht immer nur Naturinteressierte. Die daraus entstehenden Nutzungskonflikte kommen zu den bisher immer schon da gewesenen Nutzungskonflikten dazu. Oft ist es ein Nutzen der Natur, wo man Respekt einfordern muss. Wenn man mit den Grundeigentümern spricht, bleiben da oft größere Probleme zurück, wenn große Menschenmengen in der Natur unterwegs sind. Es ist erwähnt worden der Alpenverein, der Naturschutzbund, wir haben ja sowohl Günter Riegler als auch Susanne Bauer als Grazer Verantwortliche hier für diese Vereine, tun sehr, sehr viel, es ist unser Stadtförster Bedenk für die städtischen Wälder, der sehr, sehr viel tut. Die Wegerhaltung ist eine ganz, ganz

herausfordernde Aufgabe für die ehrenamtlich Tätigen. Ich möchte aber zurückblenden auf eines, was man als Wanderer immer wieder nicht nur in Graz erlebt ...

StR Dr. Riegler betätigt die Ordnungsglocke.

GR Mag. **Frölich:**

... sondern überall dort, wo sehr, sehr viele Menschen in den Bergen unterwegs sind. Es gibt wiederholt, ich sage jetzt das Stickwort Schöckltrasse, wenn man die seit 40 Jahren kennt, so wie ich, weiß man, wie sie damals ausgeschaut hat, was es für Riesenprobleme gibt, dass man dort die Erosion und den Schutz der Natur erhält, bitte benutzen Sie die markierten Wanderwege. Da ist Selbstdisziplin und Respekt vor der Natur gefordert. Das ist etwas, was man jedem Einzelnen, der in die Wälder geht und in die Wiesen geht, empfehlen kann. Ich selbst wohne im äußeren Stiftingtal, ich wechsle vom Westen in den Osten von Graz, hart an der Stadtgrenze, Leechwald, dort oben hinaus, Richtung Kainbach, dort ist ein großer Bauer neben mir, der hat eine Wiese, die wird natürlich als Futterwiese verwendet, das Milchvieh auf der Wiese, dort werden Halterbuam, Elektrozäune, da erledigt sich das Problem der Mountainbiker oder der Wanderer, solange dieser Zaun nicht da ist, wird das Futtergras, einen halben Meter hoch für die erste Mahd, schon zusammengetreten. Das ist ein Riesenproblem. Die Landwirtschaftskammer steht den Bauern da bei mit ihrem Know-how, auch mit rechtlicher Beratung zur Seite. Ich weiß auch, dass der Alpenverein, wie ich so von dir gehört habe, einmal im Jahr, und wenn es notwendig ist, öfter, Rechtsstreitigkeiten austrägt mit Grundeigentümern, wenn es darum geht, Wegrechte einzufordern. Nicht gut wäre, glaube ich, wenn wir zu Lasten der Eigentümer, der Grund- und Bodeneigentümer, die Rechte, aber auch Pflichten haben, jeden Trampelpfad, jeden kleinen Pfad, der sich irgendwie zufällig gerade deshalb ergeben hat, weil es ein bisschen weniger steil und ein bisschen kürzer ist, wenn man bei jedem Pfad sagt, das

ist jetzt ein Wanderweg, und damit ist dann der Eigentümer der Böse, der vielleicht dort was anderes vorhat. Denken Sie bitte an die vielen Forstmaßnahmen, zu denen die Waldbesitzer verpflichtet sind, und die jetzt halt aufgrund der großen Problematik mit den Fichten, die sehr unter der Trockenheit leiden in den letzten zwei Jahren, mit dem Totholz, das aufgrund der Sturmereignisse sich in den letzten Jahren ergeben hat, denken Sie an diese Dinge, was für ein Aufschrei immer sofort auch medial da ist, wenn die Waldeigentümer ihren forstlichen Verpflichtungen nachgehen. Also dieses Gleichgewicht, glaube ich, muss man ganz, ganz vorsichtig und sensibel behandeln, zugunsten der Wanderer aber auch zugunsten jener Menschen, die Eigentum haben und Verantwortung tragen dafür. Ich hoffe, dass die Fitnessstudios bald wieder aufsperrten und jene Menschen, die in den Fitnessstudios sich vielleicht wohler fühlen, auch dort wieder ihren Sport betreiben können. Das heißt, für uns ist das Thema ein wichtiges, aber nicht ein Thema, das mittels dringlichem Antrag und einer zusätzlichen Schlichtungsfunktion der Stadt mit einer Ansprechstelle gelöst werden muss, deshalb werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Bitte, erstens einmal, um ein bisschen Zuhördisziplin, es ist hier immer wieder ein bisschen ein Grundlärm. Ich habe eh schon ein paar Mal geklingelt. Man hört eigentlich relativ wenig von den Rednern und das ist, glaube ich, ein sehr, sehr wichtiges Thema. Als nächstes, Susanne Bauer, ihr darf man gleich gratulieren, sie ist mit, glaube ich, 150 Stimmen zur neuen Vorsitzenden der Naturfreunde-Sektion Graz gewählt worden (*Appl.*).

Wir werden uns dann halt jetzt auch künftig öfters auch bei Versammlungen des einen oder des anderen Vereines sehen. Bitte, Frau Gemeinderätin Bauer.

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Ja, Herr Obmann des Alpenvereines, danke für die Glückwünsche. Ja, es waren viele Stimmen, die abgegeben wurden und das war vorige Woche, und ich freue mich sehr über die neue Funktion. Ich bin auch begeisterte Wanderin und habe auch die Wanderführerausbildung vor mittlerweile eineinhalb Jahren gemacht und das war ganz eine tolle Erfahrung. Ich musste schmunzeln über deinen dringlichen Antrag, weil ich nämlich in dieselbe Richtung einen Antrag formuliert habe über zweieinhalb Seiten plus den Forderungen, die deinen sehr ähnlich sind. Ich habe es als Antrag formuliert, weil ich es wichtig halte, dass wir uns darüber unterhalten und die Möglichkeiten der Stadt Graz ausnutzen, wo es Wege und Wegerechte gibt, dass diese erhalten bleiben, nicht im Zuge des Verbauungsdrucks verschlossen werden. Das macht Konflikte, ja, es sind Konflikte da, Herr Frölich, da muss ich dir, Herr Kollege, widersprechen, die Konflikte sind deswegen da, weil es unterschiedliche Zugänge gibt. Und hier müssen wir, glaube ich, vermittelnd eingreifen durch verschiedene Maßnahmen. Es soll keine überbordende Bevorzugung des einen oder anderen sein, aber es soll auch nicht ein Nicht-Herangehen sein, sondern ein gemeinsames, denn wir als Naturfreunde stehen für die nachhaltige Nutzung, nämlich Respekt vor der Natur, Respekt vor der Umwelt und im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten. Es ist nicht alles erlaubt, das wissen wir, beispielsweise ist es nicht erlaubt, Wiesen, Weiden und Äcker zu betreten, aber es ist erlaubt, den Wald zu betreten. Alles was im Gehen ist, es gibt Nutzungskonflikte rund um die Mountainbike-Strecken, es gibt zu wenig, und auch hier gibt es ein Erfordernis der Nachschärfung, also demzufolge wollen wir diesen Konflikten entgegenwirken und den Menschen die Möglichkeit der Erholung weiterhin ermöglichen. In unserem Antrag wollen wir vor allem die Zugänge auch berücksichtigt haben in den Bebauungsplänen. Absperrmaßnahmen sollen hintangehalten werden, ob durch ein Servitutrecht, oder auch dass die Stadt das rechtlich durchsetzt. Die Bikes, das ist ein ewiger Streitpunkt, ich glaube, dass der neue Mountainbike-Koordinator doch einiges auf die Schiene bringen kann, aber das Befahren von Forststraßen in Absprache mit den Eigentümern sollte zusätzlich erreicht werden, demzufolge auch weitere Trails ausgearbeitet werden. Wir sehen auch eine Stelle, eine

Waldservice- oder Koordinationsstelle in der Stadt, dass man auch eine Ansprechstelle hat, wohin man sich mit den Problemen wenden kann. Ich bedanke mich für die Möglichkeit, auch hier meine Forderungen, die ich im Antrag formuliert habe, im Rahmen deines Dringlichen einzubringen, bedanke mich für die Glückwünsche und, Herr Sikora und Herr Stadtrat Riegler, wenn Sie den letzten von den Seven Summits erreichen, dann schauen Sie bitte bei der Waller-Hütte vorbei, sagen Sie mir es vorher, und ich hoffe, wir können uns schon dann Corona-mäßig auch treffen. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

StR Dr. Riegler:

Danke, tatsächlich komme ich relativ regelmäßig mit dem Mountainbike an der Waller-Hütte vorbei und jedes Mal, wenn ich dort vorbeifahre, denke ich an Sie, Frau Gemeinderätin Bauer (*Gelächter im Saal*).

GR Günter Wagner:

Hoher Gemeinderat, werte Antragstellerin. Ja, durch die Covid-Maßnahmen natürlich im letzten Jahr, durch das dauerhafte Geschlossenhalten aller Indoor-Sportmöglichkeiten sind Wanderer unterwegs wie noch nie. Also jeder, der sich auch nur ein bisschen bewegen will, hat das Wandern jetzt als neuen Trendsport für sich entdeckt und natürlich sorgt das auch für Konflikte, das ist grundsätzlich ganz klar. Ich bin selbst wirklich sehr viel unterwegs und es vergeht fast keine Wanderung, wo ich nicht mit einem volleren Rucksack heim-, als wie ich weggehe, wenn man da ein bisschen den Müll zusammen einsammelt, oder auch am Schöckl beobachtet das Parkplatzproblem, natürlich gibt es da immer wieder mit dem Grundstückseigentümer hier Konflikte. Eines muss man aber schon festhalten, wir haben in Graz und um Graz wirklich ein sehr tolles Netz an offiziellen Wanderwegen. Die Sektion Graz im Alpenverein hat 1.200 km mit, ich habe nachgelesen, 162.000 Höhenmetern offiziellen Wanderwegen zur Verfügung, das gibt mir die Chance, dass ich jeden Tag 440

Höhenmeter gehe und das, ohne fremde Grundstücke zu betreten, ich glaube, das muss man würdigen und das ist grundsätzlich schon ein ganz tolles Angebot (*Appl.*). Ich möchte mich natürlich auch beim Alpenverein, bei der Berg- und Naturwacht und auch bei den Naturfreunden bedanken, die eben mit viel Einsatz hier dahinter sind, dass diese Wege markiert sind, dass es dort einen sauberen Zustand gibt, auch eben die Hütte, die jetzt für viel Geld neu saniert worden ist, da werden sicher viele Wanderer eine Freude damit haben, da bin ich überzeugt. Was aber der Schlüsselpunkt für das Ganze ist, ist ein gutes Miteinander und das, muss ich ganz ehrlich sagen, wenn ich den Antrag und den Motiventext durchlese, stößt mir das fast ein bisschen sauer auf, wenn solche Worte kommen wie: „Liegenschaftsbesitzern gegebenenfalls etwas einzuklagen für die Wanderer“ oder „rechtliche Optionen zu prüfen“. Das klingt jetzt nicht sonderlich vermittelnd und wird Grundstücksbesitzer in Zukunft sicher hemmen, die sowas lesen, dass sie jemals jemanden drübergehen lassen. Weil es macht schon einen Unterschied, ob jetzt früher einmal drei bis vier Wanderer über mein Grundstück so ein bisschen quer drübergegangen sind oder das jetzt momentan Massen sind. Ich kann dann schon verstehen, dass ein Grundstückseigentümer hier jetzt damit und mit dieser Menge an Menschen dann schon ein Problem hat, und das muss man auch sehen. Und ich sehe die Stadt Graz nicht als Rechtsschutzversicherung, das kann nicht unsere Aufgabe sein, dass wir für den Wanderer Rechtsstreite ausfechten und dann, wenn irgendwas passiert, siehe Wanderer, oder wie es bei den Radfahrern oft passiert, dass sich jemand verletzt, dass man dann für den Grundstückseigentümer ja eigentlich dann die gleiche Leistung bringt, weil dann müssen wir für den auch jeden Rechtsstreit ausfechten. Das ist sicher nicht unsere Aufgabe und deshalb werden wir dem Antrag nicht zustimmen können. Ich bin aber sehr froh, dass wir zumindest mit dem Thema Mountainbike jetzt hier über das Land, mit dem Markus Pekoll, einen Koordinator hier gesucht und gefunden haben, der Kollege Pinter von euch ist hier eh im Landtag sehr eng eingebunden, um jetzt einmal auch mit den Grundstücksbesitzern da Gespräche zu beginnen, das wird sich nicht vermeiden lassen, dass er natürlich auch über die Wanderer spricht. Ich hoffe, dass er da sensibilisieren kann, dass er vermitteln kann, und wie gesagt, mit

1.200 km Wanderweg sehen wir jetzt die Dringlichkeit in dem Fall nicht gegeben.

Danke (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler**:

Bevor wir zum Schlusswort kommen, möchte ich auch noch ein paar Anmerkungen machen. Es ist einiges schon gesagt worden. Die 1.200 km Wanderwege, die nur die Sektion Graz hat, sind tatsächlich gar nicht einmal so einfach überhaupt zu vergeben, zum Teil sind die in Graz, also im Schöcklland, zum Teil sind die aber auch hier in der Gegend rund um den Murursprung. Übrigens, ich darf alle herzlich einladen, wenn Sie gerne einen Weg betreuen möchten, bitte gerne freiwillige Meldung, Alpenverein Graz, Sachstraße, bei der Frau Goliasch, das ist unsere Geschäftsstellenleiterin, oder bei der Frau Bauer, ein paar 100 Meter weiter, ebenfalls in der Sackstraße. Wir suchen immer Wegebetreuer und damit komme ich auch zu einem ganz wesentlichen Thema, das ist das Haftungsthema der Wegehalterhaftung. Im Alpenverein haben wir jedes Jahr Haftungsseminare. Es gibt zahlreiche Gefahren, irgendwo ein Stein, der ausbricht, letztes Jahr Bärenschützklamm, oder auf anderen Wegen, irgendwo ein Geröll oder ein Baum, der runterkommt. Du bist als Wegehalter eigentlich schon in der Haftungsgefahr, daher sollte man sich wirklich nur dann dazu entschließen, einen Weg aufzumachen, wenn man tatsächlich auch sicher weiß, dass man diesen Weg auch gut betreuen und warten kann. Der Mountainbike-Koordinator ist schon erwähnt worden, ein Schladminger, ein ordentlicher Bursch, muss man sagen, hat sicher keine leichte Aufgabe, denn die Aufgabe besteht ja auch darin, zwischen den Interessen der Wanderer und den Interessen der Radfahrer zu vermitteln und das ist ja noch eine zusätzliche Interessensgegensätzlichkeit, die es gibt. Abschließend, der Klaus Frölich hat es schon gesagt, also von unserer Warte aus, der ÖVP, volle Unterstützung. Ich glaube, wir sind alle, wie wir hier sitzen, begeisterte Wanderer, begeisterte Naturfreunde, allerdings jetzt eine zusätzliche Stelle einrichten zu wollen, die dann eigentlich Aufgaben übernimmt, die man ohnedies von den NGOs, vom Alpenverein, von den Naturfreunden etc. auch besorgt bekommt, also da jetzt eine zusätzliche

Stelle einzurichten, wäre, glaube ich, ist zwar verständlich, dass man sowas auch gelegentlich diskutieren kann, aber ist eigentlich eine zusätzliche Aufgabe, die wir nicht auch noch übernehmen sollten, daher wird wahrscheinlich von unserer Fraktion her da keine Zustimmung kommen. Aber jetzt darf ich vielleicht die Frau Antragstellerin Pavlovec-Meixner noch einmal zum Schlusswort bitten.

GRⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte mich herzlich bedanken für die Unterstützung vom Kollegen Sikora und von der Susi Bauer, vielen Dank dafür. Ihr habt irgendwie etwas durcheinandergebracht, habe ich das Gefühl, weil es ging um die Wege in Graz, es ging nicht um die Wege am Schöckl oder auf sonst irgendwelchen Bergen, wo Felsen runterstürzen können, es ging einfach um die Wege in Graz. Und es ging um Wege, die die Menschen einfach brauchen, wenn sie z.B. mit Öffentlichen Verkehrsmitteln wohin fahren und dann wandern gehen wollen. Und gibt es Zugänge, die einfach gesperrt sind, wo die Leute einfach Schilder aufstellen, wo es nicht mehr möglich ist, in den Wald zu gehen, auch mitten in der Stadt, am Lustbühel oben, wenn da man runter geht eben Richtung Ragnitz, da ist ein Wald und da sind fast alle Zugänge mittlerweile einfach abgesperrt, obwohl das schmale Wege sind, wo eh die Zäune sind auf beiden Seiten, wo eh niemand reinsieht. Es geht auch um solche Wege, die nicht vom Alpenverein betreut werden. Und irgendwie, Herr Kollege Frölich, habe ich das Gefühl, du hast dich nicht so leicht getan, das zu begründen, warum ihr diesen dringlichen Antrag nicht unterstützen könnt. Und fürchte halt, das scheitert am Interessenskonflikt zwischen dem: Unterstützen wir jetzt die LiegenschaftseigentümerInnen oder unterstützen wir die Grazerinnen und Grazer? Und das ist, glaube ich, der schwierige Punkt. Ich möchte auch noch einmal sagen, dass eigentlich der erste Punkt meines dringlichen Antrages ist, dass sich die Stadt Graz zum Erhalt des Wegenetzes bekennt und der zweite Punkt, dass man rechtliche Optionen prüft, was die Stadt Graz machen kann, und dann bis zur Juli-Gemeinderatssitzung einen Bericht vorlegt. Und was daran so schwierig ist, sowas zu beauftragen, kann ich

überhaupt nicht nachvollziehen. Ich glaube auch, dass einige eurer Bezirksvorsteher ziemlich enttäuscht sein werden, die sehr froh wären, wenn sie Unterstützung hätten, weil sie auch ständig Anfragen haben. Und ich kann nur sagen, wir werden sicher an dem Thema dranbleiben, weil es ist ein wichtiges Thema. Und ich glaube, es wird die Zeit kommen, wo wir da mehr im Sinne der Grazerinnen und Grazer umsetzen können (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (18.28 Uhr).

8.6 Graz braucht einen FußgängerInnenbeirat (GRⁱⁿ Tamara Ussner, Grüne)

GRⁱⁿ Ussner:

Werter Gemeinderat, sehr geehrte Zuschauer und Zuschauerinnen im Livestream, sehr geehrter Stadtsenat. In der letzten Gemeinderatssitzung am 25. Februar 2021 ist deutlich geworden, dass es allen Fraktionen hier im Gemeinderat ein Anliegen ist, die Situation für Fußgänger und Fußgängerinnen in Graz zu verbessern, also das haben alle hier zumindest kundgetan. Wir wissen aber auch, dass es immer eine bestimmte Diskrepanz gibt zwischen dem, was man sagt und dann umsetzt, speziell im Verkehrsbereich. Gerade in Graz ist einfach viel Potential da und auch speziell im Sportjahr finden wir Grüne, dass aktive Mobilität noch stärker forciert werden sollte, und dann auch ein größerer Fokus darauf gehört, weil es ja auch eben um die Gesundheit und mehr Bewegung für die Grazer Bevölkerung geht. Es waren dann die Positionen unterschiedlich, wenn es um die Frage gegangen ist, ob dafür notwendige Ressourcen aufgestellt werden, dass wir wirklich einen eigenen Fußgängerbeauftragten oder eine eigene Fußgängerbeauftragte einrichten, weil es gab

einen einstimmigen Beschluss, dass der Posten kommen soll aber eben dafür keine neue Stelle geschaffen werden darf. Das Thema ist aber unserer Meinung nach zu wichtig und zu relevant, als dass es dann wieder irgendwie in eine der Schubladen der Stadt Graz verschwindet. Und deswegen fordern wir jetzt einfach die Einrichtung eines Fußgänger- und Fußgängerinnenbeirates, eines ehrenamtlichen. Verkehrspolitische und verkehrsplanerische Expertise ist zu Recht in bestimmten Institutionen verankert, aber Menschen, die sich einfach viel und regelmäßig zu Fuß oder auch mit dem Fahrrad, kann man ja auf unterschiedliche Verkehrs- oder Mobilitätsformen auch anwenden, aber Leute, die sich halt wirklich dort fortbewegen, die kennen die Gegebenheiten einfach und die Details bei bestimmten Situationen einfach am besten. In Städten wie Barcelona, aber auch teilweise in kleineren Städten Deutschlands, ist das einfach auch schon gang und gäbe, dass man solche BürgerInnenräte hat und Beteiligungsformen auch im Bereich der sanften Mobilität einfach umsetzt. Also die Planung und die Leute selber können davon profitieren, weil der Austausch einfach eine Bereicherung sein kann für beide Seiten, weil die Bürger und Bürgerinnen den Blick auf die Situationen haben und auch die Gegebenheiten vor Ort. Davon kann einerseits die Planung profitieren und andererseits profitieren die Leute dann davon, weil sie einfach mehr Verständnis für Prozesse in der Stadt bekommen und einfach intensiver mitsprechen können. Und es gibt viele Experten und Expertinnen in der Zivilgesellschaft und Bürger und Bürgerinnen, die gerne ehrenamtlich für den Austausch bereitstehen würden, um in der Stadt Graz zu einer Verbesserung für die Situation von Fußgängern und FußgängerInnen beizutragen.

In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktion der Grünen folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat bekennt sich zur Einsetzung eines ehrenamtlichen FußgängerInnenbeirats für die Stadt Graz.
2. Verkehrsstadträtin Kahr wird ersucht, gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrsplanung sowie dem Referat für BürgerInnenbeteiligung dem

Gemeinderat bis Juli 2021 ein Konzept für die Einrichtung eines ehrenamtlichen FußgängerInnenbeirats vorzulegen.

Mit der Bitte um Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In der letzten Gemeinderatssitzung am 25. Februar 2021 wurde deutlich, dass eine Verbesserung der Situation für FußgängerInnen allen Parteien ein Anliegen ist. Allen Beteiligten ist klar, dass die Bedürfnisse von FußgängerInnen im Grazer Straßenraum zu lange zu wenig prioritär behandelt wurden, obwohl es in einer Stadt wie Graz viel Potenzial gäbe, um diese Form der aktiven Mobilität zu fördern. Speziell jetzt im Sportjahr, in dem sich Graz der Gesundheit und der Bewegung ihrer BewohnerInnen verschrieben hat, ist die Förderung aktiver Mobilität ein essenzielles Thema.

Jedoch scheiden sich die Geister, wenn es um die dafür notwendigen Ressourcen geht. So gab es im Gemeinderat zwar auf Grundlage meines dringlichen Antrags einen einstimmigen Beschluss für die Einrichtung eines/einer FußgängerInnenbeauftragte:n, jedoch auch den Zusatz, dass dafür keine neue Stelle geschaffen werden darf. Es ist zu befürchten, dass es bei nicht viel mehr als einem Lippenbekenntnis bleibt, da eine ohnehin schon sehr ausgelastete Abteilung wohl kaum ein ambitioniertes Programm für FußgängerInnen auf den Boden bringen wird. In der Gemeinderatssitzung im Mai soll die Verkehrsstadträtin laut Gemeinderatsbeschluss ein Konzept für eine/einen FußgängerInnenbeauftragte:n vorstellen- ich hoffe sehr, dass zumindest erste konkrete Schritte und Vorhaben präsentiert werden können.

Die Situation der FußgängerInnen ist aber ein zu wichtiges Thema, um es nach kurzer Debatte einfach wieder in der Schublade verschwinden zu lassen. Ich schlage daher mit meinem heutigen dringlichen Antrag eine weitere Maßnahme vor, die sich gut mit einem/einer FußgängerInnenbeauftragte:n ergänzen würde und ohne großen

finanziellen Aufwand sehr viel dazu beitragen könnte, die Situation zu verbessern, nämlich die Einrichtung eines FußgängerInnenbeirates.

Verkehrspolitische Expertise ist zu Recht in bestimmten Institutionen verankert, aber Menschen, die sich viel und regelmäßig in der Stadt zu Fuß fortbewegen, kennen die Gegebenheiten vor Ort meistens sehr genau. Sie haben einen Blick für Stellen mit Verbesserungspotenzial aufgrund der eigenen Erfahrungen und diese sollten von einer progressiven Verkehrsplanung auch miteinbezogen werden. In anderen Bereichen ist die Miteinbeziehung der Grazer BürgerInnen auf ehrenamtlicher Basis schon gut gelebte Praxis. Genannt seien hier beispielhaft der MigrantInnenbeirat oder der Beirat der Stadt Graz für Menschen mit Behinderung. Auch für das wichtige Thema Zu-Fuß-Gehen würde ein eigener Beirat ein guter Ansatz sein, um das Verbesserungspotenzial in diesem Bereich zu heben.

In Städten wie Barcelona, aber auch in kleineren Städten Deutschlands sind Beteiligungsprojekte bei der Forcierung sanfter Mobilität bereits fest in der Verwaltung verankert. Der Austausch ist eine Bereicherung für beide Seiten: Die Verwaltung und Planung profitiert vom detaillierten und situationsbezogenen Blick der BürgerInnen und auf Seiten der BürgerInnen wird Verständnis für bestimmte Prozesse der Stadt sowie eine Möglichkeit für eine intensivere Mitsprache geschaffen.

Wie ein solcher Beirat zusammengesetzt wird, wie die Kommunikation mit Politik und Verwaltung gestaltet wird, wie der genaue Aufgabenbereich zu definieren ist – zu all diesen Punkten sollte auf Basis unseres Antrags ein Konzept und in Folge eine Geschäftsordnung erstellt werden. Aus unserer Sicht sollte der Beirat sowohl aus Mitgliedern aus der Bevölkerung, die per Online-Voting gewählt werden könnten, bestehen, als auch aus VertreterInnen der Zivilgesellschaft (z.B. aus Verkehrsinitiativen, SeniorInnenvertretung, Behindertenorganisation, Kinderparlament etc.). Zentral ist es natürlich auch, dass der Beirat ein Gegenüber und eine klare Ansprechperson aus der Verwaltung erhält. Der Beirat sollte sowohl aktiv Probleme aufzeigen und Verbesserungsmaßnahmen vorschlagen können als auch beratend bei städtischen Projekten beigezogen werden.

Es gibt viele ExpertInnen der Zivilgesellschaft und BürgerInnen in Graz, die gerne ehrenamtlich für einen Austausch mit der Stadt Graz zur Verbesserung der Situation für FußgängerInnen bereitstehen. Diese Ressource sollten wir nutzen, um Graz zu einer Stadt für FußgängerInnen zu machen.

In diesem Sinne stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat bekennt sich zur Einsetzung eines ehrenamtlichen FußgängerInnenbeirats für die Stadt Graz.*
- 2. Verkehrsstadträtin Kahr wird ersucht, gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrsplanung sowie dem Referat für BürgerInnenbeteiligung dem Gemeinderat bis Juli 2021 ein Konzept für die Einrichtung einen ehrenamtlichen FußgängerInnenbeirat vorzulegen.*

GRⁱⁿ Heuberger:

Geschätzter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Ich möchte einmal vorwegschicken, dass ich mich, seit ich denken kann und in der Politik mitarbeiten darf, für die schwächsten Mitglieder in unserem Verkehr einsetze, das sind Schulkinder, das sind Menschen, die zu Fuß gehen, das sind jene, die einen Bus oder ein Haltestellt erreichen müssen und wir haben unzählige Ecken in ganz Graz, wo es keine Gehwege, nicht einmal Bankettstreifen gibt, wo man eigentlich nicht mehr weiß, wie man ans Ziel kommen könnte. Wie wir wissen, Kinder machen zu wenig Bewegung und wagen sich nicht einmal auf dem Fußweg in die Schule zu gehen. Also es ist schon eine krasse Geschichte, und ich habe ganz sicher in der Vergangenheit vielen Verkehrsverantwortlichen das Leben manchmal schwer gemacht und den einen oder anderen Gehweg dann doch zustande gebracht, deshalb haben wir auch am Beginn 2019 einen Antrag gestellt, der sich fast deckt mit dem letzten, um einen Gehwegbeauftragten für die Stadt Graz zu bekommen. Dieser Antrag

hat aus dem Büro Kahr eine Zeitdauer von 13 Monaten gedauert, um abgelehnt zu werden. Dankenderweise hat die Tamara Ussner das letzte Mal auch wieder einen Antrag gestellt, den wird sie auch eingebracht haben. Aber darin gab es dann einen Auftrag an unsere Verkehrsstadträtin, worin gebeten wurde, ein Konzept für die Einsetzung eines Beauftragten für Fußverkehr zu erstellen, das sowohl das Aufgabenfeld als auch strukturelle Verankerungen beinhaltet und dies ist dem Verkehrsausschuss bis Mai 2021 vorzustellen. Und jetzt kann ich als Abschluss nur noch bitten und ersuchen, dass die Frau Stadträtin diesem Auftrag nachkommt, der Mai ist nicht mehr so weit, und ich denke mir, es wäre besser, wenn man das jetzt fachgerechten Verkehrsexperten überlässt. Und in dem Wissen, dass das Land Steiermark und die Stadt Wien bereits schon lange einen Fußverkehrsbeauftragten haben, denke ich mir, in einer Großstadt wie Graz kann es nicht so weit weg sein, dass wir das auch bekommen, deshalb müssen wir diesen Antrag heute ablehnen. Danke (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, Kollegin Tamara Ussner. Ja, zuerst wenn es um die grünen Anträge geht, da tun wir uns immer ein bisschen schwierig, dass man die lesen kann, weil es werden diesmal nicht nur inflationär der Stern verwendet, sondern auch der Doppelpunkt. Da gibt es dann auf der ersten Seite die Fußgänger:Innen und auf der zweiten die Vertreter*Innen, da kenne ich mich jetzt dann nicht mehr aus. Ist beim Doppelpunkt wer inkludiert, beim Stern wer exkludiert? Also das ist alles sehr verwirrend. Auch der Inhalt selber, was du forderst, das ist ja die Aufgabe, die ureigenste Aufgabe der Stadtplanung. Sie muss den gesamten Bereich abdecken, da gehören Fußgänger, Radfahrer, ÖV und der Individualverkehr dazu und wir sehen das immer als Gesamtes, den Verkehr in Graz. Ich halte auch nichts davon, Beiräte übermäßig einzusetzen und dieses Modell zu strapazieren, und jede Gruppe macht dann einen eigenen Lobbyismus, weil wir würden dann einen Autofahrerbeirat einführen, die LKW-Benutzer brauchen einen eigenen Beirat, die Paula aus der Kleinen

Zeitung, die bekommt dann einen Hundebeirat in der Verkehrsplanung. Also wenn wir das weiterführen, da kommen wir dann zu nichts mehr. In der letzten Sitzung ist der Fußgängerbeauftragte beschlossen worden, der muss aus dem Mitarbeiterstab bestellt werden. Wir warten auf das Konzept von der Stadträtin Kahr, daher ist der Antrag nicht dringlich, und dem Inhalt können wir auch nichts abgewinnen (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Ussner**:

Ja, da sich jetzt eh keine Zustimmung abzeichnet, kann ich auch gleich das Schlusswort machen. Zum Kollegen Lohr, wegen dem Sternchen und Doppelpunkt. Ich habe genau gewusst, dass das kommen wird erstens, das war jetzt echt wenig überraschend. Und der Doppelpunkt ist eine neue Form, um gendergerechte Sprache zu verwenden, um es leserlicher zu machen.

*Zwischenruf GR Ing. **Lohr**: Leserlicher?*

GRⁱⁿ **Ussner**:

... ja, wenn man nicht will, dann ist es eh klar. Aber es war als Versuch des Entgegenkommens gedacht. Obwohl uns schon aufgefallen ist, dass ein paar Kollegen von euch heute schon gendergerechte Sprache herausgerutscht ist, das war auch sehr amüsant.

*Zwischenruf GR DI **Sickl** unverständlich.*

GRⁱⁿ **Ussner:**

... ja, Sie, Herr Kollege Sickl, waren das sogar *(lacht)*.

Liebe Kollegin Heuberger, ja ich weiß, und ich freue mich sehr, Sie setzen sich wirklich schon lange für die Anliegen ein. Anscheinend ist jedoch irgendwie die Grundintention des Antrages hier verloren gegangen. Anscheinend ist das bei der FPÖ auch nicht angekommen, wie es gemeint war. Es ist nämlich als prinzipieller Austausch gemeint, und andere Städte haben das schon erkannt, dass eine Beteiligung, eine unverbindliche natürlich, da einfach eine sehr große Bereicherung sein kann für die Verkehrsplanung und die Gremien der Stadt, aber Graz muss da anscheinend noch ein bisschen warten, was Beteiligung angeht. Und zum Punkt für zur eigenen Stelle noch, alleine heute haben wir darüber geredet, dass bei einem Stück, beim Bootshaus nämlich, eh nur läppische 480.000 Euro Erhöhung waren. Bei einem Projekt, Kollege Haßler von der SPÖ hat das auch noch angeführt, alleine in der heutigen Sitzung haben wir Projekterhöhungen von 1,2 Mio. Euro beschlossen und da kann mir keiner erzählen, dass es da um das Geld geht, keine eigene Stelle für einen Fußgängerbeauftragten einzusetzen. Sondern da geht es darum, dass hier eigentlich oft hinter den schönen Worten und den Bekundungen bei vielem nichts dahintersteht, wenn es darum geht, die sanfte Mobilität wirklich zu fördern, und wenn es dann um Umsetzung geht. Und das lässt halt einfach wieder nur den Schluss zu, dass bei Prestige-Projekten wie dem Bootshaus, da geht es sehr schnell mit der Finanzierung, aber wenn es darum geht, die sanfte Mobilität wirklich zu fördern, Bürgerbeteiligung zu fördern, dann habt ihr eigentlich kein Interesse daran und das ist sehr schade. Es ist einfach schade. Es ist gang und gäbe in anderen Städten bereits, aber leider auch wenig überraschend. Aber ich werde trotzdem nicht aufhören, euch auf die Nerven zu gehen mit dem Thema *(Appl.)*.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (18.40 Uhr).

Bgm. Mag. **Nagl**:

Danke vielmals, übernehme wieder den Vorsitz, und möchte anmerken, dass ein Bootshaus für die vielen jungen Menschen in der Stadt und auch alle, die den Bootsport betreiben, keine Prestige-Projekt ist, sondern ein dringend notwendiges, auf das sie seit Jahrzehnten gewartet haben (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

8.7 Mit „Impftelefon“ gegen Verunsicherung und Sorgen gegen Nebenwirkungen (GRⁱⁿ Mag.^a Susanne Bauer, SPÖ)

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer**:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Ich möchte heute mit meinem dringlichen Antrag ein Impftelefon vorschlagen und erhoffe, eure Zustimmung zu erhalten, und zwar warum? Es ist ganz einfach eine persönliche Erfahrung, oder Erfahrungen, muss ich sagen, es sind viele. Die Menschen werden geimpft und dann gibt es Impfwirkungen und nach der Impfung werden sie mehr oder weniger alleine gelassen, weil jeder ist sein eigener Gesundheitsexperte und sagt: Ist das jetzt im Rahmen des Möglichen oder des Üblichen? Kann ich irgendwo nachfragen? Diese Stelle fehlt, deswegen ist die Idee entstanden, ja, es ist notwendig, das, was besteht, beispielsweise einige Hotlines, die bestehen, vielleicht weiterzuentwickeln, und ich möchte hier vorschlagen, dass man ein Impftelefon einrichtet. Ich wurde in meinen Überlegungen auch bestärkt durch Experten, wie man so schön sagt, und zwar durch beispielsweise den Herrn Filzmaier am Wochenende, der angemerkt hat im Interview gegenüber Florian Thalhammer, Gesundheitsexperte: Ja, ich kann Sie anrufen, diese persönliche Kontaktmöglichkeit hat kaum jemand. Auch Katharina Paul, Politikwissenschaftlerin, hat gesagt: Nein, dass Frage- und Antwortformate als Angebote an die Bevölkerung ausgebaut werden

sollen. Auch die Gesundheitsexperten meinen, hier ist es wichtig, nachzufragen, welche Nebenwirkungen gibt es, diese sollen rasch aufgedeckt werden und die Gesundheitsdaten der jeweiligen Personen dann zusammengeführt werden, damit man auch weiß, wie viele Impfwirkungen und Nebenwirkungen gibt es. Was ist der Hintergrund des Ganzen? Ich möchte mit diesem Angebot an die Geimpften nachher und an die zu Impfenden vorher eine Sicherheitsmöglichkeit schaffen, wo man weiß, da kann ich kompetent anfragen und nachfragen auf der einen Seite und auf der anderen Seite macht es auch für die Behörden Sinn zu wissen, es wurden beispielsweise 1.000 Personen geimpft und 10 haben sich vielleicht gemeldet. Ich habe im Vorfeld schon mit anderen Fraktionen hier debattiert bzw. diskutiert und wir haben uns schon ausgetauscht, braucht man das oder nicht? Mir ist es ganz wichtig festzuhalten, ich will kein Doppelgleisigkeiten. Ich will eine Verbesserung des bestehenden Systems. Ich will das abdecken, was jetzt derzeit nicht abgedeckt ist und offen ist. Wir haben Informationstelefone, z.B. die AGES bietet an für Virusinformationen allgemein, da geht es um Übertragung und Prävention, dann gibt es 1450, ist uns bekannt, da geht es um die Erkrankung, dann haben wir noch ein Telefon, wo es um die Impfanmeldung geht und um die Impforganisation und Abarbeitung des Impfplanes. Ja, das haben. Und wir haben ein Telefon für die Testungen, aber wir haben keine Stelle für die Impfwirkung an sich. In dem Sinne möchte ich hier den dringlichen Antrag einbringen und der Form halber den Antragstext verlesen:

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich den

dringlichen Antrag:

Herr Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer wird beauftragt, an die zuständigen Stellen von Bund, Land Steiermark und Sozialversicherungsträgern heranzutreten und die Erfordernisse/Voraussetzungen/Notwendigkeiten für die Einrichtung eines solchen rund um die Uhr besetzten „Impftelefone“ anzuregen und in Umsetzung zu bringen.

Und ich ersuche den Gesundheitsausschuss dann, in der nächsten Sitzung einen diesbezüglichen Informationsbericht vorzulegen, es sollte nämlich rasch gehen.
Dankeschön (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Ängste und Bedenken vor Impfungen und deren Nebenwirkungen waren schon immer Thema. Aber gerade jetzt, da die Impfung der wichtige und notwendige Schritt gegen die Corona-Pandemie ist und wir BürgerInnen schon „Impf-ExpertInnen“ in Sachen Pharmafirmen und verschiedene Impfstoffe geworden sind, stehen wir nun vor der Frage der Impf-Nebenwirkung. Womit muss ich rechnen? Werden die Nebenwirkungen im üblichen Rahmen sein? Ab wann brauche ich ärztliche Hilfe? Und die entscheidende Frage, die wir von vielen hören, ist: Wohin kann ich mich denn wenden, wenn...

Diese Frage hat Kommunikationsexperte Peter Filzmaier jüngst gegenüber Florian Thalhammer (Gesundheitsexperte) in der Kronen Zeitung so beantwortet: „Ich würde Sie anrufen, wie das mit dem Impfstoff ist. Diese persönliche Kontaktmöglichkeit hat kaum jemand, deshalb ist die Expertenkommunikation in den Medien wichtig.“ In das „Informationspolitik-Horn“ mit der Forderung nach „Frage-und Antwort-Formate als Angebote an die Bevölkerung“ stößt auch Katharina Paul (Politikwissenschaftlerin und Impfpolitikexpertin, der Standard, 20.21.03.2021): „Auf diesem Weg könne die Verunsicherung der Bevölkerung durch die mehrfachen Negativmeldungen zu dem Oxford-Vakzin verringert werden“.

Ist es schon schwierig, im Vorfeld „wertfreie“ Informationen einzuholen, was allfällige Nebenwirkungen betrifft, so ist das NACH der Impfung noch schwieriger: Wer ist für mich erreichbar, wenn ich Impfnebenwirkungen verspüre? HausärztInnen sind – wenn etwa freitags geimpft wird – in den Tagen danach schwer bis nicht erreichbar; und

*NotärztInnen als AnsprechpartnerInnen zu empfehlen, ist sicher nicht Sinn der Sache:
Wir wissen, dass NotärztInnen mehr als genug im „Normalbetrieb“ zu tun haben.*

*Doch gerade kompetentes, profundes Wissen ist ganz entscheidend: So hat auch Stefan Thurner (Complexity Science Hub, der Standard, 20.,21.03.2021) darauf hingewiesen:
Um mögliche weitere Nebenwirkungen möglichst rasch aufdecken zu können, müssen die Informationen zu Impfungen mit den Gesundheitsdaten der jeweiligen Personen zusammengeführt werden – eine Forderung, die die Wissenschaft seit geraumer Zeit an die Politik stellt.*

Die Menschen in ihrer Verunsicherung und Sorge hinsichtlich Impf-Nebenwirkungen allein zu lassen, wäre angesichts der wachsenden Impfskepsis in Hinblick auf die Pandemiebekämpfung fatal. Es ist sicher nicht Zufall, sondern Resultat der durchwachsenen Meldungen über die Impfung, dass zum Beispiel ein Drittel der nahen Angehörigen von schwangeren Frauen ihren „reservierten“ Impftermin nicht wahrgenommen haben.

Ziel muss daher sein, den Menschen die Sicherheit zu geben, sich rund um die Uhr in dieser bestimmt auch für sie nicht einfachen Situation an eine kompetente Stelle wenden zu können, die sie unterstützt, die ihnen genau diese Sicherheit bietet, die sie jetzt brauchen. Und gleichzeitig könnten über diesen Weg auch gesicherte Informationen über das Befinden geimpfter Personen gewonnen werden.

Als Lösung bietet sich an, genau für diese „heiße Impfphase“ eine kompetente telefonische Anlaufstelle zu schaffen, in der jede/r rasch über Nebenwirkungen, rasche Gegenmaßnahmen, etc. Informationen einholen kann. Wo man erfährt, dass – vereinfacht gesagt – die sieben Pusteln auf der Zungenspitze eine ganz normale Nebenwirkung sind, man sich erst dann Gedanken machen muss, wenn diese nach vier Stunden nicht verschwunden sind – dann sollte man nochmals anrufen, um weitere Schritte zu besprechen. Damit müsste sich niemand allein gelassen fühlen, den

Menschen wird ein Mehr an Sicherheit geboten, was gerade jetzt – in dieser mit Informationen überhäuften Situation – ganz wichtig ist. Und damit erreichen wir auch – und das ist wohl entscheidend – einen weiteren wichtigen Meilenstein im Kampf gegen die Pandemie: Denn wir wissen, dass die Impfung das wohl wesentlichste Instrument gegen Covid-19 ist.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer wird beauftragt, an die zuständigen Stellen von Bund, Land Steiermark und Sozialversicherungsträgern heranzutreten und die Erfordernisse/Voraussetzungen/Notwendigkeiten für die Einrichtung eines solchen rund um die Uhr besetzten „Impftelefons“ anzuregen und in Umsetzung zu bringen. Dem Gesundheitsausschuss ist in der nächsten Sitzung ein diesbezüglicher Informationsbericht vorzulegen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, liebe Zuseher, liebe Antragstellerin. Als ich den Motiventext gelesen habe, nach dem ersten Absatz mit den Fragen, an wen wende ich mich, an wen wende ich mich bei Beschwerden, habe ich mir eigentlich in einer Tour nur gedacht: Ja, an meinen Hausarzt. Und wenn man sich das so durchliest, habe ich irgendwie das Gefühl, mein Vater ist auch Hausarzt, allerdings in Pension, dass hier die Kompetenz der Hausärzte irgendwie konterkariert wird. Die Covid-19-Impfung wird ja von Ärzten oder besonders medizinisch geschultem Personal verabreicht und da können die Leute natürlich im Vorhinein Fragen stellen und werden auch eine Beratung bekommen, mit welchen Nebenwirkungen sie zu rechnen haben. Und sollten sich Beschwerden ergeben, dann würde ich meinen Hausarzt anrufen und wenn der

nicht zugegen ist, weil es Freitagnachmittag oder Wochenende ist, dann kann man sehr wohl den Ärztenotdienst anrufen, und wenn die Beschwerden ganz schlimm werden, dann ruft man normalerweise die Rettung an, 144, und muss halt ins Spital fahren. Also in unseren Augen braucht es keine weitere Struktur, außerdem, dort müsste ja wieder ein Arzt sitzen, 24 Stunden an dieser Hotline, und der ist woanders sicher besser eingesetzt. Also von uns keine Zustimmung (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste im Livestream, die vielleicht zu später Stunde noch zuschauen. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen, inhaltlich haben wir aber vorher, das hat die Susi Bauer eh erwähnt, schon über das Problem von Doppelgleisigkeit diskutiert, und ob es wirklich eine zusätzliche Hotline braucht. Ich habe vorab noch einmal recherchiert und diese Corona-Info-Hotline, die die Susi Bauer auch gerade erwähnt hat, die ist auch dafür da, dass eben Menschen Fragen stellen können zur Sicherheit, Wirksamkeit und Nebenwirkungen von Impfungen, also die hat eigentlich genau diese Aufgabe und die ist 24 Stunden am Tag erreichbar, das steht auch ganz offiziell so auf der Seite vom Gesundheitsministerium. Also wenn es darum geht, dass diese Info-Hotline vielleicht noch bekannter gemacht werden muss und dass man den Menschen sagen muss, ihr könnt dort anrufen, dann finde ich das total unterstützenswert, aber ich glaube nicht, dass wir noch finanziell und bürokratisch aufwendig eine zusätzliche Hotline ins Leben rufen müssen, das macht für mich keinen Sinn. Das andere ist eben, wenn Menschen geimpft wurden und wirklich Nebenwirkungen verspüren und verunsichert sind, dann sehe ich das eigentlich auch so, dass es am meisten Sinn macht, sich an einen Arzt, eine Ärztin, zu wenden, oder eben in der Nacht auch an den Ärztenotdienst, der eben auch zu den Zeiten erreichbar ist. Also aus meiner Sicht braucht es keine zusätzliche Hotline. Was ich aber denke, was total wesentlich ist, wenn wir wollen, dass sich viele Menschen impfen lassen und auch mit guten Gefühlen impfen lassen, ist, und das würde ich eben in einem Abänderungsantrag einbringen, wenn die Dringlichkeit

gegeben ist, dass man eben gerade in Richtung schwer erreichbarer Zielgruppen, Menschen, die einfach große Ängste gerade vor der Impfung haben und sich nicht gut informiert fühlen, dass man da mehr Aufklärungsarbeit leistet. Und das wird man nicht schaffen, indem man eine zusätzliche Hotline macht, sondern das wird man erreichen, indem man wirklich mehrsprachig Information anbietet, teilweise bei migrantischen Vereinen wirklich vor Ort hinget, mit den Leuten redet. Es gibt auch teilweise wirklich wenig Information über das Testen und übers Impfen und auch massive Ängste. Und ich glaube, das würde ich eben auch als Aufgabe des Gesundheitsstadtrates sehen, ich glaube, du sagst dann eh noch was dazu, dass da eh einiges geplant ist von eurer Seite, und das ist wirklich etwas, das wir auf kommunaler Ebene dann machen können. Also die bestehenden Informationsangebote bewerben, wirklich in Stadtteilzentren, in migrantische Vereine, in kleine Geschäfte hingehen, mit MultiplikatorInnen das Gespräch suchen und dort konkrete Fragen beantworten, das hilft einfach deutlich mehr als immer mehr kostenaufwendige Strukturen zu schaffen. Danke (Appl.).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Grundsätzlich ist die Impfbereitschaft kontinuierlich gestiegen, dennoch gibt es insbesondere nach der Debatte um die Sicherheit des AstraZeneca-Impfstoffes viele Unsicherheiten und Fragen. Eine rund um die Uhr besetzte Corona-Infohotline, an die auch Fragen zur Sicherheit der Impfungen und möglichen Nebenwirkungen gerichtet werden können, gibt es neben der 1450 bereits. (Siehe <https://www.gesundheit.gv.at/service/notruf/coronavirus-infoline>)

Es macht deswegen wenig Sinn, eine weitere Struktur mit viel bürokratischem und finanziellem Aufwand ins Leben zu rufen. Viel wesentlicher ist die Frage, wie Gruppen, die für Gesundheitsangebote allgemein schwer erreichbar sind und über wenig sogenannte „health literacy“ verfügen, von der Sinnhaftigkeit der Impfung überzeugt werden können. So gibt es beispielsweise in diversen migrantischen Communities eine große Impf- und Testskepsis. Dieser Skepsis muss eine möglichst niederschwellige,

muttersprachliche Informationsarbeit entgegengesetzt werden, z.B. über Besuche in migrantischen Vereinen, durch Gespräche mit MultiplikatorInnen wie GeschäftsinhaberInnen und unter Einbindung vorhandener Strukturen wie der GesundheitslotsInnen und Stadtteilzentren. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Abänderungsantrag:

Stadtrat Robert Krotzer wird ersucht, eine niederschwellige, mehrsprachige Informationskampagne zur Corona-Impfung zu erarbeiten und schnellstmöglich umzusetzen.

Bgm. Mag. **Nagl:**

Danke vielmals, Frau Gemeinderätin. Da möchte ich Sie gleich informieren, dass ich, gemeinsam mit dem Herrn Magistratsdirektor, schon vor einigen Tagen auch ein Projekt ausgearbeitet habe, dass wir uns an jene Persönlichkeiten in Graz wenden, die uns auch helfen können, möglichst die Informationen über das Impfen und Testen auch mehrsprachig an die Bevölkerung weiterzugeben. Also ein solches Schreiben ist schon vorbereitet und wird schon übersetzt. Da haben wir vor, möglichst viele Menschen, die auch bei uns leben, aber vielleicht mit den Informationen nicht zurande kommen, gut zu informieren, um sie auch zur Impfung oder zum Testen zu bewegen, das ist bereits auch in Arbeit, wenn ich es so sagen darf (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Reininghaus:**

So, ich kann eigentlich den Vorrednerinnen ohnehin nur Recht geben, weil es sind die wichtigsten Punkte sowieso jetzt schon angesprochen. Ich würde nur anregen wollen, dass keine eigene Struktur notwendig ist, sondern dass die bestehende und schon sehr gut bekannte Nummer 1450 quasi dafür zuständig gemacht werden sollte. Und ich

finde es auch sehr wichtig, dass ältere Menschen oder alte Menschen, die dann, ich weiß nicht, um 2.00 Uhr Früh Fieber haben oder Kopfschmerzen haben, nachdem sie geimpft wurden, die eh schon sehr ängstlich waren, dass die da eben unter der Nummer 1450 ganz einfach auch bedient werden können. Und das kann ich in einem dringlichen Antrag, sofern die Dringlichkeit besteht, hier auch einbringen, und zwar:

Abänderungsantrag:

Der Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer wird beauftragt, an die zuständigen Stellen von Bund, Land Steiermark und Sozialversicherungsträgern heranzutreten, um innerhalb der bestehenden Struktur zur Gesundheitshotline 1450, die ja sehr wohl bekannt ist, eine rund um die Uhr besetzte Zweigstelle als Impfhotline anzuregen, die Voraussetzungen für diese zu prüfen und gegebenenfalls in Umsetzung zu bringen. Dem Gesundheitsausschuss ist in der nächsten Sitzung ein diesbezüglicher Informationsbericht vorzulegen. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die Impfung ist unser Ticket zurück in die von uns allen ersehnte "alte" Normalität und es ist besonders wichtig, dass sich alle BürgerInnen bestmöglich und schnell über die Impfung und über mögliche Komplikationen informieren können. Dazu ist es notwendig, eine unterschwellige Anlaufstelle zu etablieren, die Verunsicherung und Sorge zu Nebenwirkungen rasch klären und überdies weit verbreitete "Fake-News" und Verschwörungstheorien rund um die Impfung entkräften kann. Zwar sehen wir die Installierung einer kompetenten telefonischen Anlaufstelle als ein ausgezeichnetes Mittel, sehen es jedoch problematisch, dass nun, neben dem mittlerweile gut bekannten Gesundheitstelefon 1450 eine zusätzliche Gesundheitshotline eingerichtet werden soll.

Seitens der NEOS stelle ich somit den

Abänderungsantrag:

Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer wird beauftragt, an die zuständigen Stellen von Bund, Land Steiermark und Sozialversicherungsträgern heranzutreten, um innerhalb der bestehenden Struktur zur Gesundheitshotline 1450 eine rund um die Uhr besetzte Zweigstelle als Impfhotline anzuregen, die Voraussetzungen für diese zu prüfen und gegebenenfalls in Umsetzung zu bringen. Dem Gesundheitsausschuss ist in der nächsten Sitzung ein diesbezüglicher Informationsbericht vorzulegen.

StR Mag. **Krotzer:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Susi, danke für den Antrag. Entsprechende Angebote, wie sie von dir gefordert werden, gibt es schon, ich darf dann in der Folge das auch noch ein bisschen ausführen. Danke vorweg auch, dass die Ursprungsfassung dieses Antragstextes doch noch etwas abgeändert worden ist, weil das Gesundheitsamt der Stadt Graz ist seit mehr als einem Jahr mehr als gefordert in der Eindämmung der Corona-Pandemie hier vor Ort. Ich kann einmal ein Stichwort nennen: 100.000 Quarantäne-Bescheide waren es im Jänner, es fallen nach wie vor jede Woche tausende Telefonate an, die hier im Contact-Tracing zu machen sind, insofern würde der Aufbau einer Parallelstruktur für Aufgaben, die letztendlich dann auch bei Land oder Bund sind, unsere Kräfte schlichtweg übersteigen. Das Angebot, das du angeregt hast, ist dennoch ein wichtiges, und wir wollen dazu beitragen, dass es auch in der Bevölkerung bekannter wird. Ich habe vorher auch schon mit dem Roman Sommersacher von der Öffentlichkeitsabteilung gesprochen, dass wir diese Information auch noch prominenter auf die Homepage der Stadt Graz geben. Wäre sicher auch hilfreich, wenn das dann auch in der nächste Ausgabe der BIG noch einmal für die Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird. Weiters darf ich anmerken, dass es in der Vereinbarung zwischen dem Land Steiermark und der Ärztekammer eine Übereinkunft bezüglich der Impfungen gibt, nämlich, dass jeder Mensch, der geimpft wird, für den ein zehnminütiges Impfgespräch vorgesehen ist. Die persönliche

Impfaufklärung ist ganz wichtig, eben auch beim Hausarzt bzw. beim Impfarzt in den öffentlichen Impfstraßen, da dieser dann eben auch über die individuellen Vorerkrankungen, etwaige Risiken, etc. Bescheid weiß. Jetzt gibt es die organisatorische Impfhotline, die du eh auch schon angesprochen hast, die ist in den Infobriefen an die Personengruppen, die schon zur Impfung dran sind, mitgeteilt worden. Bei tatsächlichen Nebenwirkungen ist bitte auch jedenfalls künftig die Gesundheitsnummer 1450 zu wählen. Wir haben heute auch erst wieder in der Zeitung gelesen, dass hier die Wartezeiten sehr lang sind, wir werden auch hier darauf drängen, und das ist gleich auch der Hinweis auf den Antrag von den Neos, ich glaube, es ist wichtiger, insgesamt dort das Personal aufzustocken, damit die Wartezeiten geringer sind und nicht sozusagen ein Nebengleis aufzubauen. Und jetzt komme ich zur ganz wesentlichen Information: Die bundesweite Initiative Österreich-Impft.at führt auf ihrer Homepage eben auch eine Hotline an, über die es dort heißt, interessierte Personen können ihre Fragen zur Wirksamkeit und Sicherheit der Impfstoffe außerdem telefonisch bei der Infoline Corona-Virus unter der Telefonnummer: 0800 555 621 täglich von 0.00 bis 24.00 Uhr stellen. Und das ist etwas, was wir natürlich auf städtischer Ebene, so eine Hotline, die man sieben Tage die Woche, 24 Stunden, betreiben müsste, so auch nicht bewerkstelligen können. Wir werden das aber aufnehmen, wir werden auch schauen, was gibt es hier für Erfahrungswerte. Wenn wir hier auch Lücken entdecken, Schwierigkeiten, bin ich gerne bereit, hier auch an die entsprechenden Stellen, insbesondere auch das Bundesministerium, heranzutreten und zu sagen, diese und jene Dinge sollten hier berücksichtigt werden. Und gleichzeitig hat auch ein Kollege aus meinem Büro heute schon noch einmal mit dem Land Steiermark Kontakt aufgenommen mit dem Hinweis, dass die Ärzte, die impfenden Ärzte und Ärztinnen, auch den Patienten diesen Hinweis noch einmal geben sollen, weil es natürlich tatsächlich so, den Hausarzt, der ist eine wichtige Ansprechstelle, nur wenn ich um 2.00 Uhr in der Früh eben diese Nebenwirkungen habe, dann braucht es jemanden, wo ich mich hinwenden kann. Und dass auch dieses Informationsangebot bekannt wird und ansonsten, was den Antrag der Grünen betrifft, eben dankenswerterweise auch schon vom Herrn Bürgermeister erwähnt, dass es hier auch

entsprechende Initiativen in unterschiedlichen Sprachen geben wird. Damit sage ich dankeschön (Appl.).

GRⁱⁿ Mag.^a **Bauer:**

Ich bedanke mich beim Herrn Stadtrat Krotzer für die Aufnahme und die Weiterentwicklung und ich möchte noch einmal betonen, damit ich nicht missverstanden werde, ich möchte keine Doppelgleisigkeit, ich möchte nur darauf hinweisen, und das ist meine Aufgabe als Gemeinderätin, so sehe ich das, wenn Lücken entstehen oder Verbesserungen vorhanden sind, sind sie aufzugreifen und aufzuzeigen. Ich will keine Sonderkosten entstehen lassen, aber ich möchte auch gerne, und das ist der Punkt auch, dass man eben weiß und zur Sicherheit der Bevölkerung beiträgt, zur Sicherheit der Geimpften, dass man sagt: Ok, es haben sich so viele in der Stadt Graz vielleicht schon impfen lassen, dort ist die Telefonnummer, wenn Sie noch eine zusätzliche Frage haben. Und dann weiß man, ok, es sind nicht viele, und wenn es was ist, dann ist es einfach ein zusätzlicher Sicherheitsanker, den wir der Bevölkerung geben können, damit wir auch der Impfskepsis entgegenarbeiten, und ich glaube, das ist unsere Aufgabe, die wir hier auch durchführen sollten. Danke (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Abänderungsantrag (Grüne) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne und Neos) abgelehnt.

Der Abänderungsantrag (Neos) wurde mit Mehrheit (gegen Neos) abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Neos) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (19.00 Uhr).

**8.8 Für die Heldinnen der Krise
(GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)**

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte ZuseherInnen auch im Livestream. Seit über einem Jahr hat die Corona-Krise uns und unser Leben fest im Griff, und seit über einem Jahr hören wir diesen Begriff der Heldin und der Heldinnen der Krise immer und immer wieder. Die Heldinnen der Krise sind ganz klar die Frauen, es sind die Frauen in den systemrelevanten Berufen, es sind die Frauen im Supermarkt, die Frauen im Kindergarten und die Frauen im Gesundheits- und Pflegebereich. Aber es sind auch die Frauen im privaten Bereich, die die Hauptlast dieser Krise tragen, sie stemmen und unser System über das letzte Jahr am Laufen gehalten haben. Vor einem Jahr, wenn wir uns erinnern, haben wir alle für diese Heldinnen geklatscht, wir haben ihre Leistungen wenigsten mit Worten wertgeschätzt und wir haben auch quasi von Versprechen, wie Corona-Tausendern oder anderen Dingen, gesprochen. Aber nach einem Jahr ist das Klatschen verhallt, die Versprechen sind weitestgehend leer geblieben und von dieser Wertschätzung kann sich am Ende des Tages eine Frau keine Miete, kein Lebensmittel und auch keine Erholung kaufen. Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern hat nicht erst diese Krise erfunden, aber sie wurde durch diese Krise verschärft und sie wurde vor allem unübersehbar gemacht. Diese systemrelevanten Berufe, wie schon gesagt, aber auch die unbezahlte Arbeit wird weitestgehend von Frauen verrichtet und die Zahlen der Arbeitslosigkeit haben uns alle erschrocken. Wenn wir uns erinnern, die allerersten Zahlen vom AMS, in Bezug auf die Arbeitslosen durch die Krise, waren zu 85 % Frauen, rund 55.000 Frauen haben ihren Job verloren, demgegenüber stehen rund 9.400 Männer. Und leider auch die Zahlen aus dem Februar des AMS lassen keine wesentlichen Verbesserungen vermuten, denn in der Steiermark ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit von Frauen mit

32 % fast doppelt so stark gestiegen wie die von Männern. Und es sind, wie so oft, die geringfügig Beschäftigten und sehr oft auch alleinerziehende Mütter, die ihren Job verloren haben und weder Anspruch auf Kurzarbeit oder Arbeitslosengeld hatten. Aber auch die Frauen, die ihren Job nicht verloren haben, sehen sich nach einem Jahr Krise mit betreuungspflichtigen Kindern oft gezwungen, ihre Arbeitszeit zu verkürzen und werden dadurch auch noch vom Arbeitsmarkt weiterverdrängt. Wenn die Corona-Krise eines Tages hoffentlich vorbei sein mag, dann wäre die Rückkehr zur alten Normalität leider auch keine positive Perspektive, denn wir wissen, auch schon vor der Krise, waren es die Frauen, die in atypischen Verhältnissen, also in Jobs, die schlecht bezahlt werden und mit geringer oder gar keiner sozialen Absicherung versehen sind, das war die Norm für viele Frauen. Und dazu kommt noch, dass wir auch wissen, dass der Hauptteil der Kindererziehung, der Hauptteil der Hausarbeit und der Ernährung von Frauen geleistet wird, jetzt kommt auch noch dazu die Doppel- und Mehrfachbelastung durch Home-Schooling, Home-Office und Co.

Wie sehen also, diese Verhältnisse sind in unserem System so einzementiert, dass keine Einmalzahlung und dass keine kleine Veränderung diese Situation der Lebensverhältnisse für Frauen verbessern wird. Es bräuchte die großen Würfe, es bräuchte die großen Veränderungen, die zu mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit und vor allem zu echter Verbesserung der Lebensverhältnisse für Frauen führen würden. Und zentral für uns in diesen großen Würfeln und in dieser großen Veränderung muss eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich sein. Es braucht nach dieser Krise ein Neudenken von Geld, von Arbeit und von Zeit, das hilft vor allem den Frauen, aber es hilft allen. Und wenn jetzt gleich Leute hier raufgehen und uns erklären, das kann man alles nicht machen, das ist alles nicht möglich, dann möchte dem gleich vorausschicken: Es ist möglich, es gibt Modelle, wie auch auf Bundesebene vorgeschlagen wird, dass am Anfang dieser Reduzierung der Arbeitszeit eine Zweidrittel-Finanzierung von AMS und von Bund den Unternehmen helfen sollen sich umzustellen und vor allem sorgt es auch, dass es sogar schon Grazer Unternehmen gibt, die die 30-Stunden-Woche probiert haben, die davon nur profitiert haben in der Produktion und in der Produktivität und eines dieser Unternehmen ist

auch Makava, die ihre Arbeitszeit auf 30 Stunden verringert haben, ein Lohnverhältnis von 1:2 haben und die sicher nicht in dieser Krise und auch nicht davor schlecht davongekommen sind. Weiters braucht es aber auch eine Lohngerechtigkeit und wir alle hier, und auch schon PolitikerInnen-Generationen vor uns, haben immer diesen Spruch gehabt: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Viele, viele Jahre sind ins Land gezogen und diese Forderung besteht leider noch immer. Und deswegen braucht es echte Veränderung auch in diesem Bereich, wie das Vorbild von Island zeigt. In Island gibt es ein Gesetz, dass nicht die ArbeitnehmerIn sich darum kümmern muss, dass sie gerecht, fair und gleich bezahlt wird, sondern der Arbeitgeber muss wie beim jährlichen Steuerausgleich auch beweisen, dass alle Angestellten in seiner Firma gleich bezahlt werden und gerecht bezahlt werden. Und zu guter Letzt braucht es auch die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld erhöht auf mindestens 80 %. All diese Forderungen betreffen uns alle, all diese Forderungen sind auch für alle, aber sie würden vor allem Frauen helfen. Und wenn hier gleich viele erklären werden, dass diese Verbesserungen der Lebensverhältnisse für Frauen nicht möglich sind, dann sollten wir uns alles fragen: Was sind uns diese Heldinnen der Krise wirklich wert? Und wo wären wir im letzten Jahr ohne sie gewesen? Vielen Dank und ich erspare es mir jetzt, den Antragstext vorzulesen. Ich glaub, es haben ihn eh alle gelesen (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit mehr als einem Jahr hat die Corona-Krise unser Leben und unser System ganz und gar im Griff. Und wie in vielen vergangenen Krisen waren und sind es die Frauen, die in systemrelevanten Berufen sowie im Privatbereich die Herausforderungen dieser Krise meistern und das System am Laufen halten. Anfänglich wenigstens unter Applaus, doch nach einem Jahr mittlerweile ohne Wertschätzung oder monetärer Abgeltung.*

Durch die andauernde Pandemie sind Ungleichheiten in unserem Wirtschafts- und Sozialsystem sichtbarer denn je. Und dabei wird völlig klar: Systemrelevante und unbezahlte Arbeit ist größtenteils weiblich, die krisenbedingt angestiegene Arbeitslosigkeit ist es mehrheitlich auch. Die Statistiken zeigten im ersten Lockdown ein

drastisches Bild: rund 55.000 Frauen verloren ihren Job, im Vergleich zu 9.400 Männern. Auch die letzten AMS-Arbeitslosigkeitsberichte aus dem Februar zeigen leider keine wesentlichen Verbesserungen. Die Arbeitslosigkeit von Frauen stieg in der Steiermark im Vergleich zum vergangenen Jahr mit 32% fast doppelt so stark wie jene der Männer. Es sind wie so oft die geringfügig beschäftigten Frauen, die (alleinerziehenden) Mütter, die ihren Job verloren haben und weder Arbeitslosengeld noch Kurzarbeit beantragen konnten.

Die Frauen, die nicht ihren Job verloren haben, sehen sich durch die Betreuungspflichten von Kindern oder Angehörigen oft gezwungen, ihre Arbeitszeit in der Krise zu reduzieren und werden somit aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Diese Verdrängung haben wir auch vor der Krise vorrangig bei Frauen gesehen und selten bei Männern.

Dabei wäre eine Rückkehr zur „alten Normalität“ vor Ausbruch der Corona-Pandemie ohnehin nur eine Rückkehr zum lange existierenden Prekariat: Für Frauen waren atypische, also schlecht bezahlte, gering bis gar nicht absichernde Arbeitsverhältnisse die Norm. Daraus resultiert Armut und finanzielle Abhängigkeit.

Neben dem beruflichen Alltag sind es Frauen, die den Hauptteil der unbezahlten Arbeit stemmen, auch in Lockdown- und Home-Office-Zeiten. Darunter fallen Kinderbetreuung, Hausarbeit, Ernährung sowie andere tägliche Reproduktionsarbeiten. Doch seit dem Ausbruch der Pandemie ist diese Doppel- und Mehrfachbelastung noch größer: Durch die wirtschaftlichen Folgen, Existenzängste, Home Schooling & Home Office-Herausforderungen, die alltägliche Reproduktionsarbeit stehen Frauen unter enormer physischer und psychischer Belastung in der momentanen Situation.*

Darum ist es umso wichtiger, an den Systemen zu rütteln, welche diese Verhältnisse so einzementiert haben. Die aktuelle Situation ist nicht einfach so passiert, sie wurde politisch zugelassen und ermöglicht. Darum müssen es auch unsere politischen Antworten sein, welche die Heldinnen dieser Krise nicht vergisst und uns eine positive, gleichberechtigte und gerechte Zukunft verschafft.

Zentral in diesen Antworten muss die Verkürzung der Normalarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich sein. Denn nur das Neudenken von Zeit, Geld und

Arbeit wird uns helfen, viele dieser wirtschaftlichen Unterdrückungsmechanismen aufzubrechen. Durch eine 30-Stunden-Woche würden wir Arbeitsplätze schaffen, Produktivität und Gesundheit steigern und auch wirtschaftlich einen Vorteil herausholen.

Außerdem braucht es Lohngerechtigkeit nach isländischem Vorbild. In Island ist es nicht die Verantwortung der Arbeitnehmerin sicherzugehen, dass sie gerecht entlohnt wird, sondern die des Arbeitgebers. Kann dieser die gerechte und gleiche Bezahlung seiner Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nachweisen, sind Strafen fällig. Nach Jahrzehnten des nicht zu rechtfertigenden Gender-Pay-Gaps haben Frauen diesen Schritt zu mehr Gerechtigkeit verdient.*

Und es braucht eine sofortige Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 80% für die vielen, die durch diese Krise völlig unverschuldet in die Arbeitslosigkeit gedrängt wurden.

Es ist an der Zeit, dass die öffentliche Hand eingreift, um versäumte Reformen und Erleichterungen für Frauen nachzuholen. Denn wer mitdenkt weiß, dass Verbesserungen für Frauen* Verbesserungen in der Lebensqualität für alle bedeuten.*

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

- 1.) Der Gemeinderat möge auf dem Petitionswege an den Bundesgesetzgeber herantreten, um die Umsetzung einer Reduktion der Normalarbeitszeit auf 30 Wochenstunden, ein Lohngerechtigkeitsgesetz nach isländischem Vorbild analog zum Motivenbericht wie auch die Erhöhung der Nettoersatzrate auf 80 % zu prüfen.*
- 2.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwieweit auch eine Reduktion der Normalarbeitszeit in der Stadt Graz möglich ist.*

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und wer auch noch von zuhause oder aus dem Büro bei uns ist, auch noch einen schönen guten Abend. Liebe Anna, ein wichtiges Thema, und einige Zeilen in deinem Motivenbericht, da gebe ich dir zu 100 % Recht, dennoch bist du mit diesem Thema entweder zu spät oder ein bisschen zu früh dran, denn wir, und das wissen wir alle, daran brauche ich nicht erinnern, sind weltweit in der größten Wirtschaftskrise durch die Pandemie. Den Kern deines Problems in diesem Antrag sehe ich, dass die allgemeine Arbeitszeitverkürzung keine geschlechterspezifischen Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit bringen wird, zusätzlich ist ein voller Lohnausgleich bei geringer Arbeitszeit nicht möglich, da dieser Lohn ja auch verdient werden muss. Am Beispiel eines Dienstleisters müsste dieser bei 75 % Arbeitszeit entweder seine Dienstleistungen um 33 % verteuern oder um 33 % schneller arbeiten. Es würde also zu höheren Preisen für alle Konsumenten oder noch höheren Druck auf die Arbeitskräfte führen. Für große Betriebe, die viele Arbeitsplätze sichern und im internationalen Wettbewerb stehen, wäre es natürlich unmöglich, die Arbeitsproduktivität oder die Preise in diesem Ausmaß kurzfristig zu steigern, man würde so also die Wettbewerbsfähigkeiten mit dem Standort zerstören und etliche weitere Arbeitsplätze, zusätzlich zu denen, die in der Krise verloren gegangen sind, bewusst vernichten. Am Ende hätte man dann damit hunderte Arbeitsplätze vernichtet und keine einzige zusätzliche Frau in Beschäftigung gebracht. Das isländische Modell, von dir angesprochen, kannte ich bis gestern nicht. Ich habe mir die Mühe gemacht und habe gegoogelt und mich eingelesen, und man kann Island nur gratulieren. Die haben es geschafft. Und ich konnten nicht nachlesen, wie lange der Prozess zur Einführung und Umsetzung dieses Gesetzes war, dass sie es 2018 auf den Boden gebracht haben, allerdings möchte ich auch erwähnen, müssen dort anscheinend Abreitegeber unterschiedlich bezahlt haben, sodass es gesetzlich verankert wurde, dass zukünftig Arbeitgeber beweisen müssen, dass sie Männern und Frauen in gleichen Positionen gleich viel bezahlen. Gegenargumente wäre aus meiner Sicht, dass der Gesetzgeber dabei annimmt, dass Unternehmen eben ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

ungleich bezahlen und somit unter Generalverdacht gestellt werden. Es geht außerdem mit zusätzlichem bürokratischen Aufwand einher, den wir gerade jetzt in der Krise nicht erhöhen sollten. Außerdem würde auch diese Maßnahme keine einzige Frau zusätzlich in Beschäftigung bringen, und ich möchte nur erwähnen, dass Island weiterhin eine 40-Stunden-Woche hat. Die SPÖ hat hier also vielleicht ein Problem erkannt, aber drei Maßnahmen genannt, wovon zwei es noch verschärfen und eine es nicht beheben würde. Besser ist, hier langfristige Strategien, wie Bildungsmaßnahmen, zu verfolgen, die es Frauen ermöglichen, in höher bezahlten Sektoren wie dem MINT-Bereich zu arbeiten. Hier wird es von Frau Bundesministerin Raab eine Förderung über 1,3 Mio. Euro geben, die auch Frauen den Zugang in diese Branchen erleichtert. Von daher darf ich noch einmal wiederholen, dass wir in diesen herausfordernden Zeiten durch solche Diskussionen nur weitere Verunsicherungen unter jenen schaffen, die Arbeitsplätze schaffen und für den Wohlstand unseres Landes verantwortlich sind. Was wir jetzt brauchen bzw. unseren Unternehmerinnen und Unternehmern anbieten müssen, ist eine Sicherheit, eine Planbarkeit und tatkräftige Unterstützung für den Aufschwung. Nur so kann es gelingen, dass unser Wirtschaftsstandort, und da meine ich nicht nur die Steiermark, sondern ganz Österreich, wieder ein Comeback feiern kann, sodass alle, die sich derzeit in der Kurzarbeit befinden, wieder zurückkommen können und jene, die Arbeit suchen, auch Arbeit finden werden und das möglichst schnell. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Liebe Anna, liebe Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Gäste im Livestream. Wir werden dem Antrag in der Dringlichkeit zustimmen, weil ich finde, dass es eigentlich eine sehr, sehr grundlegende und wichtige Frage behandelt, die wir uns gerade jetzt stellen sollten. Ja, Frauen tragen die Hauptlast der Corona-Krise, das ist vielfach belegt, und die Anna hat das sehr, sehr zutreffend ausgeführt, also wie viele Frauen in systemrelevanten Berufen arbeiten, unterbezahlt sind, aber auch wie viele Frauen einen Großteil der Care-Arbeit, der

Kinderbetreuung usw. gerade schultern müssen, also davon hast du eh sehr viel gesagt. Die Kollegin Gmeinbauer hat gesagt, der Antrag ist vielleicht zu früh oder vielleicht zu spät. Ich finde, man kann auch sagen, er ist vielleicht genau jetzt richtig, weil eine Krise auch immer die Möglichkeit bietet, sehr grundlegend zu hinterfragen, wie wir unsere Gesellschaft strukturieren. Man sieht es ganz gut auch am Beispiel dessen, wie gerade Arbeit von Leuten auch neu gedacht wird über diese Home-Office-Empfehlung. Also ich habe von ganz vielen Leuten gehört, wie viele Besprechungen sie jetzt auf einmal online durchführen können, was sie vorher nie gedacht hätten, welche weiten Wege, auch in andere Ländern, sie sich ersparen, weil jetzt auf einmal Besprechungen online durchgeführt werden. Und ich denke, da wird es wirklich ein langfristiges Umdenken geben in dem, wie wir arbeiten. Warum sollten wir also nicht jetzt auch eine Debatte zur Arbeitszeit führen? Es gibt wirklich einige gute Gründe, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ich habe in der Vorbereitung ein paar Argumente vom Soziologen Jörg Flecker herausgesucht, die ich an der Stelle auch einbringen möchte, weil ich sie alle für sehr, sehr wesentlich befinde in der Debatte. Ich weiß schon, wir werden jetzt nicht von einem Tag auf den anderen die 30-Stunden-Woche einführen können, und da gibt es ganz viele Fragen, die geklärt werden müssen, aber es ist eine interessante und wichtige Vision und eine Debatte, die wir als Gesellschaft führen sollten. Es gab ja in der Vergangenheit auch immer wieder Arbeitszeitverkürzungen und auch damals gab es Befürchtungen, dass die Gesellschaft vielleicht zusammenbricht, wenn die Menschen weniger arbeiten, und es hat sich eigentlich immer als Verbesserung für die Menschen herausgestellt. Jörg Flecker meint, die positiven Effekte von einer Arbeitszeitverkürzung würden einerseits eine gerechtere Verteilung der bestehenden Arbeit bringen, weil wir einfach auch zunehmend und durch die Krise das Problem haben, Menschen überhaupt in die Arbeit zu bringen aus der Arbeitslosigkeit, eben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, das ist von der Anna ganz stark auch ausgeführt worden der Punkt. Dann, das ist auch wirklich wesentlich, der Erhalt der physischen und psychischen Gesundheit. Wir haben ja regelmäßig die Debatten über die Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters, weil die Leute teilweise nach 40 Stunden wirklich

körperlicher Arbeit über Jahrzehnte am Ende sind und wahnsinnig früh in Pension gehen müssen, weil sie ihre Arbeit einfach nicht mehr schaffen, sagen wir es jetzt einmal ganz hart, so wie es ist, und wollen wir das wirklich? Also, wollen wir, dass die Leute eigentlich zu einem Zeitpunkt, wo sie bei guter Gesundheit sein könnten, komplett ausgebrannt sind von ihrer Erwerbsarbeit? Das ist doch keine Perspektive für unsere Gesellschaft. Was ihr auch als Argument hier anführt, finde ich sehr spannend, einfach auch die Zeit für Weiterbildung. In den privilegierten Arbeiten können Menschen sich in ihrer Arbeitszeit weiterbilden, aber ganz, ganz viele Menschen in 40-Stunden-Jobs können das nicht. Und wie sollen die neben 40 Stunden sich auch noch weiterbilden? Und auch die Möglichkeit, in einer Demokratie zu partizipieren und sich einzubringen, wie soll das eigentlich neben einer Vollzeitarbeit alles möglich sein? Also ich sage diese Dinge, weil das wirklich eine interessante und wichtige Vision für die Gesellschaft ist, über die wir weiterdiskutieren müssen, und ich weiß, wir werden es nicht vom einem auf den anderen Tag in die Richtung bewegen können, aber ich glaube, es ist ein ganz wichtiger Denkanstoß. Ich werde, falls die Dringlichkeit gegeben ist, einen Abänderungsantrag einbringen, weil wir denken, eine 30-Stunden-Woche für Bediensteten der Stadt macht für bestimmte Gruppen jetzt Sinn. Wir haben gesagt, wir finden das nicht fair, wenn jetzt alle Bediensteten der Stadt, wo einige wirklich gut entlohnt sind und viel besser abgesichert sind als andere ArbeitnehmerInnen, wenn die jetzt als erste die 30-Stunden-Woche bekommen sollten. Sondern das sollten wirklich die Menschen bekommen, die in körperlich oder auch psychisch anstrengenden Berufen sind, also in der Pflege, in der Kinderbetreuung, in der Straßenreinigung, in der Müllabfuhr, in vielen weiteren mehr, für die Bereiche macht das absolut Sinn. Und ich muss zum Ende kommen, aber ich finde es einfach einen spannenden Dankanstoß, und würde mich freuen, wenn wir es weiterdiskutieren.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist eine großartige Vision für eine Gesellschaft, in der Erwerbsarbeit und all die unbezahlte Arbeit, die noch immer vor

allem Frauen leisten, in einem besseren Gleichgewicht stehen. Natürlich kann die Entwicklung hin zu einer Reduktion der Erwerbsarbeit nicht von heute auf morgen passieren und es müssen noch einige Fragen geklärt werden. Dennoch ist die Idee eine wichtige politische Vision für ein gutes Leben für alle.

Die Einführung einer 30-Stunden-Woche für die Bedienstete der Stadt Graz wirft jedoch einige weitere Fragen auf. Es ist wohl schwer argumentierbar, warum öffentlich Bedienstete, die im Vergleich mit anderen ArbeitnehmerInnen gut entlohnt und vor allem gut abgesichert sind, vorrangig eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich erhalten sollen. Aus unserer Sicht sollte aber über eine 30-Stunden-Woche für städtische Bedienstete nachgedacht werden, die in physisch und/oder psychisch besonders fordernden Berufen tätig sind.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Abänderungsantrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwieweit eine Reduktion der Normalarbeitszeit für Bedienstete der Stadt Graz in physisch und psychisch fordernden Berufen wie Kinderbetreuung, Pflege, Müllabfuhr oder Reinigung möglich ist.

GRⁱⁿ Heinrichs:

Werte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender. Ich mache es ganz kurz, warum? Die Anna hat einen ganz großen, tollen Antrag gestellt. Wir werden den unterstützen. Sie hat alles hineinverpackt, die Manuela hat zusätzlich betont, was besonders wichtig ist. Der Arbeitszeitverkürzung können wir uns nur vollinhaltlich anhängen. Ich muss etwas loswerden, das brennt mir seit einiger Zeit auf den Lippen, und zwar, ist schon angesprochen worden, die Frau Ministerin Raab, von dir, liebe Daniela, sie hat gesagt, man soll sich jetzt bemühen und sie wird alles daransetzen,

dass Frauen in besser bezahlte Posten hingehen. Das ist ja gar keine schlechte Idee, nur etwas, die Anna und die Manuela, und auch ich möchte das jetzt hier vertreten, wir haben darauf hingewiesen, dass gerade in den Berufen, die jetzt also das System sozusagen erhalten haben, ob das jetzt die Pflege ist oder die Kindergartenpädagoginnen, das sind nur wenige davon, die sind besonders schlecht bezahlt und wenn wir jetzt in dieser Zeit, wo es wirklich brennt unter den Nägeln, sagen, wir müssen schauen, dass wir die Frauen in die besser bezahlten Berufe hineinbringen, die es irgendwie schaffen könnten. Ja, was heißt denn das jetzt? Das heißt ja ganz genau, dass in den Berufen, die aber so unendlich systemrelevant sind, dann die womöglich fehlen. Das wäre ja ein fürchterliches Signal in Wirklichkeit. Ich sage es so, die, die es schaffen von sich aus, weil sie stark und hervorragend ausgebildet sind, dynamisch, alles Voraussetzungen halt mitbringen, das braucht man jetzt nicht aufzählen, die schaffen es schon. Aber worum es im Antrag geht, und eben auch der Manuela, soweit ich das verstanden habe, es geht doch darum, dass man hier nicht genau die vielen Frauen sozusagen hineinopfert in der Zeit, weil wir es uns nicht leisten können, da sage ich jetzt zum Schluss, wir haben den Satz, den Slogan, vernommen: „Koste es, was es wolle“, aber ich muss zu dem Entschluss kommen, da waren wir nicht gemeint, ich meine jetzt nicht wir persönlich, sondern die Frauen, die es notwendig haben, die waren offensichtlich nicht gemeint, die werden auf der Strecke bleiben, weil das Gefühl, das ich habe, ist, die Mächtigen, die die Möglichkeit hätten, die lassen uns, ohne mit der Wimper zu zucken, hängen. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Ja, wir Frauen geben alles, wenn es darum geht, dass es unserer Familie, unserem Umfeld besser geht, aber ich möchte auch klarstellen, Männer machen das genauso, nicht nur Frauen (*Appl.*).

Wir Frauen gehen halt intuitiv der Familienarbeit nach und wir erledigen so viele Dinge und Aufgabe oft so nebenbei und mit so einem speziellen Perfektionismus. Was ich oft

sagen muss, und das höre ich wirklich sehr oft von Frauen, dass es ihnen auch die Männer gar nicht recht machen können und sie dadurch die Arbeit an sich reißen, aber es fehlt ihnen dadurch natürlich die Wertschätzung und der Dank. Wir tun so viele alltägliche Dinge eben selbstverständlich, und wenn wir dann natürlich keinen Dank bekommen und unsere persönlichen Bedürfnisse zurückstellen, sind wir manchmal ein bisschen frustriert, und in dieser Krise, die wir jetzt gehabt haben, ist eben der Dank gerade am Anfang da gewesen, aber leider nur am Anfang. Die Frauen haben durch Corona eine Wertschätzung bekommen, vor allem die in den Pflegeberufen, Gesundheitsberufen, auch im Lebensmittelhandel, aber mir haben sehr viele Frauen gesagt, sie legen überhaupt keinen Wert darauf, Heldinnen zu sein. Sie wollen nicht die Heldinnen sein und für einen Monat mit Dank überschüttet werden und vielleicht einen kleinen Bonus bekomme, nein, sie wollen haben, dass die Freundlichkeit, und das steht ihnen auch zu, das ganze Jahr über da ist. Aber wir alle sind von den Maßnahmen derart strapaziert, dass die Menschen einfach schon so grantig sind, dass sie gar nicht merken, was sie dem Gegenüber antun und egal in welches Geschäft ich gehen, ich frage immer: Wie geht es euch? Und fast jede Frau sagt mir, es wäre schön, wenn die Leute endlich wieder ein bisschen freundlicher wären und uns Wertschätzung entgegenbringen, so wie es am Anfang, vor einem Jahr, gewesen ist. Also die Bundesregierung hat im letzten Jahr sehr viele politische Entscheidungen getroffen, die uns wirklich vor besondere Herausforderungen gestellt haben, z.B. Home-Office und Home-Schooling und vieles mehr zu verbinden und das hat uns, vor allem uns Frauen, aber auch gesamte Familien, wirklich an unsere Grenzen gebracht. Durch die wirtschaftlichen Folgen haben natürlich sehr viele Frauen auch noch ihre Arbeit verloren, was für mich bedeutet, dass die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Bedürfnisse der Frauen gehen, deshalb sind weitere Belastungen durch Entscheidungen der schwarz-grünen Regierung kontraproduktiv und absolut abzulehnen. Nach deinem Motivenbericht, liebe Anna, hätte ich mir gedacht oder ich hätte mir gewünscht, dass ein Bonus für Familienarbeit, dass du das vielleicht einforderst von der Bundesregierung, oder pensionsrechtlich verbesserte Bedingungen für Frauen, das ist aber leider nicht gekommen. Stattdessen ist, meiner Meinung nach,

ein ideologischer Arbeiterkampf gekommen, und das finde ich sehr schade, weil die 30-Stunden-Woche zur vollen Entlohnung, wer muss das zahlen? Der Unternehmer, wie Kollegin Gmeinbauer schon ausgeführt hat, und da stehe ich voll hinter ihr. Weil gerade in dieser Situation, wo jetzt Unternehmen ums Überleben kämpfen und somit auch die Arbeitsplätze nicht 100-prozentig gesichert sind, in so einer Situation so eine Forderung zu stellen, das finde ich schon ziemlich dreist, ehrlich gesagt. Also wir sind dafür, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das haben wir eh, ist gesetzlich bei uns geregelt. Wir reden auch gerne über Dank und Wertschätzung, im Fall von einem Bonus. Jemand, der sich besonders herausragend verhält, der soll auch für das besondere Engagement einen Bonus bekommen, das ist wichtig, und wie gesagt, Motivenbericht und Antragstext passen für uns nicht zusammen, weil es einfach eine Kampfansage ist, und zwar Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber, da machen wir nicht mit und schon gar nicht in der jetzigen Situation (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Damen und Herren, auf gewisse Wortmeldungen kann man sich in jedem politischen Gremium ein bisschen verlassen, wie, ich weiß nicht, dass die Uhr weitergeht oder dass die Zeit weitergeht. Dass die Wortmeldung von der ÖVP so ausfällt, wie sie ausgefallen ist, damit habe ich ein bisschen gerechnet, weil seit über 100 Jahren fällt bei jeder Diskussion um Arbeitszeitverkürzung die Antwort der ÖVP gleich aus: Der Standort wird vernichtet, Arbeitsplätze werden vernichtet, es werden verschiedenste Untergangsszenarien gemalt. Das war schon bei Wilhelm dem Ersten so und es ist auch jetzt so. Das war auch bei der Reduktion auf 40 Stunden pro Woche so, und deswegen denke ich mir: Warum ist das noch nie eingetreten? Warum ist es noch nie eingetreten, dass jedes Mal, wenn wir die Arbeitszeitverkürzung gemacht haben, der Wirtschaftsstandort nicht brausen gegangen ist, die Produktivität eher gestiegen ist, die Arbeitsplätze gestiegen sind und vor allem auch der Konsum gestiegen ist und damit auch die Gewinne für viele Unternehmen gestiegen sind. Nach jeder Arbeitszeitverkürzung war das die Tatsache und das der Fakt, und nicht, dass

Arbeitsplätze vernichtet wurden. Zu den anderen Argumenten, ich habe ein bisschen das Gefühl gehabt, dass der ÖVP es sogar schwer gefallen ist beim isländischen Modell wirklich ein Gegenargument zu finden. Das Einzige, was man sich dann hat einfallen lassen, ist Bürokratie. Ich glaube nicht, dass Island bewiesen hat, dass es bürokratisch ist, weil das wird de facto wie beim Steuerausgleich, den jede Firma auch machen muss, dann auch mitgemacht, dass es bewiesen wird. Und jede Firma, die gerecht bezahlt und die gerecht entlohnt, hat keinen Mehraufwand. Ich glaube, nur die Firmen, die nicht gerecht entlohnen, haben einen Mehraufwand und da geht es nicht um Generalverdacht, sondern dass es einen Gender-Pay-Gap gibt, das ist auch Tatsache. Es gibt leider eine ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen und die gibt es auch bei gleicher Qualifikation und bei dem gleichen Job, das kann man einfach nicht wegargumentieren, das ist leider einfach so. Ich danke allen Fraktionen, die ihre Zustimmung und auch ihre Ausführungen heute hier preisgegeben haben, dass es die richtigen Antworten wären in unserem Antrag. Und ich glaube, wenn nicht jetzt, wann dann? In einer Krise, wo es wirklich so arge soziale und wirtschaftliche Verschiebungen gibt in unserem System, muss man über die grundlegenden Dinge wie Arbeitszeitverkürzung reden, und es geht einfach darum, dass man sagt, jetzt Veränderung zu schaffen, die eine positive Zukunft schaffen würde, eine positive Veränderung im Sinne der ArbeitnehmerInnen und der Arbeitgeber. Und wir sehen auch, dass vor allem auch im Dienstleistungsbereich, weil Frau Gmeinbauer Sie das Beispiel vom Dienstleistungsbereich genommen haben, wir sehen auch, dass Pilotprojekte z.B. in Kärnten von einem Gastronomiebetrieb, der die 30-Stunden-Woche probiert hat, oder Unterstützung von Fördermitteln, und wir fordern die 30-Stunden-Woche ja mit Unterstützung von Fördermitteln, dass nicht einmal diese Gastrobetriebe eingegangen sind und dass ...

*Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer** unverständlich.*

GRⁱⁿ Robosch:

... ich war in der Selbstständigkeit, ich bin bis jetzt auch noch in der Selbstständigkeit. Und er ist sicher nicht durch die 30-Stunden-Woche eingegangen. Wenn, dann ist er eingegangen, weil die Wirtschaftshilfen von einem ÖVP-Ministerium scheinbar nicht angekommen sind. Aber ich danke allen, die ihre Unterstützung heute hier preisgegeben haben und man sieht mal wieder, über die Heldinnen reden kann jeder und können alle Parteien, aber ihnen wirklich helfen und sie wirklich monetär auch wertschätzen, können nicht alle (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

8.9 Kopfverbot im Haus Graz (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ Reininghaus:

So ist es, wenn die Reininghaus kommt, ist der letzte dringliche Antrag am Plan. Danke Ihnen aber auch noch für Ihre Aufmerksamkeit in den letzten Minuten, es geht ja auch um ein sehr wichtiges Thema: Kopfverbot im Hause Graz. Sie werden ahnen, worauf ich hinausmöchte. Ich bin mir auch sicher, dass Sie die Geschichte dieser Richtlinie gut kennen. Sie wissen alle, 2004 eingeführt, Verbot der Abbildung von Politikern bei Gebrauch öffentlicher Gelder, 2015 Verschärfung der Richtlinie, indem dieses Verbot auch auf die Holding ausgedehnt wurde. Und 2018 hat dann die aktuelle schwarz-blaue Stadtkoalition die Meinung vertreten, brauchen wir nicht, ist nicht so wichtig, und es wurde diese Richtlinie kurzer Hand gekippt. Und Herr Stadtrat Riegler ist da, ja, sagte er damals noch in einem Interview mit einer Tageszeitung zum Kippen der Richtlinie, zitiere wörtlich: „Es darf halt nicht exzessiv angewandt werden.“ Aber genau das ist passiert. Beim Acht-Seiten-Inserat im Kurier von Holding und Stadt Graz, immerhin mit einem Aufwand von 70.000 Euro an Steuergeldern, wie uns mitgeteilt

wurde. Warum? Damit sich die Stadtspitze aus dem Blatt lachen sehen kann. Schlimm! Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich war wirklich ziemlich perplex und enttäuscht, denn ich konnte mich noch erinnern an die Gemeinderatsitzung am 25. Februar, wo doch wirklich überparteilich gesucht wurde nach einem breiten Konsens eben für die beste Verkehrslösung in Graz, und in der Folge wird dann quasi ein Werbe-Hype durchgeführt, hat mich richtig enttäuscht, ich habe mich tatsächlich verhöhnt gefühlt. Abgesehen davon bringen diese großflächigen Abbildungen auch keinerlei informativen Wert für die Bürger und Bürgerinnen und ich glaube auch, dass der Kurier vielleicht eine Zeitung ist, die man gerade in der Steiermark nicht so großartig liest. Sie haben ganz einfach persönliche Vermarktung Ihrer Parteien betrieben und Ihres Projektes betrieben. Dieser Missbrauch von Ressourcen, würde ich fast sagen, in der Stadt für parteipolitische Zwecke sollte ein Ende finden. Und ich glaube, das haben die GrazerInnen auch verdient, die ihre Steuern hier zahlen, die wollen das nicht für parteipolitische Zwecke verwendet sehen, sondern die wollen, dass da endlich Lösungen für lang anstehenden Probleme gefunden werden.

Und in diesem Sinne und im Sinne eines zweckmäßigen Umgangs mit Grazer Steuergeldern stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen eine überarbeitete Richtlinie für Öffentlichkeitsarbeit dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen. Diese müsse zumindest ein Verbot von Abbildungen für Stadtregierungsmitglieder beinhalten, die verbindlich auf alle bezahlten Inserate und Werbeeinschaltungen anzuwenden ist.
2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, analog zu Punkt 1 dem Gemeinderat ein Stück zur Beschlussfassung vorzulegen, welches dieses Verbot von

Abbildungen für Stadtregierungsmitglieder auf alle bezahlten Inserate und Werbeeinschaltungen auch für die gesamten Beteiligungen der Stadt Graz erwirkt.

Ich bitte um Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Im Jahre 2004 wurde eine sinnvolle Richtlinienenerweiterung für ein Verbot der Abbildung von Politikern bei Gebrauch öffentlicher Gelder beschlossen. 2015 wurde diese Richtlinie sogar noch verschärft und auch auf die Holding ausgedehnt. All das nur, damit die aktuelle schwarz-blaue Stadtkoalition diese Maßnahmen am Beginn dieser Gemeinderatsperiode für nicht mehr notwendig erklärt und kurzerhand kippt. Unser heute hier anwesender Stadtrat für Beteiligungen sagte damals noch in einem Interview mit einer Tageszeitung: "Es darf halt nicht exzessiv angewandt werden."

Doch genau dazu ist es nun gekommen: Bei einem 8-seitigen Inserat von Holding und Stadt Graz wurden 70.000 Euro an Steuergeldern in die Hand genommen, nur damit sich unsere Stadtspitze aus der Zeitung lächeln sehen kann. Dabei spreche ich noch gar nicht von den Inhalten dieses Inserats. Wenn zuvor die neutrale und überparteiliche Suche nach einem breiten Konsens für die beste Verkehrslösung ausgerufen wird und in der Folge das eigene Konzept mit Steuergeldern beworben wird, kann man beinahe von einer Verhöhnung des Gemeinderates und des in Gründung befindlichen neuen Verkehrsgremiums sprechen.

Abgesehen davon bringen diese großflächigen Abbildungen keinerlei informativen Mehrwert für die Grazer BürgerInnen. Sie dienen einzig der persönlichen Vermarktung wahlwerbender Politiker. Im vorliegenden Fall nun passend einige Monate vor dem nächsten Urnengang. Dieser Missbrauch von Ressourcen unserer Stadt für parteipolitische Zwecke muss ein Ende finden. Denn die GrazerInnen zahlen ihre Steuern nicht für parteipolitische Zwecke, sondern damit endlich Lösungen für jahrzehntelange Probleme gefunden werden.

Im Sinne eines zweckmäßigen Umgangs mit Grazer Steuergeldern stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen eine überarbeitete Richtlinie für Öffentlichkeitsarbeit dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen. Diese müsse zumindest ein Verbot von Abbildungen für Stadtregierungsmitglieder beinhalten, die verbindlich auf alle bezahlten Inserate und Werbeeinschaltungen anzuwenden ist.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, analog zu Punkt 1 dem Gemeinderat ein Stück zur Beschlussfassung vorzulegen, welches dieses Verbot von Abbildungen für Stadtregierungsmitglieder auf alle bezahlten Inserate und Werbeeinschaltungen auch für die gesamten Beteiligungen der Stadt Graz erwirkt.*

GR Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin. Vorerst einmal, recht herzlichen Dank für deinen Antrag, den du hier gestellt hast. Ich melde mich jetzt zur Dringlichkeit zu Wort, weil ich glaube, dass die Koalition den Antrag versenken wird, obwohl er sehr wichtig ist in meinen Augen. Ich habe heute zufälligerweise, die ist heute aber leider nicht drangekommen in der Fragestunde, eine so ähnliche Frage stellen wollen. Wie du richtig sagst, ist seit 29. Juni 2017 ganz genau die Regelung, die seit 2004 eigentlich gegolten hat, dass Politikerfotos nicht mit öffentlichem Geld beworben werden dürfen. Und seit 2015 ist es dann sogar ergänzt worden und hat sich dann auf die Holding auch erstreckt, ist ja dann von der jetzigen Koalition gekippt worden. Ich sehe das auch so wie du, ich finde auch, dass hier Steuergelder verschwendet werden und dass eine nicht neutral gestaltete Meinungsfindung hier dadurch entsteht, und deshalb auch die Intention meiner Anfrage, meiner heutigen, die sich auf die Kosten bezogen hat. Und zwar ganz

kurz erläutert, wie hoch waren die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit der Holding Graz sowie aller weiteren Unternehmen und Beteiligungen im Haus Graz, aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Stadtsenatsmitgliedern und deren zugehörigen Magistratsabteilungen, also Zeitpunkt, Kostenhöhe, Medium, Rechnungsadressat seit 29. Juni 2017, eben seit dem Datum, wo das gekippt worden ist. Also das wäre meine Frage gewesen und mein Interesse. Danke, wie gesagt, für diesen Antrag. Ich hoffe, dass er vielleicht jetzt auch beantwortet wird unter Umständen, weil dann hätte ich auch eine Antwort auf meine Frage und wir werden sowohl der Dringlichkeit und, falls es soweit kommen sollte, auch dem Antrag zustimmen. Danke (*Appl.*).

KO GR Ehmänn:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kollegin und Kollegen im Stadtsenat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, ZuhörerInnen im Livestream und liebe Antragstellerin. Ja, wir werden diesen Dringlichkeitsantrag auch unterstützen, sei es in der Dringlichkeit als auch im Inhalt, denn dem Dringlichkeitsantrag, inhaltlich, ist eigentlich ja gar nicht mehr viel zuzufügen, außer vielleicht, dass die Art der Selbstdarstellung mittlerweile abenteuerliche Ausmaße annimmt, was Eigenwerbung betrifft. Aber das ist ein bisschen in dieser türkisen Denke offensichtlich drinnen, weil wenn ich mir das auf Bundesebene anschau, und ich spreche von einem Impfdeckel von 200 Mio., der jetzt ja offensichtlich nachweislich per Mail auch aufgezeigt wurde, und gleichzeitig beschließe ich für Eigenwerbung 210 Mio. Euro für eine Regierungsperiode, dann weiß ich, wo die Prioritäten liegen, das zum einen. Zum anderen muss ich sagen, die Stadtregierungscoalition mit der Umstrukturierung der Kommunikationsabteilung und Öffentlichkeitsabteilung, die wir damals ja auch schon sehr kritisch gesehen haben und abgelehnt haben, befindet sich leider offensichtlich auf einem ähnlichen Weg. Wo es an Argumenten fehlt, da wird oft mit PR-Geldern ausgeglichen oder versucht auszugleichen und die BIG erinnert mittlerweile ja tatsächlich schon ein wenig, wenn man sich die Fraktionen im Rathaus ansieht, die alle hier sind, und wenn man dann sieht, was abgebildet wird, ist schon ein bisschen so in

Richtung Prawda, wobei da gibt es einen deutlichen Unterschied, denn in der Prawda haben die Beiträge meisten begonnen mit: „Das Zentralkomitee der KPdSU teilt mit ...“ Vielleicht sollte die BIG dem Beispiel folgen, dann müsste das halt in der heutigen Zeit heißen: „Die Rathaus-Koalition teilt mit ...“

Danke (*Appl.*).

StR Dr. **Riegler:**

Ich möchte eigentlich zwei oder drei Kleinigkeiten sagen. Erste Sache, ich kann bestätigen, Herr Sikora, ich bin seit 2004 in diesem Haus, weil ich ja früher Rechnungshofdirektor war und da hatte ich die Ehre und das Vergnügen, so gut wie bei jeder Gemeinderatssitzung vom Anfang bis zum Schluss, und das war oft bis Mitternacht, bis 2.00 Uhr in der Nacht, dabei gewesen zu sein, daher kann ich berichten und auch der Frau Reininghaus sagen, jedes dieser Themen und insbesondere das Kopfverbot-Thema kommt so gut wie das Amen im Gebet, wie der Schnee im Winter, wie die Ostereier zu Ostern kommt das Kopfverbot-Thema. Ich möchte ein Plädoyer dafür halten, dass man weiß, wer die Politiker sind, die wir gewählt haben. Denn, Frau Reininghaus, Sie werden schon noch bemerken, wie schwierig es eigentlich ist, Öffentlichkeit zu bekommen, wie schwierig es eigentlich ist, den Menschen zu vermitteln, dass das, was wir alle gewohnt sind, Straßenbahnen, die funktionieren, Müllabfuhr, die funktioniert, Schulbauten, die funktionieren, die dastehen, Kindergärten, Kinderkrippen, alles das ist finanziert durch die Gemeinschaft der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, ist finanziert durch unser aller Beiträge. Und wenn draußen jemand vorbeigeht bei einer Schule, weiß er oder sie in der Regel gar nicht, ob diese Schule jetzt aus Gemeindemitteln gezahlt ist, ob diese Schule aus Landesmitteln gezahlt ist, ob das die Bundesregierung gezahlt hat, das weiß leider kein Mensch. Und ich bin schon einmal aus diesem Grund sehr dafür, dass man den Leuten erklärt: „Hallo, das ist Gemeindepolitik. Engagiert euch, kommt, meldet euch“, anstatt dass man immer Angst hat, dass man jetzt irgendjemanden erkennen kann, der Politik und der Verantwortung übernimmt. Wir alle sitzen hier, jetzt noch immer um die

Uhrzeit, und arbeiten dafür, dass eben etwas Gescheites für die Menschen geschaffen wird. Und von daher bin ich absolut gegen ein Kopfverbot und bin sogar dafür, dass man den Leuten noch viel mehr mitteilt, wer eigentlich Verantwortung übernimmt (*Appl.*).

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Dankeschön, als nächster am Wort ist Herr Klubobmann Dreisiebner.

StR Dr. **Riegler**:

Ich war noch nicht fertig.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Achso, Entschuldigung. Ich dachte, das war schon dein Schlussapplaus.

StR Dr. **Riegler**:

Das war jetzt einmal ein kleiner Zwischenapplaus (*Gelächter im Saal*).

Das Zweite und Wichtige ist, und das möchte ich euch auch sagen, wir alle, die wir in der Politik arbeiten, und das sage ich durchaus für die Leute da draußen, die sich noch interessieren, wir alle haben eine Währung, die in der Demokratie funktioniert und diese Währung ist Bekanntheit, Emotion, Engagement, die die Menschen brauchen und die Medienhäuser bedienen das auch. Das läuft so, dass Sie in den Tageszeitungen eher darum kämpfen müssen, dass Sie wo vorkommen und dann gibt es eben auch Medien, die es noch zusätzlich gibt, in denen man durchaus leichter vorkommt. Ich möchte mir nicht eine Welt vorstellen, und ich kann mich noch gut erinnern, als ich jung war, als ich Schüler war, hat es noch die „Neue Zeit“ gegeben, hat es die „Tagespost“ gegeben, es hat also zusätzliche Medien gegeben, jetzt momentan zittern

wir aktuell übrigens gerade, dass es die „Wiener Zeitung“ möglicherweise bald nicht mehr gibt, weil die eben keine Einschaltungen mehr von den Veröffentlichungen bekommen. Ich sage nur, verstehen Sie bitte meine Antwort auch als ein Plädoyer dafür, dass wir sehr wohl auch Medien brauchen, dass das Zusammenwirken, und zwar das kooperative Zusammenwirken, zwischen einer verantwortungsbewussten Politik und einer verantwortungsbewussten Medienlandschaft etwas Gutes und Wichtiges ist, und das hat unser Land erst so weit gebracht, wo wir jetzt stehen, nämlich eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt zu sein (*Appl.*).

Das war's. Also ich würde daher für meine Fraktion bitten, dass wir eher der Dringlichkeit nicht zustimmen.

KO GR Dreisiebner:

Wenn du dir sicher bist, Günter Riegler, ich kann schon noch warten, also ich bleibe eh noch da. Aber ich antworte auch gern, wenn du wirklich fertig bist. Es war sehr interessant, dir zu lauschen. Ich glaube, alle PolitikerInnen, alle SpitzenpolitikerInnen, insbesondere alle Mitglieder der Stadtregierung haben ein Anrecht darauf, in den Medien, du hast die „Wiener Zeitung“ genannt, wir können jetzt einige andere Wochen- und Tageszeitungen nennen, mit Foto zu den Leistungen, die sie erbringen, zu den Vorschlägen, die sie machen, veröffentlicht zu werden. Wir haben dazu auch www.graz.at, das ist auch eine Plattform, es gibt dann dazu noch die Social-Media-Kanäle, wir haben heute schon ein kurzes Twitter-Gefecht gehabt, und so weiter und so fort. Das ist die eine Geschichte. Wenn ich dann aber in den Bereich gehe, wo man nicht mehr nur Information über sein Ressort macht, sondern wo ein Bürgermeister und ein Vizebürgermeister oder die Mitglieder eine Koalition sich zu anderen Themen auch noch, und das bezahltermaßen, respektive unter völliger Ausnutzung z.B. der BIG oder der www.graz.at oder Facebook, Twitter, Instagram und so weiter und so fort, sich das alles dann noch nehmen und auch noch bezahlen, dann wird es speziell, dann wird es ganz, ganz speziell. Weil ich bitte, nicht zu vergessen, wir haben in Graz, glaube ich, keine knappe Parteiförderung und keine knappe Klubförderung für die einzelnen

Fraktionen. Das heißt, wenn es darum geht, eine Werbung machen zu wollen, dann kann man dieses ja heranziehen, aber nicht die Kanäle und nicht die Inseratenflächen virtuell und auf Papier und sonst irgendwie, die eigentlich vom Steuerzahler dann bezahlt werden müssen. Das ist eine zusätzlich genommene und, ich denke, vom Bürger nicht gewollte Reklamefläche, die der Bürger bezahlt, ohne dass er dazu ja gesagt hat, und die Bürgerin selbstverständlich auch. Und diesen Unterschied möchte ich schon herausarbeiten. Es ist nicht das Thema, dass man nicht den Kopf herzeigen soll, wenn der Günter Riegler im Bereich Kultur, so wie ich es jetzt auf Twitter gesehen habe, für die Kulturförderungen einen Tweet macht, das ist total ok, das hat er vorbereitet, das ist auch seine Leistung. Aber was anderes wäre, wenn man das z.B. dann, auch gerade ein paar Monate vor dem nächsten Wahlgang etwa, einem anderen Mitglied dieser Stadtregierung zukommen lassen würde bzw. wenn das was kostet. So, und jetzt komme ich zu „eine exzessive Anwendung wollen wir nicht“. Wir erinnern uns, vor zwei Wochen, an einem Sonntag, gab es einen 30 cm von Kopf bis Fuß, mindestens 30 cm hohen Siegfried Nagl, der jetzt leider nicht da ist, der Herr Vizebürgermeister war etwas weniger hoch oder groß, im Kurier zu bewundern von Dorabira in Vorarlberg bis Stinatz im Burgenland. Bei einem LeserInnen-Kreis in der Steiermark und in Graz von nicht einmal 3 % inklusive gefladert, ausgeborgt, im Kaffeehaus gelesen, achso die sind zu, oder abonniert. Also was bitte bringt euch dazu, die Kopfwerbung und das Entnehmen von 70.000 und mehr Euro dafür ausgegeben, dass in Vorarlberg jemand weiß, wie der Bürgermeister Nagl von Kopf bis Fuß aussieht und wie der Herr Vizebürgermeister aussieht (*Appl.*)? Also das bitte, das tun wir uns noch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Also wie gesagt, das eine ist Information und dafür gibt es die BIG, dafür gibt es und so weiter und so fort, und das andere, das macht ihr, und das ist nicht ok. Und dass ihr dem Ganzen nicht die Dringlichkeit gebt, das verstehe ich, in ein paar Monaten sind Wahlen, aber ich hoffe, die Menschen bemerken auch, dass ihr ihr Geld, ihre Abgabemittel, ihre Steuermittel heranzieht, um Reklame zu machen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ein ganz ein kurzes Schlusswort hätte ich noch. Herr Stadtrat Riegler, Sie haben vorher so, wie soll ich sagen, so bildhaft erklärt, dass das Kopfverbot immer wieder kommt wie der Schnee im Winter und wie die Eier zu Ostern. Vielleicht zeigt Ihnen das aber auch, dass das ein wichtiges Thema ist und dass vielleicht auch in einer Stadt wie Graz ein Wettbewerbsnachteil besteht für kleinere Fraktionen. Die können nicht profitieren von Werbeeinschaltungen, die Sie da zahlen, also wir können uns das leider nicht leisten. Also ich finde, wenn es um Transparenz geht und wenn es um Fairness geht, da ist das Thema Kopfverbot schon eine Sache, über die man diskutieren muss, müssen soll, weil das ein Weg wäre in die richtige Richtung, das ist meine Meinung. Und ja, ich rechne jetzt nicht mit Ihrer Zustimmung, eh klar, aber schön wäre es trotzdem. Dankeschön für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Meine Damen und Herren, wir befinden uns am Ende des öffentlichen Teiles. Ich darf mich bei allen jenen bedanken, die heute zugesehen haben, darf gleich ankündigen, dass am 29.4. die nächste Gemeinderatssitzung wieder stattfinden wird, da gibt es wieder die Möglichkeit, live dabei zu sein und wir dürfen uns von Ihnen verabschieden.